

Bezugspreis:

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 2. — Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Ost- und Westpreußen, Ostpreußen, Litauen, Estland, Lettland, 4.50 Reichsmark, für das Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Siedlung und Kleinrenten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Dienstag, den 13. Oktober 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Postfachkonto: Berlin 37 336 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Diskontogeschäft, Postfachkonto Lindenstr. 2.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Kopierleistung 50 Pfennig, Reklameweile 5. — Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 25 Pfennig (außer zwei fertige Worte). Jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenangebote das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Wachen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Der Reichspräsident am Kachedenkmal

Verlegenheit rechts. — Proteststurm links.

Die skandalösen Vorgänge bei der Denkmalweihe für die Gefallenen des Regiments Augusta haben in der Berliner demokratischen Presse entschieden und entrüsteten Protest hervorgerufen. Die „Deutsche Tageszeitung“ und die „Tägliche Rundschau“ bemühen sich, den katastrophalen Eindruck der Demonstration für Monarchie und Revanche durch falsche Berichte abzubiegen, die teils wesentliche verschweigen und teils direkt falsch sind.

Die „Deutsche Tageszeitung“ berichtet: „Als Erster legte Hindenburg einen Kranz am Denkmal nieder mit den Worten: „Eurer Blut kann und wird niemals vergessens gelassen sein.“ Der Kaiser, die Königin von Schweden und der Großherzog von Baden ließen durch Beauftragte Kränze niederlegen.“

Die „Tägliche Rundschau“ geht über die im Auftrage Wilhelms II. durchgeführte Demonstration mit folgenden Worten hinweg:

„Unter den dann in ungeheurer Fülle am Denkmal niedergelegten, schiefen geschmückten Kränzen bemerkte man u. a. solche vom Kaiser, als früheren Obersten Kriegsherrn, vom Kronprinzen, von der Königin von Schweden in den Landesfarben blauegelb, vom Großherzog von Baden und von der Stadt Koblenz, als ehemaligen Garnison des Regiments.“

Diese Darstellungen sind falsch. Ein ausführlicher Bericht der „Deutschen Zeitung“ bestätigt völlig die Darstellung der monarchistischen Demonstration, die wir gegeben haben.

So sieht fest: das Denkmal ist im Namen Wilhelms II. enthüllt worden. Der Reichspräsident hat dem Vertreter Wilhelms II. den Vortritt gelassen. Er hat an einer Feier teilgenommen, in der die Reichswehr zum Eidbruch aufgefordert wurde.

Die „Bosische Zeitung“ schreibt über den Vorgang:

„Er ist eine unerhörte Provokation der verfassungstreuen Mehrheit des deutschen Volkes und eine gefährliche Stöhrstellung der Reichswehr in den Augen des Volkes. Und weil er das alles ist, weil er ein unglaublicher Skandal ist, so sagen wir: Genug! Genug des Mißbrauchs der Anhänglichkeit an die Toten, die — nicht für Kriegs-

artikel oder Fahnen —, die aus Liebe zum ringsum bedrohten Vaterland ihr Leben hingaben, mit ihren Leibern die Helme deckten! Genug des Mißbrauchs der Kameradschaftlichkeit und des Andenkens an gemeinsamen überstandene Schicksale! Genug vor allem des Mißbrauchs, der mit der Person des Präsidenten der deutschen Republik getrieben wird.“

Wenn ein alter General eine „Rede“ herunterfagt, wie er schon hundertmal heruntergefagt hat, seit er Kompagniechef geworden, so ist das seine Sache und die Sache derer, die sich das anhören wollen. Wenn ein Verein ein Denkmal aufstellt und dies mit Festlichkeiten für Vereinsmitglieder verbindet, ist das auch seine Sache. Aber es beginnt sich um die Sache des deutschen Volkes und des deutschen Staates zu handeln, wenn bei solchen Gelegenheiten die Wehrmacht des Reiches offiziell mitmacht und der Präsident der Republik durch seine Gegenwart der Feier öffentlichen Charakter verleiht. Und um diese Tatsache kommt man auch nicht herum, wenn man, wie gestern, durch Weglassen der Flagge des Reichspräsidenten am Automobil die Fiktion eines unpolitischen Besuchs des „Feldmarschalls“ hervorzurufen versucht. Dieses Spiel, „heute Feldmarschall, morgen wieder Reichspräsident“ dient weder dem Manne Hindenburg, noch dem Amte, das er inne hat.“

Nicht minder scharf schreibt das „Berliner Tageblatt“:

„Der ganze Vorgang leidet mit aller Deutlichkeit, wohn die Schwäche des Reichswehrministers geführt hat. Sie muß ein Ende haben. Die staatsreuen Kreise erwarten und fordern, daß das Reichswehrministerium endlich solche, den Hochverrat propagierende Vorgänge unmöglich mache und die Reichswehr in der Zukunft endgültig und radikal davor behüte, Mißgestalt monarchistischer Wählerkreise, unter Teilnahme von Hohenzollernprinzen, zu spielen.“

Wir erwarten Erklärungen der beteiligten amtlichen Stellen über die ungeheuerliche Provokation, die im Beisein einer Reichswehrkompagnie und des Reichspräsidenten erfolgt ist. Wir lassen keinen Zweifel darüber, daß die Wiederholung solcher Provokationen wichtige Gegendemonstrationen der Republikaner hervorrufen wird, die sich gegen alle richten werden, die an monarchistischen Kundgebungen auf Befehl Wilhelms II. teilnehmen werden.

Hugo Preuß zum Gedächtnis.

Von Philipp Scheidemann.

Am 28. September 1918 hatten die Generale von Hindenburg und Ludendorff nach Berlin telegraphiert, daß die Entente sofort um Frieden und Waffenstillstand gebeten werden müsse. Prinz Max, der neue Kanzler, war über diese Forderung entsetzt und zögerte, um weitere Erfundigungen einzuziehen. Am 1. Oktober wurden die Herren von Hindenburg und Ludendorff aber noch dringlicher in ihren Telegrammen: die Verluste unserer Truppen seien zu groß, sie könnten nicht aus Heeresreserven ausgeglichen werden. Der Feind dagegen führe täglich neue und frische Reserven in die Schlacht. „Heute nacht noch müßt Ihr an die feindlichen Regierungen telegraphieren!“

Am meisten war bis dahin von Bayern aus auf den Frieden und auch auf den Rücktritt des Kaisers gedrängt worden.

Wie einer der russischen Schnorrer und Verschwörer, über die Fürst Bülow im Reichstag dereinst gespottet hatte, war mittlerweile Herr Ludendorff unter dem Namen Lindström nach Schweden geflohen. Mit pochendem Herzen in der Helmbrust und blauer Pferdebrille auf der Nase.

Am 8. November verbot General von Linsingen in Berlin ganz kategorisch die Revolution, so daß Herr Graf von Westarp sich beruhigt schlafen legte.

Am 9. November hatte Generalfeldmarschall von Hindenburg dem Kaiser in aller Frühe gesagt, daß es besser sei, wenn er zwischen sich und seine Truppen die holländischen Grenzpfähle bringe. Da der Kaiser alle Zeit gern auf Reisen gegangen war, folgte er der Empfehlung seines Generalfiskus und reiste nach Holland.

Oberst Bauer, die rechte Hand Ludendorffs, hat über diesen Abreiseakt des Kaisers aus dem Großen Hauptquartier am 9. November 1918 geschrieben: „Wo waren die 500 Offiziere des Großen Hauptquartiers? Auch sie rührten sich nicht. Sie wären imstande gewesen, den Kaiser zu schützen!“

Der deutsche Michel rieb sich verstört die Augen, als er am 10. November lesen mußte, daß über Nacht, trotz des Verbots des Generals von Linsingen, mehr als zwei Duzend Monarchien in Deutschland erledigt waren. Ganz allmählich erst merkten die Philister, wie sie während der ganzen Kriegsdauer belogen und betrogen waren, und zwar im Einverständnis mit Ludendorff.

Warum das an die Spitze eines Artikels zum Gedächtnis für Hugo Preuß gesetzt worden ist? Erstens deshalb, weil gegenüber den täglichen Verdrehungen von nationalistischer Seite die geschichtlichen Tatsachen nicht oft genug festgestellt werden können. Zweitens deshalb, weil Hugo Preuß zu den Männern gehörte, die diese geschichtlichen Tatsachen am besten kannten, und weil er einer der wenigen deutschen Bürger war, die sich vom Jahre 1918 ab über den voraussetzlichen Ausgang des Krieges nicht mehr den geringsten Täuschungen hingeben haben. Gerade weil tiefe Vaterlandsliebe ihn besetzte, war die Kenntnis der Dinge für ihn um so fürchtbarer.

In dauernder Erinnerung wird mir ein Abend bleiben, zu dem Dr. Paul Nathan eine kleine Gesellschaft berufen hatte. Eingeladen waren unter anderem Ludo Hartmann, der stets bei Nathan wohnte, wenn er in Berlin weilte, Hugo Preuß und ich. Mit einer Eindringlichkeit, die nur erklärlich war durch seine väterländischen Sorgen, suchte Preuß mich immer wieder zu bestimmen, den Kanzler Bethmann Hollweg noch auf dies und jenes sofort aufmerksam zu machen. Daß der Kanzler, wie ich versichern konnte, über alles genau informiert war und sich ebensowenig wie Preuß und ich den geringsten Täuschungen über unsere Lage hingab, konnte Preuß nicht begreifen. „Wie ist es dann zu verstehen, daß der Kanzler den Generalen gegenüber nicht ganz anders aufpocht und sich beim Kaiser durchzusetzen versucht!“ Ich konnte damals auf Bismarck und die Generale von Anno 1870 verweisen. Heute wäre die Frage viel aktueller zu beantworten: Wie ist es zu verstehen, daß die Herren Luther und Stresemann dem deutschnationalen Wahnsinn bei der Einleitung von Locarno auch nur im geringsten Rechnung tragen konnten???

Preuß sprach damals häufiger mit mir über wahrscheinlich kommende Dinge. So groß wie seine Sorgen, so groß war auch sein Zorn über die Mittellosigkeit derer, die dauernd gute Miene zum bösen Spiel machten, um nicht als Mißmacher verschrien zu werden.

Wir war es gelungen, den Grafen Brockdorff-Rantzau, den ich gelegentlich meiner Reisen in Dänemark als Gesandten in Kopenhagen kennen und schätzen gelernt habe, zu bestimmen, das undankbare Amt des Außenministers nicht abzulehnen, wenn ihn die Volksbeauftragten rufen würden. Landsberg ist es zu danken, daß er auf Preuß aufmerksam gemacht hat. Ebert, der Preuß bis dahin überhaupt nicht kannte, war ohne weiteres einverstanden, mit Preuß Rücksprache zu nehmen und ihn zu berufen.

Als Innenminister war Preuß zweifellos der beste Mann, den die junge Republik in kritischster Stunde be-

Das Friedenswerk.

Verständigung über das Völkerverbundproblem.

Paris, 12. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Optimismus der französischen Berichterstattung scheint gegenüber der weniger zuversichtlichen Beurteilung, die die Ausschüsse der Konferenz in einem großen Teile der deutschen Presse gefunden haben, recht behalten zu sollen. Nach den hier vorliegenden Meldungen scheint nunmehr auch in der entscheidenden Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerverbund eine Verständigung so gut wie gesichert zu sein. Ueber die zustandgekommene grundsätzliche Verständigung glaubt das offiziöse Nachrichtenbureau folgende Angaben machen zu können: Deutschland tritt unter den für alle Mitglieder gemeinsamen Bedingungen dem Völkerverbunde bei.

Um seinen Bedenken gegen den Artikel 16 der Bundesfassung Rechnung zu tragen, würden die Alliierten eine formelle Erklärung abgeben, in der diese unter ausdrücklicher Betonung, daß die zuständige Stelle in Genf allein das Recht habe, den Völkerverbundpakt zu interpretieren, für sich den deutschen Standpunkt anerkennen dahingehend, daß die Verpflichtungen, die für jeden der beteiligten Mächte im Falle eines Krieges aus seiner Mitgliedschaft im Völkerverbund erwachsen, den Machtmitteln angepaßt sein müßten, über die die betreffenden Mächte verfügen. Auf diese Weise, fügt das offiziöse Kommuniké hinzu, sei zu gleicher Zeit dem Geiste und dem Buchstaben der Völkerverbundfassung Genüge geschehen, ohne daß Deutschland dank der Zusicherung, die es von den im Völkerverbund vertretenen Mächten erhalte, seine Bedenken und Vorbehalte aufrechterhalten brauche.

Die politischen Zusicherungen.

Was die von den Alliierten in den verschiedenen in ihnen Besprechungen der letzten Tage der deutschen Regierung gemachten Zusicherungen auf anderem Gebiete anlangt, so scheint man hier besonderen Wert auf die Betonung zu legen, daß es sich hier nicht um Kompensationen handeln könne, da das Programm der Konferenz von Locarno strikte auf den Abschluß der Garantie- und Schiedsverträge beschränkt sei und die Alliierten so unter keinen Umständen zuzulassen könnten, daß Deutschland seine Unterschrift von irgendwelchen Konzessionen, die mit der Materie selbst nicht in unmittelbarem Zusammenhang stünden, abhängig mache.

Daß trotzdem in den privaten Unterredungen über solche abseits vom eigentlichen Verhandlungsthema legenden Fragen gesprochen worden ist und Deutschland entsprechende Zusagen erhalten hat, wird allerdings auch hier nicht geleugnet. Was man in Rede stellt, ist lediglich der lausale Zusammenhang, den man hinter

der parallelen Behandlung beider Fragenkomplexe zu vermuten berechtigt ist mit dem offensichtlichen Ziel, die Zugeständnisse, die auf diesem Gebiete gemacht worden sind, nicht als Resultat deutscher Kompensationsforderungen, sondern als freiwillig gemachte Zusagen erscheinen zu lassen, zu denen die Alliierten sich durch das wiedererwachende Vertrauen hätten bestimmen lassen, zu dem die Haltung der deutschen Delegation in Locarno Anlaß gegeben habe. Wie dem auch sei, das Entscheidende ist jedenfalls, daß nicht nur in der Frage der Räumung von Köln, sondern auch hinsichtlich der künftigen Gestaltung des Okkupationsregimes sowohl im Rheinland als auch im Saargebiet das deutsche Volk allen Anlaß haben wird, mit den Verhandlungsergebnissen von Locarno zufrieden zu sein.

Staatssekretär Kempner nach Berlin abgereist.

Locarno, 12. Oktober. (W.T.B.) Zur Unterrichtung des Herrn Reichspräsidenten und des Reichskabinetts über den gegenwärtigen Stand der gesamten Besprechungen in Locarno ist der Staatssekretär in der Reichskanzlei, Dr. Kempner, heute Abend von Locarno nach Berlin abgereist.

Eine amtliche deutsche Erklärung.

Ueber das Ergebnis der gestrigen Zusammenkunft der Hauptdelegierten in Locarno meldet der Berichterstatler von W.T.B. folgendes: Wie in dem vereinbarten Kommuniké der Delegationen mitgeteilt, ist nach einem erneuten ausführlichen Gedankenaustausch über die im Zusammenhang zwischen Völkerverbund und Sicherheitspakt stehenden Fragen auf Grund deutscherseits gestellter Ersuchen um ergänzende Klarstellungen und deren Beantwortung festgestellt worden, daß auf dem Wege zu einer Lösung dieser Probleme ein Fortschritt erzielt sei. Wenn der heutige Haapas-Kommentar von einer Beendigung der Aussprache über den Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund spricht, sowie von einer definitiven Zustimmung der deutschen Delegation zum Art. 16, so muß demgegenüber auf den oben wiedergegebenen Wortlaut des vereinbarten Kommuniké verwiesen und festgestellt werden, daß demgegenüber eine endgültige Lösung der Völkerverbundfrage noch nicht erzielt ist.

Ebenso unzutreffend sind die in der Haapas-Meldung sowie in anderen ausländischen Organen wiedergegebenen Gerüchte über eine angeblich Zuständige Bedenkzeit, die in dieser Frage von der deutschen Delegation erbeten worden sei. Zur Erwirkung einer solchen Frist bestand keinerlei Veranlassung, wie überhaupt in Locarno Bedingungen und Fristen weder gestellt noch entgegen-

rufen konnte. Es ist hoffentlich keine Sünde wider den Heiligen Geist, wenn ich feststelle, daß Preuß in manchen Fragen der Staatsform und der zentralen Gewalt mir und manchem meiner Freunde wesentlich näher stand, als „rabidale“ Genossen, die um die fälschlichen Finanzen bangten, die ihre fälschlichen Steuern „alleene“ machen wollten, oder — andere —, die vor lauter „berechtigten Eigenarten“ dieses oder jenes Landes die geschichtlichen Notwendigkeiten für die Republik nicht erkannten. Es war nicht immer leicht, mit Preuß zu arbeiten, oft genug habe ich ihn vor Kabinetssitzungen zu mir gebeten, um mich informieren zu lassen über Klippen, die es zu umschiffen galt. Manche Klippe wurde durch solche vertrauliche Aussprache unter vier Augen von vornherein vermieden. In der Form war Preuß stets zu weitgehenden Konzessionen bereit, er konnte dann die Liebenswürdigkeit selbst sein. Wenn es sich aber um Fragen handelte, die für ihn von prinzipieller Bedeutung waren, dann war er unerbittlich. Seine Starrheit in solchen Fragen ist wohl auch der Hauptgrund gewesen, der zu seiner Fernhaltung vom Reichstag geführt hat. Darüber hat er mir wiederholt geflagt. Zuletzt auf Fahrten nach und von Hamburg, wo wir beide am 18. Januar d. J. in einer großen Veranstaltung des Reichsbanners und des Republikanischen Reichsbundes rebelen. Er sprach in satirischer Weise von der „Maschinerie der Parteien“, überwand diese Bitterkeit aber schnell und spottete überlegen über die lächerlichen Kleinigkeiten des Tages.

Es ist, abgesehen von allem anderen, auch ein Unglück Deutschlands, daß es niemals eine starke bürgerliche Demokratie gehabt hat, daß die Sozialdemokratie auch die Arbeit, die eigentlich von der bürgerlichen Demokratie hätte geleistet werden müssen, leisten mußte. Daß die Demokratie dann noch Männer wie Preuß nicht besser zu verwerthen gewußt hat, ist tief beklagenswert.

Das Gedächtnis des Demokraten Preuß wird auch in den Kreisen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft weiter leben. Man kann nicht von der jungen deutschen Republik und seiner Verfassung sprechen, ohne des Mannes zu gedenken, der das Grundgesetz der Republik geschaffen hat. Dieses Grundgesetz ist gut, und wenn es vielfach nur erst auf dem Papiere steht, so liegt das am deutschen Volke selbst, das noch nicht gelernt hat, seine Verfassung lebendig zu machen.

Der Hugo Preuß über den Tod hinaus ehren will — wir Sozialdemokraten können und wollen es mit gutem Gewissen tun —, der hellste mit, wahr zu machen, was das Leitmotiv für Hugo Preuß war, als er die Arbeit für die Verfassung begann: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“

Die Trauerfeier für Hugo Preuß.

Die Trauerfeier für den verstorbenen Reichsminister a. D. Professor Dr. Hugo Preuß findet heute, Dienstag, um 10 Uhr, im Preussischen Landtag statt. Im Anschluß daran erfolgt im kleinen Kreis die Beisetzung in der Reichsstraße.

Bei der Trauerfeier im Landtag werden Gedächtnisreden gehalten werden von Landtagspräsident Bartels für das Landtagspräsidium und die Staatsregierung, Dr. Koch für die demokratische Partei, Dr. Brauns für die Reichsregierung, Falk für die demokratische Landtagsfraktion, Bärensprung für das Reichsbanner, Großmann für den republikanischen Reichsbund, sowie vom Rektor der Handelshochschule.

Karten für die Trauerfeier sind zu haben in der Reichsgeschäftsstelle der Demokratischen Partei, Bernburger Straße 18.

Frau Ebert, die Witwe des verstorbenen Reichspräsidenten Genossen Fritz Ebert, hat an der Bahre von Preuß einen Kranz mit der Aufschrift: „Dem treuen Mitarbeiter meines Mannes“ niederlegen lassen.

Auch in Lugano wird konfiziert, nämlich zwischen Polen und Sitauern.

Madonna del Sasso.

Von Hans Wesemann.

Von Vocarno klettert die komische kleine Drahtseilbahn in die Höhe. Gärten mit Rosen, Lilien, Enzian, Palmen, Zypressen und hängenden Weinranken schweben vorüber. Da steht eine weiße Villa. In einem Rosenrondell steigt eine Fontäne empor. Eine junge Frau schneidet mit einer Sichel herbstliches Laub in einen Korb. Im geruhamen Emporschweben entfaltet sich unten das Bild des Sees: blaues Wasser mit gleitenden Schiffen und Rauchschmuck — fernhin die klassische Linie der Berge und im Grün der Uferwälder stehen Türme und Dächer der alten Seefestung. Der Schöfner aber ist ein Zauberer. Mit einem Messingstab tippt er an die Drähte zur Rechten und zur Linken, und wir alle marschieren, halten oder gehen rückwärts, wie er will.

Dann holten wir zum letzten Male. Auf einem Felsen steht die kleine, gelbrote Kirche mit einem aufgesetzten Turm, und draußen steht in großen Lettern das alte, liebe Sebnuchswort „Vax“. Rechts wird es elektrisch beleuchtet — zur Erbauung der Gläubigen und zur Hebung des Fremdenverkehrs. Hier möchte ich wohnen. Die Welt ist fern; man sieht den Himmel, die Berge und das Meer. In der Kirche webt der fromme Schauer der jüdischen Visionen und hingebender Inbrunst, und unten im Garten wachsen Kürbisse, Kohl, Tomaten, Spargel und Artischocken, die man zur Ehre Gottes verpfeifen kann — und Wein, Wein überall. Neun fromme Mönche wohnen hier und dienen der Madonna. Das Fasten, Beten und Kaffeien und die Verachtung aller irdischen Genüsse bekommen ihnen ganz gut, und die göttliche Gnade hat sie mit phantastischer Leibeskraft begnadet. Da war ihr Kollege, der heilige Bartholomäus von Orea, doch eine andere Erscheinung. Rager und asketisch hat er den Himmel solange gesucht, bis ihm die Madonna in der Nacht zum 15. August 1480 höchst persönlich erschien. Seit jener Zeit warteten die guten Vocarner auf ein neues Wunder der Madonna, denn sie hatten zwar ihre Madonna, aber keinen Stern im Badefel, und darauf kommt es leider an auf Erden. Aber jetzt haben sie ihre Konferenz, und sie werden sogar zwei Sterne bekommen und die Madonna einen neuen Altar für das Wunder, das sie getan hat. Die Konkurrenz in Lugano und Ballanza wird sich schließlich ärgern, wenn die Fremden sie fragen werden, ob sie nicht auch eine Madonna della Conferenza haben.

Ich gehe langsam weiter. Ein frommer Bruder läutet das Abendglocklein. Schnauend zieht er an dem Strick; es ist nicht leicht, mit 120 Kilo den Last zu halten. Aber bald ist es überstanden, und nachher gibt es einen guten Chianti zu trinken. Die Madonna wird ihm zwar nicht im Traum erscheinen, aber dafür wird er um so besser schlafen und auf jeden Fall tut ihm das Leben nicht mehr weh. Wir anderen sind leider noch nicht so wohl.

Borussia necesse est...

Ein Rückzug der „Kreuzzeitung“.

Wenn die „Kreuzzeitung“ eine Verleumdung zurücknimmt, so ist das ein wegen seiner Seltenheit bemerkenswerter Vorgang. Darum sei folgende Erklärung dieses Blattes verzeichnet:

In Nr. 363 der „Kreuzzeitung“ war in einem Artikel „Die Schuldfrage“ bei einer kritischen Betrachtung dem Reichsanwalt v. Bethmann Hollweg die Aeußerung zugeschoben worden: „er wolle Preußen das Rückgrat brechen“. Von unterrichteter Seite sind wir nun darauf aufmerksam gemacht worden, daß Herr v. Bethmann eine solche Aeußerung niemals getan hat. Auch unsere Nachforschungen haben ergeben, daß eine solche Bemerkung nicht gefallen ist.

Es handelt sich um jenen vielbemerkten Aufsatz, in dem ausgeführt wurde, daß Bethmann als geborener Frankfurter von Preußen nichts verstanden hätte und der mit den Worten schloß: Borussia necesse est, Germania non necesse, Preußen muß sein, Deutschland nicht!

Barmat-Ende.

Das Ergebnis des Untersuchungsausschusses.

In der gestrigen Sitzung hat der Barmat-Ausschuß im Preussischen Landtag nach über 50 Sitzungen seine Arbeit mit den Vordrängern der führenden Fraktionsvertreter beendet. Es sprachen noch Dr. Schönerling für das Zentrum, nach einer Mittagspause Dr. Pinterneil für die Volkspartei, Bartels für die Kommunisten, Rucke für die Demokraten, Bischof für die Wirtschaftler, Kuttner für die Sozialdemokratie und Kaufhold für die Deutschnationalen. Im allgemeinen stimmten alle Abgeordneten mit Ausnahme der Kommunisten dem von uns mitgeteilten Ergebnis des Untersuchungsausschusses zu. Damit ist die Barmat-Hege endgültig erledigt.

In der Schlussabstimmung wurden die Feststellungen des Untersuchungsausschusses angenommen. Dagegen stimmten in den meisten Fällen nur die Kommunisten. Gegen den Abschnitt über den Abg. Krüger stimmten auch die Sozialdemokraten, gegen den Vorschlag des Untersuchungsausschusses in Sachen Heilmann die Deutschnationalen. Alle Änderungsanträge verfielen der Ablehnung, darunter auch der Antrag des Berichterstatters in Sachen Heilmann. Damit waren die Arbeiten des Untersuchungsausschusses beendet.

Marx über Zentrumspolitik.

Die Deutschnationalen sollen noch bleiben.

Breslau, 12. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Auf einem Bezirksparteitag des Zentrums für Oberschlesien hielt der frühere Reichsanwalt Dr. Marx eine politische Rede, in der er u. a. folgendes ausführte:

Ich bin der Ansicht, daß wir alles daransetzen müssen, zurzeit keine Regierungskrise herbeizuführen. Die Deutschnationalen müssen in der Regierung bleiben, sie müssen die Sicherheitsfrage lösen. Sie müssen die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund erledigen. Es wird Sorge des Zentrums sein müssen, darauf zu achten, daß die Deutschnationalen nicht irgendeine Gelegenheit benutzen, aus der Regierung herauszuschlüpfen. Die Zentrumspartei wird nur eine Rabinetstafel herbeiführen, wenn sie weiß, was sie an Stelle des gestürzten stellen soll. Gegenwärtig ist die Situation so, daß wenn wir versuchen sollten, das Rabinat Luther zu stürzen, die Zentrumspartei an der Reihe wäre, die Suppe auszulöffeln. Dafür bedanken wir uns herzlich. Dafür ist die Zeit noch nicht reif. Wir gehen unseren Weg weiter und überlassen es sehr gern den Herren von der Rechten, den allerdings durch ihre Schuld bitteren Reich zu leeren bis zur Hefe. Zum Fall Birth erklärte Marx, Birth habe seinen Austritt aus der Zentrumspartei bisher nur mit der Einschränkung (?) der Abstimmung in der Zollfrage begründet. Er werde nach seiner Rückkehr aus Amerika weiteres Material zur Begründung seines

Schrittes geben müssen. Richtig sei es, daß man in gewissen Kreisen der Zentrumspartei fürchte, daß der Vorstand oder die Fraktion zu weit auf dem Wege nach rechts abbiege, daß man zu viel Kompromisse mache und vom Mittelwege abtäme. Dieses Mißtrauen müsse bekämpft werden, da es eine große Gefahr sei. Begründet sei es aber nicht. Marx rechtfertigte dann seine Teilnahme an einer Tagung des Reichsbanners, wo er für seine Ideen frei hätte sprechen können.

Zur Rechtfertigung der Zentrumspolitik versuchte im weiteren Verlauf des Parteitages der Abgeordnete Dr. Brüning, die Zustimmung des Zentrums in der Steuerfrage in ein soziales Licht zu rücken. Da er sachliche Kritiker nicht fand, und außerdem sein Reichstagskollege Hitzka vorher eine wirksame Propagandarede für die volle provinzielle Selbstständigkeit des überwiegend katholischen Oberschlesien gehalten hatte, fand schließlich eine Entschüpfung Annahme, die der Reichstagsfraktion des Zentrums Dank für ihre Tätigkeit ausdrückte.

Der Volkspopferstandal.

Hinter den Kulissen der Reichsparteien.

Melzen, 12. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Dresdener Volkspopferstandal läßt immer schärfer die schmutzige Kulissenarbeit der Reaktion erkennen. Wie jetzt unser Reichsparteiorgan, die „Volkspopfer“ ermittelt konnte, hat der Geschäftsführer des „Volkspopfer“, Dr. Meißner, mit Volkspopfergebern auch den im Januar 1924 von völkischen Rümpeln inszenierten Hintemann-Standal im Staatlichen Schauspielhaus Dresden ermöglicht und finanziert. Bis her war angenommen worden, der Fabrikbesitzer Dr. Wildgrube, ein bekannter Deutschnationaler, habe die entstandenen Kosten bestritten. Die vorher mitgeteilte Tatsache ist durch die Tätigkeit des vereidigten Buchprüfers Ringel-Dresden festgestellt worden. Der Jungdeutsche Orden hat, wie weiterhin bekannt wird, von Dr. Meißner insgesamt 2000 M. erhalten. Man will die wirkliche Herkunft des Geldes angeblich nicht genannt haben. Die Aufdeckung aller dieser und anderer schon geschilderter Zusammenhänge durch die sozialistische Presse hat im reaktionären Lager denkbar größte Verwirrung herangerufen. Lange Zeit blieben die reaktionären Zeitungen in einer gewissen Zurückhaltung. Jetzt gehen die „Leipziger Neuesten Nachrichten“, wohl das gehässigste Kampforge der Deutschnationalen, dazu über, für die geradezu ungeheuerlichen, von Deutschnationalen begangenen Verbrechen das sächsische Arbeits- und Wohlfahrtsministerium verantwortlich zu machen und Angriffe zu richten gegen den Ministerialrat Genossen Dr. Mager und den demokratischen Landtagsabgeordneten Dr. Dehne, wie auch gegen die „Sächsische Staatszeitung“. Die parlamentarische Austragung der Volkspopferangelegenheit wird erfolgen. Hat doch die sozialdemokratische Landtagsfraktion bereits eine Anfrage gestellt, deren Zweck ist, den Reichspopferstandal in all seinen Zusammenhängen aufzuklären.

Kindlicher Rotkoller.

Thüringen arbeitet für die Kommunisten.

Weimar, 12. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Das thüringische Innenministerium hat den vom Zentralkomitee der kommunistischen Jugend für die Zeit vom 15. bis 18. Oktober in Gera geplanten Reichskongress in Verbindung mit einem roten mitteldeutschen Jugendtag auf Grund des Vereinsgesetzes von 1908 (!) sowie auf Grund des Artikels 123 Abs. 2 der Reichsverfassung verboten, da die Veranstaltungen angeblich zweifeln, die den Strafgesetzen zumiderlaufen und bei den geplanten Demonstrationen eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit bestände. Die reaktionäre thüringische Regierung begründet ihr Verbot vor allem damit, daß der Zweck der Veranstaltungen die Prüfung und Klärung der Frage sei, wie die „revolutionäre Jungarbeiterschaft Deutschlands zum revolutionären Kampftamp“ sich zusammenschließen können. Der Innenminister Dr. Sattler hört das Wort „revolutionär“, und schon bekommt er es mit der Angst zu tun. Sein unsinniges Verbot wird aber nur den Kommunisten, und vor allem der kommunistischen Jugend, Wasser auf ihre fließenden Mühlen liefern.

Die Bekämpfung der Syphilis.

Die im Jahre 1923 neu gegründete Internationale Vereinigung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hat vom 3. bis 9. Oktober in Paris ihren Kongress abgehalten. Deutschland war vertreten durch Professor Dr. Jadasohn-Breslau, Dr. Köschmann-Berlin und in der Hofenfrage durch Professor Dr. Sonnemann-Hamburg. Die in zahlreichen Kommissionen zutage gefördernten Verhandlungsergebnisse stellen fest, daß in einer Reihe von Ländern, besonders in Belgien, Dänemark, Schweden und der Schweiz die Syphilis sehr erheblich zurückgegangen ist, im Gegensatz zu anderen Ländern, darunter vor allem Deutschland und Frankreich. Dieser Erfolg wird zum Teil auf die Aufklärungsarbeit, die in allen Ländern sehr energisch betrieben worden ist, zurückgeführt, zum Teil aber auf die neueren Behandlungsmethoden, die auch die Ansteckungserscheinungen wesentlich schneller als früher beseitigen und ihre Wiederverhinderung, die Zahl der Ansteckungen also vermindern. Von besonderer internationaler Bedeutung ist die Seemannsjugend und die Regelung der Prostitution. Die Internationale Vereinigung hat sich erfolgreich bemüht, in vielen Hafenstädten Behandlungsstätten zu errichten, die den Seeleuten kostenlos zur Verfügung stehen. Außerdem vertritt die Internationale Vereinigung, überall prophylaktische Stationen einzurichten und den Seeleuten in den Hafenstädten ernste und gute Unterhaltungsmöglichkeiten zu bieten.

In der Prostitutionsfrage ist es interessant, zu beobachten, daß sich alle maßgebenden Kreise mehr und mehr von dem früheren System des sogenannten Reglementarismus, d. h. von dem Zwang der polizeilichen Einschreibung und Unterordnung derer, die sich gewerbmäßig der Prostitution hingeben, abwenden. Selbst in Frankreich, dem Geburtslande des Reglementarismus, haben sich die Anschauungen stark gewandelt. Es wurde festgestellt, daß ein in Vorbereitung befindlicher französischer Gesetzentwurf die Reglementierung aufheben will.

Birandello-Gastspiel im Staatstheater. Feierlich und sogar mit Enthusiasmus wurde der Dichter und Theaterdirektor Birandello begrüßt, der die Künstler seines römischen Theaters im Berliner Staatstheater vorstellte. Der Zweck dieser Reise ist verbunden mit mancher kulturpolitischen Absicht. Die Sympathie für diese Zwecke darf nicht verhindern, daß man sich morgen in Freundschaft und Grundsätzlichkeit über den künstlerischen Erfolg dieses Abends unterhält, an dem alle teilnahmen, die in Berlin hohe Politik, hohe Literatur und Theatergeschäfte betreiben.

Ein unbekannter Brief über heines Schmerzlagen. Im Weltverlag, Berlin W. 9, erscheint in Kürze ein Buch von Dr. Hugo Bieber, „Heinrich Heine. Gespräche, Briefe, Tagebücher, Berichte seiner Zeitgenossen“. Es enthält auch neues, bisher ungedrucktes Material. So den folgenden Brief, den Adelheid Jung von Paris aus am 28. Juni 1853 an Dr. Moriz Kirchstein schrieb: „Heine hat den schmerzhaftesten Eindruck auf mich gemacht. Wie wir kamen und uns als alte Freunde von Berlin melden ließen, hörten wir durch die geöffnete Tür, daß er die Einwürfe des Mädchens beseitigte und uns herein ließ. Hier lag er nun, hinter einem Schirm mit mehreren Kattrahen übereinander, auf der stachen Erde sein Bett, die Augen geschlossen wie ein

Toter, und wie wir nun unsere Namen sagten, schrie er jubelnd laut auf, und wir mußten an seine Seite treten, und er zog mit den Fingern das Augenlid in die Höhe, machte Bemerkungen über sich und uns und erzählte uns, daß er eine fürchterliche Nacht gehabt habe, Krämpfe im Halse, und daß er seit sieben Jahren so läge und so leide. Nach und nach wurde er munter, witzig, sprach von der früheren Zeit, in der wir zusammengelebt, und wie wir den Tod eines Freundes mitteilten, sagte er lachend: „Wen werde ich alles dort finden! Ihr seid die einzigen, die mir geblieben.“ Vieles, was er sagte, erzählte ich Ihnen in Berlin, wir kamen nicht aus dem Lachen, nicht aus dem Erstaunen, wie ein solch kranker Körper einen solchen Geist beherbergen kann. Mit Jung sprach er über... und andere jüdische Dichter und zeigte Liebe und Interesse dafür, auch auf die Cabbala kam er und wollte wissen, wer darüber geschrieben; und gemauselt hat er und hebräisch dazwischen. Seine Frau schien nicht zu Hause zu sein; uns wollte er gar nicht fortlassen, wir waren eine Stunde bei ihm und mußten ihm versprechen, oft wiederzukommen, was wir auch tun werden... Heine sagte: „Wach ich lasse meine Frau ausgehen. Sie ist der Vermittler zwischen mir und der Außenwelt und erzählt mir alles treu wieder.“

Die Entdeckung von Felszeichnungen in Neuseeland. Sachverständige des neuseeländischen Museums haben die Felszeichnungen eingehend studiert, die sich zu Rotorua in Nord-Island befinden. Wie aus Christchurch berichtet wird, sind sie zu dem Ergebnis gekommen, daß dies die wichtigste archäologische Entdeckung ist, die bisher in Neuseeland gemacht wurde. Die Felszeichnungen rühren zweifellos von Eingeborenen her und haben ein sehr hohes Alter. Es sind interessante Darstellungen aus der Urgeschichte dieses Landes, die Karus, die alle mit der Spitze nach Süden gerichtet sind, weisen eine ganz besondere Form auf. Die Zeichnungen werden zum Nationaldenkmal erklärt werden.

Johann-Strauß-Fest. Für den vom Reichsverband der deutschen Kreise am 24. Oktober, abends 11 Uhr, veranstalteten Johann-Strauß-Abend haben Claire Dux und Josef Schwarz ihre Mitwirkung zugesagt.

Wieland von Scholz liest am Mittwoch, den 14. Oktober d. J., abends 8 Uhr, in der Buchhandlung S. W. Spatz-Berlin, Königsstr. 62, aus einem ungedruckten Roman.

Dr. Feil Steedry wird im 2. Konzert der Volkshäuser, Sonntag, den 18. Oktober, mittags 11 Uhr, im Theater am Bülowenplatz Arnold Schönbergs „Pierrot lunaire“ (dreimal heines Gedichte für eine Sprechstimme, Klavier, Flöte, Klarinette, Geige und Violoncello) zur Aufführung bringen.

In der Psychologischen Gesellschaft spricht Donnerstag 8 Uhr Kurfürstendamm 43 Dr. Emanuel Lasker über „Gedichte der Psychologie“. Bitte melden sich bei Dr. Meißner, Kurfürstendamm 45.

Tagung für soziale Jugendhilfe. Zum Zwecke der Klärung des Volkess und auch der Behörden über die große Bedeutung, die der hygienischen Wand und Jugendfrage für die Volksgesundheit zukommt, findet zur Zeit in Hamburg die zweite Tagung für soziale Jugendhilfe statt.

Verhört die „Sonntagsheilung“. Der Gemeinderat von Magdeburg hat beschlossen, daß zukünftig an Sonntagen keine politischen Versammlungen mehr stattfinden dürfen. Die Arbeiterpartei und die Gemeindefreien haben dagegen protestiert, da sie diesen Beschluß als einen Eingriff in die Rede- und Versammlungsfreiheit ansehen.

Deutschnationale Brocksammlung.

Herr Bachem sammelt weiter Verleumdungsmaterial. Politiker können auf verschiedene Weise berühmt werden. Der deutschnationale Landtagsabgeordnete, Regierungsrat Bachem möchte es durch seine geschickten Episteln werden. Bereits vor einiger Zeit ging durch die Presse ein Brief Bachems an den deutschnationalen Parteivorstand zwecks gemeinsamer Materialsammlung gegen die Zentrumspartei, die der nationalen Unzuverlässigkeit und des geheimen Einverständnisses mit dem Erbfeind und dem Separatismus verdächtig werden sollte. Heute sind wir in der Lage, einen neuen Uriasbrief des Herrn Bachem zu veröffentlichen, der sich gegen den Genossen Severing richtet. Also schreibt Bachem:

Berlin SW. 11, 15. Juli 1925, Prinz-Albrecht-Str. 5. Gült! Gült!

Dem geschäftsführenden Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Herrn Prof. Meyer, R. d. L. durch Herrn von Jacobi.

Berlin SW. 11, Bernburger Str. 24/25. Unter Bezugnahme auf die RSB-Sprachen am 13. und 14. Juli bitten wir, baldmöglichst etwa das nachstehende Schreiben an die Landesverbände der Partei gelangen lassen zu wollen:

Die Landtagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei hat in ihrer Sitzung vom 3. Juli 1925 einen Ausschuss bestellt mit der Aufgabe, Stoff über die Benachteiligung rechtsstehender Beamter durch die schwarzrotgoldene Koalition in Preußen zu sammeln, zu prüfen und zu bewerten. Diese Sammlung entspricht nicht nur einem sehr naheliegenden politischen Bedürfnis allgemeinerer Art, sondern insbesondere auch der Stimmung, die bei den betroffenen Kreisen immer stärker hervorritt, und sie wird schließlich gebraucht werden zu den Beratungen des Etats des Ministeriums des Innern und des Staatsministers im September dieses Jahres so daß ihre Dringlichkeit ohne weiteres gegeben ist. Bei dieser Stoffsammlung sollen gleichmäßig berücksichtigt werden sämtliche Ressorts, also insbesondere auch Justiz, Kultus und Landwirtschaft, wenn freilich auch das meiste voraussichtlich aus dem Ministerium des Innern hervortreten wird. Es soll angegeben werden, welche rechtsstehenden Beamten — und zwar soll ausdrücklich zunächst die Partei angegeben werden, wenn die Untersuchung sich auch nicht etwa lediglich auf unsere Parteiangehörigen beschränken soll — in berechtigten, erwarteten Beförderungsaussichten zurückgestellt, welche in ihrem Aufgabentriebe zurückgesetzt worden sind, welche durch Verweisung sich benachteiligt fühlen, welche aus dem Dienst zeitweilig oder dauernd ausgeschieden müßten, auf Grund welcher Bestimmungen auch immer, und schließlich welche bestraft worden sind.

In Rede stehen in erster Linie Fälle, in denen der Minister unmittelbar veranlassend tätig war. Demnach solche, wo er das Unrecht lediglich billigte oder duldete, und schließlich Fälle, in denen der Minister nicht unmittelbar in die Erscheinung trat, die aber als zum Ressort gehörig immerhin politisch vertreten werden müßten. — Diese Ordnung würde sich auch zum kommunalen Hergängen in Selbstverwaltungskörpern entsprechend anpassen. Der Stoff muß so umfassend sein, insbesondere alle in Betracht kommenden Daten, alle in Betracht kommenden Schreiben, möglichst in Abschrift, in wörtlicher oder stimmgemäßer Wiedergabe und die Anschriften der in Betracht kommenden Persönlichkeiten und der etwa hinzuzuziehenden Zeugen enthalten, daß er in der vorgelegten Form, hier unmittelbar in parlamentarischer Form verwendet werden kann und weitere Nachforschungen sich erübrigen. Es wird in erster Linie auf die unbedingte Zuverlässigkeit der Sammlung Wert gelegt und es wird gebeten, alle erwachsenden Zweifel vertraulich und rückhollos zu bezeichnen, nicht etwa zu glauben daß Fälle, die im wesentlichen auf Gerüchten beruhen, von in Rede stehenden Zweck erfüllen könnten und sich schließlich vor Augen halten, daß eine Schwäche in irgendeinem Punkt unseres Stoffes dem Gegner zu einem Gegenstoß, der die Bedeutung der Gesamtheit des Stoffes immerhin gefährden könnte, eine sicher wahrgenommene, willkommene Gelegenheit geben würde. Wichtig ist vor allen Dingen die Angabe der formalen Gründe der Benachteiligung der rechtsstehenden Beamten, die angeführt worden sind, und die etwa sonst erkennbar werden können, die von der Staatsregierung und entgegengesetzt werden können.

gez. von Gersdorff, R. d. L., Regierungspräsident a. D.
gez. Bork, R. d. L., Polizeimeister a. D.
gez. Bachem, Regierungsrat, R. d. L.

Der neueste Bachem-Brief beweist, daß Bureaus wie das Bureau Knoll-Kluge-Kaufing nicht etwa von einzelnen Freiweibern der Politik gegründet werden, nicht etwa von einzelnen Fanatikern wie Leopold und Bacmeister finanziert werden, daß nicht etwa Herr Bachem auf eigene Faust Dummbelien begeht, sondern daß die Deutschnationale Partei und die deutschnationalen Fraktionen ganz systematisch Verleumdungsmaterial suchen. Der selbige Reichslügenverband wird durch die neuen Verleumderzentralen in jeder Hinsicht übertrumpft. Aber auf die Dauer wird sich das Volk weder mit deutschnationalen Versprechungen noch mit deutschnationalen Verleumdungen betrogen lassen.

Parteitag der Ketten sprenger.

v. Eynern im Kampf gegen die Gemeindefürsorge.

Am Sonntag haben die Ketten sprenger in Berlin einen Parteitag abgehalten, auf dem der Führer der Deutschen Volkspartei im Roten Hause, der Landtagsabgeordnete v. Eynern, das Hauptreferat gegen die Berliner Kommunalpolitik hielt. In einem Bericht über diesen Parteitag heißt es:

Herr v. Eynern beleuchtete die Gefahr der Vergesellschaftung der städtischen Betriebe, die eine Undurchsichtigkeit der Finanzgebarung mit sich bringe. Er wandte sich gegen die um sich greifende Kommunalisierung und Sozialisierung in der Stadtwirtschaft. Allerdings sei die öffentliche Bewirtschaftung von Gas, Elektrizität und Wasser in den Kommunalbetrieben aus der historischen Entwicklung zu erklären. Zu beanstanden ist, daß die Direktorengehälter dieser Betriebe nicht an die entsprechenden Beamtengehälter anschließen, sondern erheblich darüber liegen. Die Ergebnisse der 50 Millionen Mark betragenden Berliner Anleihe bezeichnete der Vortragende als nicht befriedigend. Die nun einmal bestehende Reichssteuerfreiheit der kommunalen Versorgungsbetriebe müsse dazu benutzt werden, um die vorhandenen Werke zu modernisieren. So seien seitens der Stadt Berlin von der genannten Anleihe 35 Millionen für diese Zwecke in Aussicht genommen, die jedoch bereits verpulvert seien. Trotzdem bestünde ein sehr erheblicher weiterer Finanzbedarf für diese Zwecke. Trotz dem hierfür noch keine Deckung vorhanden sei, habe man bereits die Anleihe für Maschinen zum Ausbau der Elektrizitätsanlagen gegeben. Das Jahr 1924 habe der Stadt Berlin einen Ueberfluß von 24 Millionen gebracht, der jedoch bereits verbraucht sei.

Herr v. Eynern, der „Parlamentsminister“ des Roten Hauses, ist durch den Doktrinarismus bekannt, mit dem er immer wieder seine Gemeinplätze über Finanzwirtschaft

Beratungen der „Großen Vier“.

Die Arbeit an der Formulierung.

V. Sch. Locarno, 12. Oktober (Fig. Drahtbericht).

Eine mehrstündige wichtige Unterredung fand heute nachmittags im Palasthotel zwischen Briand und Chamberlain auf der einen Seite, Luther, Stresemann und Schubert auf der anderen Seite statt. Sie galt sowohl dem Artikel 16 wie auch der Frage der Garantie der östlichen Schiedsverträge. Wenn auch die Einigung noch nicht perfekt ist, so liegen jetzt die Schwierigkeiten weniger in der Sache selbst als in der Formulierung. Es sind noch immer verschiedene Fassungen vorhanden, in deutscher, französischer und englischer Sprache. Sie sind im Wesen und in der Tendenz nicht mehr weit von einander entfernt, es bleibt aber immer noch die Aufgabe, sie in eine einzige zu verschmelzen. Der Kommissionsberatungen auf internationalen sozialistischen Kongressen mitgemacht hat, kennt diese sprachlichen Schwierigkeiten. Oft wird derselbe Begriff in jeder einzelnen Sprache durch ein Wort ausgedrückt, das eine besondere Nuance enthält. Bei uns Sozialisten wird meist die Schwierigkeit dadurch gelöst, daß man diese Nuancen zur Kenntnis nimmt, weil man soviel gegenseitiges Vertrauen empfindet, weil man weiß, daß jeder dasselbe meint und zum Ausdruck bringen will. Bei internationalen diplomatischen Verhandlungen ist dies vereinfachte Verfahren nicht möglich. Die Konsequenzen eines anders ausgelegten Wortes können so groß sein, daß man besser tut, im Voraus vorzubeugen. Die endgültige Einigung wird manchmal dadurch erschwert, aber nicht gefährdet, und so ist es auch in Locarno. Selbst in der deutschen Delegation, die bisher aus naheliegenden innerpolitischen Gründen bestrebt war, Optimismus nicht zur Schau zu tragen, und diese Taktik so lange fortsetzte, daß sie schließlich unangenehm auffiel, ist heute endlich langsam dazu übergegangen, die Fortschritte, die die Konferenz gemacht hat, anzuerkennen. Es ist in der Besprechung der Delegationsführer nützliche Arbeit geleistet worden.

Seit einigen Tagen ist man auch schon so weit, daß man sich — wenn auch nicht auf der eigentlichen Konferenz, so doch in privaten Unterredungen — über die sogenannten Nebenfragen ausspricht. Es sind dies bekannte Fragen, die mit dem Paat nicht rechtlich verbunden sind, aber psychologisch und politisch von der größten Bedeutung sind: Abrüstung, Räumung der Kölner Zone, Besatzungsregime. Hier sind die Alliierten, vor allem die Franzosen, durch innerpolitische Rücksichten zur Zurückhaltung gezwungen. Briand hat mit ernstern Gegnern im eigenen Lande zu rechnen, jede Konzession, die er sich in den privaten Unterhaltungen zu machen verpflichtet, würde mit einer maßlosen Hezge gegen seine Person und die Linkregierung Painlevés beantwortet werden.

Wenn sich auch die Zeiten seit 1923 gründlich geändert haben, so mahnt ihn dennoch das eigene Erlebnis zur Vorsicht und zur Zurückhaltung, das er in Cannes im Jahre 1921 gehabt hat. Damals wurde er, weil ihm Lloyd George einige Konzessionen in der Behandlung Deutschlands und in der Einberufung der Konferenz von Genoa abgerungen hatte, von den Leuten des Nationalen Blocks, geführt von Poincaré und Millerand, mitten in den Verhandlungen von hinten angefallen und gestürzt. Obwohl jetzt die Gefahr weit geringer ist, so schreien doch diese Erinnerungen. Die deutsche Delegation kann um so größeres Verständnis dafür zeigen, weil sie selbst nur zu gut weiß, was es bedeutet, unter dem Druck maulaufreißender nationaler Hezge für den Frieden zu ar-

anden Mann bringt. Das A und O seiner Politik ist der hartnäckige Kampf gegen die städtischen Unternehmungen. Ihm hat z. B. die Stadt zu verdanken, daß die letzte Anleihe Berlins um wertvolle Wochen verzögert wurde, so daß der Ausgabetermin in eine ungünstigere Zeit fiel. Interessant ist zu beobachten, wie sehr dieser Sprecher der privatkapitalistischen Interessengruppen die Gefahr richtig erkannt hat, die aus der Vergesellschaftung der städtischen Betriebe für seine Auffassung erwächst. Er ist darin sehr viel klüger als die Kommunisten, die nur aus Parteidemagogie die Sozialdemokraten beschimpfen, weil sie alles getan haben, um die Werte der Stadt zu erhalten und sie durch eine moderne, den Zeitverhältnissen entsprechende Verwaltungsreform selbständig und leistungsfähig zu machen. Die Volksparteiler wissen sehr genau, daß die Entwicklung einen weiteren Ausbau der städtischen Unternehmungen mit sich bringen wird, der ihnen schon aus dem Grunde so unangenehm ist, weil der Nimbus des allein selbst machenden Privatkapitals in der letzten Zeit erheblich geschwächt worden ist. Wie im Reich und in den Ländern, sehen aber die Volksparteiler ihre Hauptaufgabe in dem systematischen Kampf gegen jede öffentliche Wirtschaft. Als Synonym der privaten Industrieverbände stürzen sich seit Monaten auf die Etats der Gemeinden, um überall für eine Beschränkung der öffentlichen Finanzwirtschaft und für die Einschränkung der Selbstverwaltung einzutreten. v. Eynern ist im Berliner Rathaus der Sprecher dieser großbürgerlichen rein privatwirtschaftlichen Tendenzen. Diese Kreise betrachten jede Leistung der Städte lediglich unter dem Gesichtspunkt der ihnen unangenehmen Konkurrenz mit der Privatindustrie. Sie sind in den Gemeindevertretungen nichts anderes als die Agenten der den Gemeinden feindlich gestimmten privatwirtschaftlichen Kräfte. In dem Kampf gegen diese Agenten des Großkapitals muß die Sozialdemokratie, die sich bewußt als Vertreterin der Gemeindeinteressen fühlt, ihre Hauptaufgabe sehen. In ihr werden v. Eynern und seine Freunde ihre Meister finden.

Der deutsch-russische Wirtschaftsvertrag.

Am Montag unterzeichnet.

Moskau, 12. Oktober. (W.B.) Der Handelsvertrag zwischen Deutschland und der Sowjetunion wurde gestern, Montag, unterschrieben; für Deutschland unterzeichnete der Botschafter v. Brockdorff-Rausan und der Vorsitzende der deutschen Delegation v. Koerner, für Rußland der Stellvertreter des Volkskommissars für die auswärtigen Angelegenheiten Litwinow und der Delegationschef Hanckja.

Das deutsch-russische Vertragswerk besteht, wie die „Konjunktur-Korrespondenz“ mitteilt, aus einem Handelsvertrag und 6 besonderen Abkommen.

Der Handelsvertrag regelt das Rückwanderungsrecht der staatenlos gewordenen und enthält die grundsätzliche Restriktionsklausel. Letztere erfährt nur insofern einige Einschränkungen, als gewisse Vorteile, die seitens der Sowjetunion

beiten. Die Deutschen und die Franzosen sind bis in die letzten Tage sich innerlich am besten dadurch näher gekommen, daß Luther und Stresemann auf der Motorbootfahrt ihr Herz ausgeschüttet und den Druck gelindert haben, unter dem sie zu arbeiten gezwungen sind.

Indessen kann als günstiges Symptom gewertet werden, daß die zunächst vorsichtigen Anspielungen der deutschen Delegierten über die „Nebenfragen“ keineswegs auf schroffe Zurückweisung gestoßen sind, vielmehr ist der Faden jener Unterhaltungen weiter gesponnen worden und man kann sagen, daß die „Nebenfragen“ allmählich den Platz eingenommen haben, der ihnen gebührt.

Die bereits angekündigte Unterhaltung zwischen Ministerialdirektor Gaus und Benesch sowie dessen juristischem Berater Kreischer hat heute nachmittag stattgefunden und zu günstiger Klärung der Frage des deutsch-tschechischen Schiedsvertrages geführt.

Morgen findet die Begegnung Luther-Strzynski statt.

Amliche Verlautbarungen.

Locarno, 12. Oktober. (Drahtbericht unseres Sonderkorrespondenten.) Ueber die Vollziehung der Konferenz, die am Montag vormittag um 10 Uhr begann und nahezu drei Stunden dauerte, wurde folgendes amtliche Communiqué herausgegeben:

In der heutigen Zusammenkunft wurde die Generaldiskussion über die durch die Beteiligung der eventuellen Signatäre des Sicherheitspaktens am Völkerbund aufgeworfenen Fragen wieder aufgenommen. In Verfolg des Ersehens der deutschen Delegation um ergänzende Klärstellungen fand ein allgemeiner Gedankenaustausch unter den verschiedenen Delegationen statt, als dessen Ergebnis sich ein Fortschritt der gemeinsamen Arbeiten in der Richtung einer befriedigenden Lösung der erörterten Fragen ergab. Die Konferenz vertagte sich auf Dienstag, den 13. Oktober, nachmittags.

Es ist angebracht, das am Sonnabend veröffentlichte Communiqué mit der Verlautbarung über die Montagstung in Vergleich zu stellen, weil sich nur so ein klares Bild ergibt, und die deutschnationalen Kriegsmedien am besten in das Reich der Fabel verweisen werden. Am Sonnabend stellte das gemeinsame Communiqué ausdrücklich fest, daß die „Mehrzahl der Pakt-Paragraphen“ endgültig formuliert sind und nur noch einzelne Fragen ihrer Erledigung harren. Diese Einzelfragen wurden am Montag erörtert und zwar so, daß am Schluß der Sitzung übereinstimmend „ein Fortschritt“ festgestellt wurde. Man hätte ruhig von einem großen Fortschritt sprechen können, denn es ist der größte Teil der Punkte erledigt worden, über die man sich bisher, besonders in bezug auf die Formulierung nicht einig war.

Am Montag vormittag unterhielten sich Stresemann und Strzynski zehn Minuten lang in deutscher Sprache über die großen Aufgaben der Konferenz, ohne die speziellen gegenseitigen Interessen der von ihnen vertretenen Länder zu berühren. Das soll in diesen Tagen in einer neuen Unterhaltung geschehen, an der auch der Reichkanzler beteiligt sein dürfte. Von der Forderung der „Deutschen Tageszeitung“ an die deutsche Delegation, sofort die Konferenz zu verlassen, sobald Polen und Tschechen an den Verhandlungen beteiligt werden, ist mehr als das Gegenteil wahr geworden. Noch bevor die polnischen und tschechischen Delegierten überhaupt offiziell zu Verhandlungen zugezogen sind, pflegten Stresemann und Luther mit ihnen große Unterredungen! Weder der Berichterstatter der „Deutschen Tageszeitung“ weiß nach wie vor in Locarno!

im Handel mit Persien, Afghanistan und der Mongolei diesen Staaten eingeräumt werden, von Deutschland nicht beansprucht werden können. Hinsichtlich Chinas und der Türkei sind ebenfalls Ausnahmen gemacht, die aber nicht den Warenverkehr betreffen. In diesem Zugeständnis von deutscher Seite liegt eine gewisse Anerkennung der Sonderstellung Rußlands gegenüber seinen asiatischen Nachbarn.

Obwohl überhaupt die Meistbegünstigungsklausel heute nicht mehr jene überragende Bedeutung hat wie in den Handelsverträgen der Vorkriegszeit und obwohl ihre Wirkung in bezug auf Rußland durch das Außenhandelsmonopol und andere Dinge noch erheblich eingeschränkt wird, ist ihre Aufnahme in das Vertragswerk von Bedeutung; es wird dadurch vermieden, daß in Zukunft andere Staaten, die zweifellos bei ihren Verhandlungen mit der Sowjetunion über Handelsverträge sich weitgehend auf die deutsch-russischen Abmachungen stützen werden, Vorteile erreichen, die der deutschen Wirtschaft bisher noch nicht zugebilligt wurden. Derartige Vorteile würden Deutschland automatisch auch zugute kommen müssen.

Das Niederlassungsabkommen sichert deutschen Staatsbürgern gewisse Erleichterungen für die Einreise nach der Sowjetunion (keine Rückfragen, grundsätzliche Rückreisefreiheiten) vollkommene Parität für Berufsausübung und für Beteiligung an Gesellschaften. Sehr wichtig für die nach Rußland gehenden Techniker, Wertmeister usw. ist die Bestimmung, daß kein Gewerkschaftszwang für Arbeitnehmer besteht. Für Arbeitsgeräte und kleine Maschinen wird Einfuhr- und Zollfreiheit gewährt. Auch für die Ausfuhr von Vermögen und Erbgut ist die Parität gesichert. Eine administrative Beschränkung der nach Rußland gehenden Deutschen durch die Sowjetbehörden ist ausgeschlossen; sie sind von öffentlicher Arbeitspflicht von militärischen Requisitionen und Zwangsangehörigkeiten befreit. Ferner ist in diesem Abkommen die Einschränkung von Konfiskationen, Requisitionen und Enteignungen (besonders bei Konzeptionsunternehmungen) sowie die Gewissens- und Religionsfreiheit, der freie Zutritt zu den Gerichten und ein persönlicher Rechtschutz entsprechend dem Völkerrecht (aber nur wie bei eigenen Staatsangehörigen) gesichert. Bei Festnahmen besteht eine Benachrichtigungspflicht an die deutschen Vertretungen und ein Besuchsrecht der Konsuln. Privatgesellschaften deutschen Ursprungs werden grundsätzlich den gemischten öffentlichen Unternehmungen der Sowjetunion gleichgestellt.

Das Seeschiffahrtsabkommen regelt die Parität bei der Behandlung von Schiffen und Ladungen und sichert hinsichtlich der Einrichtung von Agenturen eine entgegengesetzte Behandlung. Ferner wird die Konzessionsbereitschaft für Fischereiunternehmungen erklärt. Die weiteren Bestimmungen dieses Abkommens umfassen die Anerkennung der Schiffsmehrheits, der nationalen Vorschriften über Schiffsausrüstung, der Anmusterungsfreiheit und Zulassung von Havariekommissaren.

Das Wirtschaftsabkommen gibt eine klare Begrenzung der Handelsvertretung auf den Außenhandel und seine Nebengeschäfte und sichert das Publizitätsprinzip für staatliche Unternehmungen (Satzung, Bilanz, Vertretungsberechtigte). Es enthält ferner den Ausschluß der Nichtteilnahme wegen Schädigung der Staats. Besondere Artikel regeln die Errichtung öffentlicher Zollniederlagen, die Parität bei Erhebung innerer Abgaben, die Abgabefreiheit für Hausrat, Musterarten, Muster, Kataloge usw.

Gewerkschaftsbewegung

Konflikt in den städtischen Elektrizitätswerken. Die Lohnverhandlungen gecheitert.

Die Verhandlungen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter und des Verbandes der Maschinen- und Heizer mit der Direktion der städtischen Elektrizitätswerke, die am Montag stattfanden, sind gecheitert. Die Organisationen hatten eine Erhöhung der zurzeit geltenden Lohnsätze um 10 Pfg. pro Stunde gefordert. Die gegenwärtigen Lohnsätze betragen für Handwerker 95 bzw. 90 Pfg., für angeleitete Arbeiter 85 Pfg., für ungeleitete Arbeiter 80 Pfg. für die Stunde. Arbeiterinnen 71 Pfg. Die Ablehnung schließt sich würdig an der Behandlung der Lohnanträge der städtischen Arbeiter durch den Magistrat und der Anträge der Gas- und Wasserwerker durch die Direktionen der Aktiengesellschaften. Die Erregung in den Betrieben über die Haltung der Direktion ist groß. Die Verbände haben die tariflich vorgesehenen Schlichterstellen angerufen.

Schiedsprüche im Baugewerbe.

Wie die Unternehmer sich den Preisabbau vorstellen.

Am 9., 10. und 11. Oktober wurde vor dem Zentralschiedsgericht für das Baugewerbe verhandelt über Schlesien, Hamburg, Schleswig-Holstein, die Bezirke Bremen und Frankfurt a. M., Rheinland-Westfalen, über das Osterland und Hann.-Münden. Die Unternehmer forderten allgemein Lohnabbau, unter anderem in Schlesien um 10 Proz., in Rheinland-Westfalen um 20 Proz.

Die Scharfmachereinstellung der Unternehmer Rheinland-Westfalens gab den Verhandlungen das Gepräge und danach ist auch das Ergebnis zu beurteilen. Die Bauunternehmer aus diesem Bezirk fühlen sich noch mehr als die Unternehmer aus anderen Gebieten als Hörige der Schwerindustrie. Der geforderte Lohnabbau sollte in einzelnen Bezirken jetzt begonnen und dann im Winter planmäßig auf das ganze Reich ausgedehnt werden. Zu diesem Zweck sollten alle neuen Lohnvereinbarungen nur bis 30. November befristet werden.

Im Baugewerbe wird bekanntlich das Kräfteverhältnis der gegeneinander ringenden Parteien stark von der Jahreszeit beeinflusst. Die vor dem Kriege geübte Einkreisungspolitik soll jetzt verstärkt betrieben und im kommenden Winter ausprobiert werden: Alle Verträge am gleichen Tage zum Ablauf bringen, dann die Lohn- und Arbeitsbedingungen diktieren und bei Widerstand der Bauarbeiter eine Aussperrung über das ganze Reich vornehmen.

Dieser Plan ist im August und September begonnen worden, indem in den damals gefällten Schiedsprüchen als Ablaufstermin einheitlich der 30. November festgesetzt wurde. Die am 11. Oktober ergangenen Schiedsprüch haben nun als Ablaufstermin den 31. Januar 1926. Der so schon eingefädelt Plan ist also pariert.

Auch den von der Schwerindustrie befohlenen Lohnabbau lassen die Schiedsprüche unerfüllt. Sie halten entweder den gegenwärtigen Lohnstand über den Winter hinweg bis zum Februar fest, oder bringen Lohn erhöhungen. In Teilen des Rheinlands, in Westfalen, Schlesien, in den Hessenländern und im Osterland bleiben die derzeitigen Löhne bestehen, dagegen erhalten im Bremischen und Kölnischen Gebiet, in Hamburg und Kiel die Facharbeiter 2 Pf., im Gebiet Koblenz-Trier und in Schleswig-Holstein 1 Pf., und die Hilfsarbeiter im Kölnischen Gebiet und in ganz Schleswig-Holstein ebenfalls 1 Pf. Lohnhöhung. In Hann.-Münden erhalten Fach- und Hilfsarbeiter je 5 Pf. Lohnhöhung.

Die Schiedsprüche unterliegen nun der Beurteilung der Mitschiedsgerichte. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 17. Oktober.

Reichsbahn und passive Resistenz.

Die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft verweist neuerdings in einer Verfügung an die Reichsbahndirektion auf das Urteil des Reichsgerichts III. Zivilsenat vom 9. Juni dieses Jahres in dem zur Frage der passiven Resistenz folgende Ausführungen gemacht werden:

Die passive Resistenz bedeutet einen Bruch der Arbeitsverträge, welche die Arbeiter dazu verpflichteten, während der vertraglichen Arbeitszeit ihre Arbeitskraft voll in den Dienst der Klägerin zu stellen. Zwar ist die passive Resistenz als verbotenes Kampfmittel im Tarifvertrag nicht ausdrücklich aufgeführt. Aber der in dem Bescheide vom 30. April 1923 geäußerten Ansicht des Reichsarbeitsministers (Reichsarbeitsblatt April, Teil S. 539), daß passive Resistenz kein Streik sei, kann nicht beigepflichtet werden. Sie ist sogar schlimmer als ein Streik. Denn sie will die Streikwirkung ohne nachteilige Folgen für die Arbeiter erreichen. Sie hängt der tatsächlichen Arbeitsniederlegung das Mäntelchen der Vertragstreue um, um neben dem Druck auf den Arbeitgeber den Arbeitnehmern den Lohn ohne Gegenleistung von ihrer Seite zu erhalten und um, wenn der Arbeitgeber sich zur Wehr setzt, den Anschein zu erwecken, als seien die Arbeiter die Angegriffenen und nicht die Angreifer. Passive Resistenz ist daher ein unläuterer Kampfmittel, ein verschleierter Streik.

„Der Kluge baut vor“ — sagt sich die Reichsbahn, baut jedoch

nicht etwa der Kollage der Arbeiter vor, die zu passiver Resistenz führen kann, sondern sie sucht dem Ausdruck dieser Kollage in Gestalt passiver Resistenz vorzubeugen. Schließlich weiß man aber auch in der Hauptverwaltung der Reichsbahn, daß die Vorteile nicht verstopft werden dürfen, wenn die Maschine unter Dampf steht.

Der Begriff der passiven Resistenz scheint übrigens in dem angezogenen Urteil falsch dargestellt. Bei der Reichsbahn gibt es zu viele Vorschriften und zu wenig Personal zu ihrer Ausführung. Bei irgendeinem Versäumnis infolge Ueberlastung, das zu einer Katastrophe führt, wird die Verwaltung sich stets darauf berufen, daß die eine oder andere Vorschrift nicht genau erfüllt ist. Die passive Resistenz besteht aber darin, daß die Arbeiter und Angestellten nach wie vor ihren Dienst tun, jedoch genau nach den Vorschriften. Daß bei geordneter Erfüllung aller einschlägigen Vorschriften der Betrieb ins Stadium gerät, liegt an den Vorschriften. Sie zu befolgen ist keine „Arbeitsniederlegung“, sondern „Pflichterfüllung“. Die passive Resistenz ist kein „unläuterer Kampfmittel“, sie ist vielmehr ein Abwehrmittel gegen allzugroße Bedrückung. Gewiß, man kann die passive Resistenz sogar verbieten, allein man kann ihren gelegentlichen Ausbruch dadurch nicht verhindern. Es gibt nur ein wirksames Mittel gegen passive Resistenz: günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Die Tarifstreiks der Bauanschläger erfolgreich beendet.

Die Bauanschläger der Firmen Blume-Charlottenburg und Vencke-Chausseestraße waren, nachdem am Mittwoch die Verhandlungen zwischen den Unternehmern und Arbeiterorganisationen gecheitert waren, in den Streik getreten. Darauf trug der Schlichterverband der Berliner Schlossereien dem Deutschen Metallarbeiterverband mit, daß er über sämtliche Betriebe die Aussperrung verjagen würde, falls die Streikenden die Arbeit am Montag, den 12. Oktober, nicht wieder aufnehmen würden.

Durch das Eingreifen des Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses, Gewerberat Körner, hat gestern wieder eine Verhandlung mit dem Schlichterverband und dem Metallarbeiterverband stattgefunden. Es wurde eine Verständigung dahingehend erzielt, daß auf den bisherigen tariflichen Stundenlohn eine Zulage von 25 Pf. und auf den Akkordtarif vom Jahre 1912 ein Zuschlag von 80 Proz. statt bisher 50 Proz. bezahlt werden sollen. Dieses Abkommen läuft vom 12. Oktober bis 31. Januar 1926.

Die Funktionäre haben gestern zu diesem Verhandlungsergebnis Stellung genommen und beschloffen, der Vollversammlung die Annahme zu empfehlen. Gemäß diesem Vorschlag wurde das Abkommen von der Vollversammlung gegen eine starke Minderheit angenommen.

Einigung im Mühlengetriebe.

Eine Funktionärskommission der Mühlenarbeiter nahm gestern an dem letzten Angebot der Unternehmer Stellung und beschloß, es anzunehmen. Die Funktionäre beschloffen weiter, eine Urabstimmung in den Betrieben nicht noch einmal vorzunehmen. Damit sind rückwirkend vom 24. September bis 30. Dezember folgende Löhne festgesetzt: Für Gelehrte 46 50 M., Ungelehrte 40 50 M., Frauen 27 50 M. Bei Reifeleistungenarbeiten erhöht sich der Lohn für die Dauer dieser Arbeiten um 25 Proz. Fischer und Mühlenbauer erhalten wöchentlich 1 M. Entschädigung für die Stellung eigenen Handwerkszeuges.

Lohnbewegung der Bankeingestellten.

Die Angestelltenorganisationen des Bankgewerbes sind dieser Tage wieder in die Verhandlungen über die Lohnverhandlungen an den Arbeitgebern herangetreten. Der letzte Schiedspruch vom August d. J. sah bekanntlich vor, daß längstens Mitte Oktober die beiden Parteien zu neuen Verhandlungen zusammenzutreten sollen. Die Antwort lautet noch nicht vor, es ist jedoch damit zu rechnen, daß die Lohnverhandlungen noch im Laufe dieser Woche beginnen werden.

Für den Stimmungsumschwung in den Kreisen der Bankeingestellten am Berliner Bankplatz ist der Ausfall der Betriebsräte wählbar bei der Dresdner Bank charakteristisch. Die Wahlen bedeuten einen vollen Sieg des freigewerkschaftlichen Allgemeinen Verbandes der Bankeingestellten. Von den 17 zu vergebenen Sitzen erhält der Allgemeine Verband 11, der Deutsche Bankbeamtenverein 4, der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband 1 und die Oberbeamten 1 Sitze. Im Frühjahr bei der Abstimmung zu der Organisationszugehörigkeit zählte der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband noch 600 Stimmen, sie sind auf 199 zurückgegangen. Der Verlust der rechtsstehenden Angestelltenorganisation zeigt, daß die Bankeingestellten aus der jüngsten Lohnbewegung, in welcher die Bankunternehmer brutal und unnachgiebig jedes Entgegenkommen ablehnten, etwas gelernt haben.

Der Dank vom Hause Gabburg.

Man schreibt uns: „Bei dem Bankgeschäft G. Loewenberg u. Co., Unter den Linden 43, ist der Bankbeamte Paul Ernst, der zurzeit im 80. Lebensjahre steht, bis zum Januar 1924 nicht weniger als 48 Jahre als Buchhalter tätig gewesen. Er wurde dann pensioniert mit monatlich 100 M., ohne daß vorher eine Kündigung ausgesprochen wurde.“

Im Laufe dieses Sommers trat ein Personenwechsel bei der Inhaberschaft der Firma ein. Damit wurde die Auszahlung der Pension eingestellt, so daß der alte Bankbeamte in die bitterste Kollage geriet. Trotz mehrfacher Vorstellungen, die — wie sich denken läßt, — für den alten Herrn außerordentlich beschwerlich waren, verdrängte ihn die Firma stets damit, daß eine Regelung der Angelegenheit erst dann möglich sei, wenn die dafür in Be-

tracht kommende Frau Kommerzienrat von ihrer Reise aus der Schweiz zurückgekommen sei. Die noble Firma hatte es nicht für nötig befunden, ihrem alten Angestellten, der ihr fast ein halbes Jahrhundert gepflegt hatte, bei seiner Entlassung ein Zeugnis auszustellen, noch die mündlichen Abmachungen über seine Pensionsansprüche in irgendeiner Form schriftlich zu fixieren. Am 17. August d. J. ist die Firma von dem alten Bankbeamten nochmals gebeten worden, das Versäumte nachzuholen, doch hat sie bis zum heutigen Tage noch nicht geantwortet.

Hoffentlich wird der öffentliche Hinweis auf diese Tatsachen genügen, daß die Firma G. Loewenberg u. Co. sich auf ihre Pflichten befinnt und den gerechten Wünschen ihres langjährigen Angestellten endlich Rechnung trägt.

Die Bankangestellten, die immer noch nicht von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation überzeugt sein sollten, mögen sich diese Tragödie des zu alt gewordenen treuen Angestellten, dessen felsenfester Glaube an die Vortrefflichkeit der besten aller Welten so spät noch entwirrt wurde, zur Mahnung dienen lassen.

Fremde Milch im Bollesaden.

Der Leiter einer Filiale der Firma Bolle erhielt im August nicht soviel Milch geliefert, als er ablegen konnte. Bekanntlich führen die Bolleschen Ladengeschäfte außer Milch auch Butter, Margarine, Schokolade und andere Waren, deren Absatz natürlich zurückgeht, wenn die Milchmengen nicht befriedigt werden können, denn wer keine Milch bekommt, wird auch andere Waren die er sonst gelegentlich bei Bolle entnimmt, in anderen Geschäften einkaufen. Da der Filialleiter trotz wiederholter Mahnung nicht ausreichend mit Milch beliefert wurde, so entnahm er öfter ein Quantum Milch von einem ihm bekannten Käufer eines anderen großen Milchgeschäftes, die er ohne Gewinn verkaufte, nur in der Absicht, die Milchmengen zu befriedigen und so auch den Absatz der übrigen Waren zu sichern. Der Filialleiter glaubte, damit weniger in seinem, als vielmehr im Interesse der Firma gehandelt zu haben.

Die Firma Bolle ist jedoch anderer Meinung. Als gelegentlich einer Kontrolle festgestellt wurde, daß sich der Filialleiter Milch von einer fremden Firma verschafft hatte, wurde er fristlos entlassen. Die Firma Bolle behauptet nämlich, der Kauf ihrer angeblich unübersteiglichen Milch werde darunter leiden, wenn in ihrem Geschäft Milch fremder Herkunft verkauft werde.

Der entlassene Filialleiter klagte beim Kaufmannsgericht. Es kam aber nicht zur Entscheidung der Frage, ob es ein Grund zur fristlosen Entlassung ist, wenn ein Angestellter, ohne Nutzen für sich, sondern im vermeintlichen Interesse der Firma fremde Ware verkauft. Die Parteien schlossen einen Vergleich, durch den sich der Kläger befriedigt erklärte.

Geringe Zugkraft von Kommunistenparolen.

Paris, 12. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die von der Kommunistischen Partei gemeinsam mit dem kommunistischen Gewerkschaftsverband für Montag ausgegebene Parole zu einem vierundzwanzigstündigen Generalstreik ist, wie vorausgesehen war, nur in sehr beschränktem Umfange befolgt worden. Größere Ausmaße hat die Bewegung der Kommunisten im Baugewerbe, wo 85 Proz. streikten; in den großen Fabriken der nördlichen Provinz von Paris streikten 40 bis 50 Proz. und bei den Tagelohnern 50 Proz. Dagegen ist in den öffentlichen Verkehrseinrichtungen, Eisenbahn, Untergrund- und Straßenbahn, sowie bei der Post, den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken, im Bergbau, bei der Mehrzahl der Fabriken und in den Banken keinerlei Wirkung zu verspüren. In der Provinz ist die Zahl der Streikenden durchschnittlich noch geringer. Immerhin ist es zu einer ganzen Reihe von Zwischenfällen gekommen. Mehrfach haben die Streikenden die Straßenbahnstriebe zu sperren versucht und infolge eines Sabotageaktes ist es bei Wilsons (?) zu einem Zusammenstoß zweierzüge gekommen, bei dem ein Reisender schwer verletzt wurde. In Suresnes land ein Arbeiter unter bisher unbekanntem Umständen den Tod. In Saint Denis, im Zentrum des Kommunismus, hoben 15 Tausend Streikende mehrere Fabriken mit Steinwürfen bombardiert. Zwischen der aufgebotenen Polizei und den Ruhestörern ist es zu einem kurzen Handgemenge gekommen, bei dem eine Reihe von Kommunisten verwundet wurde.

Die kommunistischen Abgeordneten Cachin und Doriot sind wegen Aufregung zum militärischen Ungehorsam zu 13 Monaten Gefängnis und 3000 Franz. Geldstrafe verurteilt worden.

Ende des südafrikanischen Seelenteufels.

London, 12. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der südafrikanische Streik der Seelente ist am Sonnabend zu Ende gegangen. Es ist durch die Vermittlung des Arbeitsamtes eine Abstimmung über den Vorklag erfolgt, daß sie ihre Arbeit wieder aufnehmen, daß sie aber nach wie vor gegen die Lohnkürzung protestieren und gleichzeitig die Bezahlung der Streiklöhne und die Unterdrückung der schwebenden Verfahren verlangen. Die Wehrhaft der Seelente hat sich daraufhin für die Wiederaufnahme der Arbeit entschieden.

Verantwortlich für Vollst.: Ernst Reuter; Witzsch: Peter Ceterano; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Ceterano; Revisionen: A. A. Böcker; Dolmetsch: Conz; Bild: Karl Schmidt; Anzeigen: Th. Glöck; sämtlich in Berlin. Verleger: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berlin-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin. 239. 10. Händelsstraße 1. Hierzu 2 Beilagen mit „Unterhaltung und Wissen“.

Ab 1. Oktober 1925 verkaufen wir zu unseren Engrospreisen Herren- und Damenstoffe auch an Privatkundschaft Tuchhaus Ehrig & Tiedke Akt.-Ges., Leipziger Straße 104. I. Stock (gegenüber Kempin-ki, kein Laden)

Unser heutiges Angebot!

Herrenmäntel

- Ulsiter aus Plausstoff in verschiedenen Farben 45.—
- Ulsiter aus Ortesstoff mit Absteif. Schrägdrum 55.—
- Ulsiter aus merengo Cheviot, Diagonal und Plausstoff mit Ueberkaro, je nach Qualität 60.—
- Ulsiter Ersatz für Maß, in hervorragenden Velours- und Plausstoff, je nach Qualität 80.—
- Winterpaletots mit Zwerchkragen, ein- und zweifacher Form, schwarz Cheviot u. Eskimo, je nach Qualität, 90.—, 80.—, 70.—
- Rock-Paletots, Merengo u. schwarz Cheviot mit gut. Seilerei eleganter Sitz, je nach Qualität 100.—, 90.—
- Modellmäntel aus feinsten Plausstoff in hervorragenden Ausführungen 130.—
- Wettermäntel aus imprägniertes Lederstoff 21.—
- Gummimäntel Stoffbezug, weite Schließvorrichtung 15.—
- Wollmützen moderner Formen und Farben 27.—

Damenmäntel

- Damenmäntel aus vorzüglichem Plausstoff 15.—
- Flotter Mantel aus Velours de laine, in brauner, grünen und grauen Farben, je nach Qualität 50.—, 35.—
- Fescher Damenuisier, Herrenform, v. crin u. mode arch. Plausch, je nach Art. 50.—, 35.—
- Apartier Mantel Velours de laine, mit Pelzkragen (Biberette)
- Eleganter Mantel in vorzüg. Qualität, Aermel u. Krage mit breiter, Peubesteiz, Mutton, Biberette oder Semikassie je nach Art. 62.—
- Damen-Reisenmäntel in immerwärt. od. Lederstoffen von 21.—

Gestreifte Herren-Hosen elegant. Der Preis von 6.25 an

Gesellschaftskleidung

- Cataway und Weste, merengo und Molloncheviot, je nach Qualität 75.—, 60.—, 55.— 40.—
- Frackanzüge, Tuchkammware, elegante Ausführung 90.—
- Smoking- und Abendanzüge aus leinem Drap od. Molton-Cheviot je nach Qualität 95.—
- Der vornehme Tanzanzug in vollendeter Form 125.—

Pelze

- Sporpelze, versch. Stoffbezüge mit Kinnlöcher, 150.—, 130.— 85.—
- Opossumseifen- od. Murreisbärenfell mit austral. oder Opossumschweifkragen, je nach Qualität, 250.—, 225.—, 200.—
- Gehpelz, schwarze Tuchkammware mit Seilelektrik-Stücken, Faser mit Kollierkragen 210.—
- Walaby- oder Kuriasiaffenfell, in Ober- od. unger. Ausläufer, 375.—
- Bismarckrückenfelle mit echtem Seelotterkragen 575.—
- Damen-Pelzjacken lang und weit geschlitten, elegant geformt, 98.—
- Damen-Pelz als nachteilig u. Seilelektrik-Stücken 26.—
- Jacopelze in großer Auswahl, mit im Lager, groß er Tribolden mit Schalpelz, 190.—
- Herren-Pelzjoppen mit Schalpelz, je nach Qualität 90.—, 85.—
- Chaqueur- und Fahrpelze mit Schiffe flatter, Aermel-pelzierung, 150.—
- Knaulen-Ulsier geschmackv. Formen in Plaus, Auswahl von 16.— an
- Knaulen-Pulacks n. Mäntel hier Cheviot warm gest. 9.—

Unsere Maßschneiderei empfiehlt sich besonders.

BAER SOHN A.G. Eigene Kiewerwerke und Gummimantelfabrik
Berlin, nur Chausseestraße 29/30



Das Heim der Heimatlosen.

Draußen im Nordosten, in der Fröbelstraße, liegt das Städtische Obdach. Schon am frühen Nachmittag beginnt der Zug der Elenden und „Berrufenen“, um mit Jille zu reden. Mancher trägt ein paar Hobelspanen in Zeitungspapier gewickelt mit sich oder eine sorgsam verschürte Zigarrentüte über die Schulter gehängt. Des Morgens, wenn diese Ausgestoßenen aus dem nächtlichen Nisj herauskommen, tauchen sie unter im Gewühl der Großstadt. Die einen suchen sich wohl etwas zu verdienen, anderen fehlt hierzu schon die Kraft. Sie suchen im Sommer die Parks, im Winter die Wärmehallen auf, erbeteln sich ein bißchen Nahrung. Dauernde Unterernährung, Elend und ständige Verkommenheit hat sie abgestumpft; dem Alkoholsteufler verfallen, finden sie wohl nie mehr den Weg nach aufwärts. Der Moralpflüster ist schnell fertig mit seinem Urteil. Für ihn sind all diese elenden Menschen „Schuldbeladene“. Wir sehen in ihnen zum großen Teil die Opfer der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung, wobei wir keineswegs die Verantwortlichkeit des einzelnen ausschalten.

Die nächtliche Zuflucht.

Des Abends streben die Obdachlosen, aus dem Innern der Stadt kommend, der „Palme“ zu. Dort kommt einer, der eine weibliche Person auf dem Rücken trägt, die nur noch ganz kurze Beinstumpfen hat und sich nicht mehr fortbewegen kann. Jeden Morgen verläßt er mit ihr das Obdach, am Abend kehrt er mit ihr zurück. Hier winkt ihnen Ruhe für die Nacht. Die Anfallen dürfen längere Zeit wiederkommen, sollen sich aber nach Arbeit umsehen. Neue „Kunden“ müssen sich dem Arzt vorstellen und haben sich einem Bode zu unterziehen; ihre Kleidungsstücke werden desinfiziert. Aber auch die „Stammgäste“ drängen sich vielfach zum Boden, was ihnen gern und kostenlos gewährt wird. In 40 Schlafstätten können gegen 5000 Personen untergebracht werden. Zur Zeit kommen allabendlich etwa 3000, darunter einige hundert Frauen. Eine Pritsche und eine Decke ist der ganze Komfort. Am Abend und am Morgen erhalten die Obdachsuchenden je einen Liter Suppe mit einem Stück Brot. Im Winter wird die Zahl der Gäste eine viel größere werden. Die Höchstzahl wurde im Februar 1914 mit 5997 erreicht. 35 Aufseher und 63 Hausdiener, außerdem 12 Wäschrinnen, sind angestellt, um die Arbeit der Aufsicht, Kontrolle und Reinigung zu besorgen. Ihnen zur Seite stehen noch etwa 35 Helfer aus den Reihen der Anfallen, die dafür das Essen, sonst keinerlei Vergütung erhalten. Die Entschieden einer nützlichen Tätigkeit wieder zuzuführen, muß die Aufgabe einer fürsorgenden Verwaltung sein. Im Obdach befindet sich ein Holzplatz, wo Arbeitsfreudige Beschäftigung wenigstens tageweise

finden können. Vor kurzem hat der Magistrat im hesseländischen Luch ein größeres Gut erworben zu dem Zwecke, hier Obdachlose zu landwirtschaftlicher Arbeit zu erteilen.

Im Kinderheim.

Ein erfreulicher Einblick. Im selben Hause, getrennt vom Obdach, befindet sich das Familienheim, das Säuglings- und Kinderheim. In sonnigen luftigen Räumen sind hier die Säuglinge untergebracht, geboren von Müttern, die im Familienheim in ihrer schweren Stunde eine Zuflucht fanden. Schon als Schwangere werden sie hier aufgenommen, gepflegt von menschenfreundlichen Schwestern, unter Aufsicht und Hilfe von Ärzten. Die kleinen Weltbürger werden vom frühesten Alter an Ordnung und Hygiene gelehrt. Alle vier Stunden stellt sich die Mutter zur Verabreichung der notwendigen Nahrung. In der Zwischenzeit dürfen die kleinen Schreihälse ruhig ihre Stimme üben; wenn ihnen sonst nichts fehlt, läßt man sie ruhig schreien. Im Familienheim sind Männer und Frauen getrennt. Unter ihnen befinden sich viele Waisenkinder, die keine Wohnung finden konnten, Schnitter und Schnitterinnen, deren Saison vorüber. Eheleute können sich gemeinsam um Arbeit bemühen, die Kinder werden getrennt von den Eltern, in hygienischer und sanitärer Beziehung von Ärzten, Schwestern und Kindergärtnerinnen auf das sorgfältigste behütet. Sie erhalten die volle Kost, die aus der Zentralküche des Hauses geliefert wird. Sie besuchen die Schule, machen unter Aufsicht der Kindergärtnerin ihre Schularbeiten und werden nach getaner Arbeit von dieser nach dem nahen Spielplatz geleitet. Die Kleinsten bleiben unter der Obhut der Schwestern. Die Schlafstätte enthalten neue niedliche Kinderbetten, Spiele- und Spielzimmer sind mit so liebevoll praktischem Sinn und — darf ich hier sagen? — komfortabel eingerichtet, daß die Kinder sich wohlfühlen müssen. Und die Bäder! Eine Lust, die Kinder darin planschen zu sehen.

So sorgt die Stadt Berlin für Mutter und Kind, wenn sie hilflos und verlassen. In die Freude hierüber kommt störend ein wehmütiger Gedanke. Die Verwaltung muß naturgemäß danach trachten, die Anfallen in Arbeit und geordnete Verhältnisse zu bringen. Es muß Platz für neue Antönnlinge, die in Not sind, geschaffen werden. Dann gehen die meisten von ihnen wieder einer unsicheren Zukunft entgegen, jedenfalls aber in ärmliche Verhältnisse. Die kurze Erziehung im Heim zu hygienischem und sanitärem Verhalten ist bald vergessen. Für manches Kind mag der Aufenthalt in diesem Hause zu den glücklichsten Erinnerungen der Jugend gehören. Viele wird das rauhe Leben wieder hinabstoßen, die wahr-

scheinlich, könnten sie diese „gute Kinderstube“ auf die Dauer genießen, in weit höherem Maße an Leib und Seele gedeihen und tüchtig werden. Und fester stehen im Kampf ums Dasein. Daß auch diesen, vom Glücke wenig Begünstigten eine gute Zukunft werde, daß Elend und Not, Unwissenheit und Schande verschwinde, ist ein Ziel, das die Sozialdemokratie sich gesetzt hat.

Aufmarsch zu den Stadtverordnetenwahlen. Die Wahlvorschläge der Parteien.

Unter dem Vorsitz des Stadtwahlleiters Stadtrat Dr. Richter trat am Montag der Wahlausschuß für die Stadtverordnetenwahlen zusammen. Nach eingehender Beratung wurden sämtliche 18 eingegangenen Wahlvorschläge (mit einigen Streichungen von Namen wegen ungenügender Legitimation) vom Ausschuss unbeanstandet genehmigt, und zwar in folgender Reihenfolge:

1. Sozialdemokr. Partei Deutschlands (Kurtner H. Helmarm.)
2. Deutschnationale Volkspartei (Justizrat Lüdicke).
3. Deutsche Volkspartei (Geh. Rat Dr. v. Egner).
4. Kommunistische Partei (Bankangestellter Lutz).
5. Deutschdemokratische Partei (Kommerzienrat Bamberg).
6. Deutsche Wirtschaftspartei (Sponditus Karl Müller-Frankem).
7. Zentrumsparlei (Barner Salzhuber).
8. Unabhängige Sozialdemokr. Partei (Ella Windemann).
9. Deutschvölkische Freiheitsparlei (Stud.-Rat Prof. Danick).
10. Deutschsozialer Partei (Rich. Kunze).

Diese Parteien waren bisher in dem Stadtparlament vertreten. Ferner bewerben sich jetzt:

11. Evangelischer Gemeinschaftsbund.
12. Arbeiterparlei.
13. Deutschnationaler Bund der Hauswirte (Stagemann).
14. Sparsbund.
15. Nationalliberale Reichspartei (Dr.-Ing. Jillessen).
16. Deutsche Mittelstandspartei.
17. Deutsche Arbeiterparlei.
18. Nationale Wirtschaftliche Vereinigung.

Gegen letztere und gegen die Deutsche Mittelstandspartei hatte die Wirtschaftspartei Einspruch erhoben, weil sie Verwicklungen der Kennworte befürchtete. Der Vorsitzende teilte mit, daß der Kreiswahlleiter das Kennwort „Mittelstandspartei“ beanstandet habe. Die Entscheidung liege nun beim Ausschuss. Der Ausschuss sprach sich mit 5 gegen 3 Stimmen für die Gültigkeit dieses Kennwortes aus und darauf nach abermaliger Beratung mit 6 gegen 2 Stimmen für die Gültigkeit des Kennwortes „Nationale Wirtschaftliche Vereinigung“ aus. Sodann genehmigte der Ausschuss folgende Listenverbindung: Deutschdemokratische Partei mit der Zentrums- und Wirtschaftspartei; Deutsche Volkspartei mit der Deutschnationalen und der National-

Das unbegreifliche Ich.

58] Geschichte einer Jugend.
Roman von Tom Kristensen.

(Berechtigte Uebersetzung aus dem Dänischen von F. C. Bogel.)

Klara machte eine Gebärde mit dem Zeigefinger rund um den Hals herum und dann in die Höhle. Dann nicht sie eifrig: „Ja, so hat er es gemacht! Die Frau starb ja und da wurde er melancholisch. Es war ein Jammer, mitanzusehen.“ Klara stellte vorsichtig mein Glas zu mir herüber, erhob ihr eigenes und vordeckte den Mund zu einem stummen „Prosit!“ Wir tranken.

„Nemj war ein Jammerlappen. Die Frau kommandierte und schlanterte ihn nur so, sie war die richtige höhle Sieben, um es gerade heraus zu sagen.“ fuhr der Vater fort.

Klara ließ den Flaschenhals über den Tischrand auf-tauschen und sah mich fragend an.

„Das ist spasig, daß Sie sich auf ihn besinnen können. Wie geht es übrigens Ihrer Mutter? Wir glaubten ja eine Zeilang, daß aus ihr und Samuelson ein Paar werden würde.“ fuhr er fort.

Klaras Gesicht wurde ganz starr. Sie sah von ihrem Vater zu mir. Ihre Augen waren ganz schwarz.

Der Vater fuhr in seinem Monolog, den er gegen das Tuch gerichtet hielt, fort; „Aber es wurde doch nichts daraus. Samuelson ist ja ein sonderbarer Kauz.“

„In diesem Augenblick fing Klara an zu kichern. Sie versuchte, es zu unterdrücken; aber sie mußte lospruden. „Was ist denn, Klara?“ fragte er und wandte sein leeres Gesicht ihr zu.

„Ich habe den Kaffee bloß in die verkehrte Rehle bekommen.“ antwortete sie und stand auf. An der Tür schnitt sie noch verschiedene Grimassen und verschwand dann.

Aber der Vater und ich fuhren fort zu plaudern. Wir sprachen von der Kirchendienerin, vom Café „Victoria“ und von „Soni“.

„Wie gemütlich es ist, so ein bißchen von den alten Tagen zu schwärmen, Herr Kasnussen, und ich muß sagen, daß es mich freut, daß das Mädel ein Auge auf Sie geworfen hat, denn Sie haben eine richtige Stimme.“

Ich lehnte mich im Stuhl zurück und schwieg. „Verloben werdet ihr euch wohl noch nicht. Nein, nein, habt ja noch Zeit, Kinder. Ach ja, das dumme Geld, mit dem hapers wohl auch, wo täte es das nicht?“

Klara kam herein und setzte sich. Sie sah zu mir herüber, als ob sie sich etwas überlegte. Sie legte die Hände unters Kinn und schob die Lippen vor. „Du bist heute so still, Klara?“ sagte der Vater. „Ich bin bloß etwas müde.“

„Das bin ich übrigens auch. Es ist wohl am besten, ich troste mich ins Bett und überlasse euch junge Leute euch selbst. Also gute Nacht, Herr Kasnussen, kommen Sie recht bald wieder! Und gute Nacht, mein Liebling.“

Klara ließ sich auf die Sturn küssen und führte ihn hinaus, und ich ertannte ihre Bewegungen wieder. Sie war daran gewöhnt, ihren blinden Vater zu führen, und deshalb hatte sie mich auch so sicher nach der Geldschublade hingeführt.

Gleich darauf kam sie hereingesturzt, schloß alle Türen und stellte sich vor mich hin.

„Bist du Samuelsons Sohn?“ fragte sie heftig. „Sohn? Ja aber, wie kannst du so etwas fragen?“

„Ja, das bist du natürlich, und jetzt verstehe ich wahrhaftig eine ganze Masse. Selbstverständlich bist du's! Ich Schaf, ich Schaf, ich Schaf!“

Sie schüttelte mich: „Es nugt dir nichts, wenn du nein sagst!“

„Ja aber, ich bin — nicht — Samuelsons Sohn. Ich bin es nicht, verstehst du!“

Sie setzte sich auf das Sofa und schüttelte den Kopf. „Nimm die Flasche und die Gläser, du, und komm hierher.“ Er konnte ihn trotzdem riechen, der alte Esel. Ist er übrigens nicht neit? Findest du nicht? Und kannst du nun nicht verstehen, daß ich ihn nicht beunruhigen will? Er kann ja nicht sehen, und es ist so leicht, ihn zu betrügen.“

Sie machte ein Schmalzmundchen und sah zu Boden. Ich setzte mich an ihre Seite und legte den Arm auf ihre Schulter.

„Also dann sprechen wir nicht mehr davon!“ sagte sie und hob den Kopf. „Aber herrje, wie zärtlich du aussiehst. Nein, aber heute abend darfst du nicht. Glaubst du, daß ich so frech bin. Nein, dazu halte ich denn doch zu viel von meinem Vater.“

Wir tranken Likör und bekamen beide ziemlich glänzende Augen. Sie lehnte sich an mich.

„So ist es auch hubisch, du!“ flüsterte sie.

Ich griff mit der Hand um ihre Brust und beugte mich ganz über sie. Sie lag mit geschlossenen Augen und einem Lächeln, als ob sie voller Wollust hintenuber und durch einen

unendlichen Raum stürzen wollte. Dann öffnete sie sie wieder und sagte: „Hier ist es so hell.“

Ich ging und löschte das Licht.

„Du, Waldemar!“ flüsterte sie vom Sofa her, „ich kann ihn grulich gut leiden, das arme Gestell; aber du — er ist gar nicht mein Vater. Ich bin eine Prinzessin!“

Ich war traurig, als ich nach Hause ging.

Klara war so voller Liebe. Sie war Freude und sie war Schmerz. Ich konnte ihre Glieder fühlen, ihre Stimme hören, sie sehen, obgleich ich nun allein zu Hause in meinem Bette lag. Ueber meiner Stirn hatte ich ein Ge fühl, als ob ihr Haar dort läge. Ich war ganz von ihr umgeben; doch tief in mir lag eine kleine Realität. Samuelson hatte ihr Geld gegeben, und die anderen, die vielen Anderen hatten es auch getan. Ich drehte mich um. Was ging mich das an? Ich konnte ja gehen, wenn ich wollte, und eines Tages ging ich auch, das stand fest.

In der nächsten Nacht erwachte ich durch ein Gelächter.

„Gott, wie dumm du bist!“ tönte es drinnen aus Samuelsons Zimmer, und dann erklang Samuelsons schmuziges Lachen.

Ich fühlte einen stechenden Schmerz im Gehirn, und ich fing zu stöhnen an. So gewann Samuelson also doch!

Klaras Körper stand so deutlich vor mir, seine geschmeidigen Linien, seine hastige Unruhe; doch auf einmal konnte ich gleichsam verstehen, daß er unfeulich war. Er hatte keinen besonderen Ausdruck mehr. Alle liebten ihn. Er wurde matt. Eine weiße, tote Farbe drängte sich hervor und vernichtete all das üppige Leuchten, was früher aus ihm gestrahlt hatte.

Ich warf mich in die Kissen zurück. Das war nicht zum aushalten! Das einzige Lebendige in meiner Nähe war verschwunden. Nein, ich mußte falsch gehört haben!

„Lob wohl, nun muß ich loskriechen!“

„Ja, ja, das war ihre Stimme, das war dieser Klang, der noch nicht verrotzt war, obgleich ihre Worte den gleichen Tonfall wie die der Frauenzimmer unten in Nyhavn hatten. Und jetzt ging sie nach Hause, in ihrem Tadelt, mit ihrer Tasche, mit ihrem großen Hut, und sie ging nach Hause zu den hellen Eichenmobeln und zu dem Sofa.“ Sie schlich sich an der Schlafstube des Blinden vorbei und in ihr eigenes kleines Zimmer hinein. Sie betrachtete sich im Spiegel und lächelte und war dieselbe, dieselbe, dieselbe, die ich in den Armen gehalten hatte. O, Samuelsons Hände! Nein! Hatten die sie nicht geliebt? Samuelsons Hände! Nein, nein!

(Fortsetzung folgt.)

liberalen Reichspartei, Nationalen Wirtschaftliche Vereinigung mit der Deutschösterreichischen Freiheitspartei; die Kommunistische Partei mit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Keine Listenverbindungen sind eingegangen: die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, der Evangelische Gemeinschaftsbund, die Arbeiterpartei, der Sparenbund, die Deutschsozialistische Partei, die Arbeitnehmerpartei, der Deutschnationaler Hausbesitzerbund.

Unter den großen Parteien ist die Sozialdemokratische Partei die einzige, die keine Listenverbindung mit einer anderen Partei eingegangen ist. Die Kommunistische Partei hat den Trümmern der ehemaligen Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei eine Listenverbindung gewährt; sie wird davon nicht fett werden. Daß die Demokratische Partei eine Listenverbindung mit der Zentrumspartei und mit der Wirtschaftspartei eingegangen ist, dürfte nicht überraschen. Diese kleinen Parteien der Mitte standen auch bisher schon in Beziehung zueinander, die nur in letzter Zeit sich etwas gelockert hatte. Bei den Parteien der rechten Seite sind zwei Listenverbindungen zustande gekommen. Die Verbindung zwischen der Deutschösterreichischen Freiheitspartei und der Nationalen Wirtschaftlichen Vereinigung ist kein Ereignis, das weitreichende politische Folgen erwarten ließe. Das beachtenswerteste Ergebnis der Bündnisjagd, die in den letzten Wochen von den Parteien getrieben wurde, ist die Listenverbindung zwischen der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Nationalen Volkspartei. Der Bürgerblock ist diesen beiden Parteien nicht geknickt, nun müssen sie sich mit einem Rechtsblock beschäftigen. Beide gehörten längst zusammen, und auch dieser Pakt bedeutet keine Überraschung mehr. Die Sozialdemokratische Partei, die, auf ihre Werbetraut vertrauensvoll, in den Wahlkampf zieht, wird sich der Schar ihrer Gegner zu erwehren wissen.

Wie Knüppel-Kunze zu Geld kommt.

Der „Verpflichtungsschein“ der Deutsch-Sozialen.
Herr Richard Kunze, alias die Deutsch-Soziale Partei, bewirbt sich auch um ein Stadtverordnetenmandat. Herr Kunze hält zu dem Zweck überall Vorträge, in denen er die Korruption seiner bösen Mitmenschen bekämpft, die es besser als er verstehen, anderen Leuten das Geld aus der Tasche zu ziehen. Herrn Kunze braucht man bekanntlich nicht mehr charakterisieren. Der Held von Gardeteilen ist bekannt genug. Immerhin, manchmal leistet er sich doch neue Dinge, die seine Geschäftstüchtigkeit beleuchten. So läßt er jetzt alle Leute, die der hohen Ehre teilhaftig wären, auf einen Bezirksverordneten- oder Stadtverordnetenvorschlag seiner Partei gestellt zu werden, einen „Verpflichtungsschein“ unterschreiben. Das Ding sieht so aus:

Verpflichtungsschein.

Ich, Endesunterzeichneter verpflichte mich zur Deckung der durch meine Wahl zum Bezirksverordneten entstandenen Auslagen und Unkosten jeglicher Art den Betrag von 1000 Mark an die Parteileitung der Deutsch-Sozialen Partei zu Händen des jeweiligen 1. Vorsitzenden zu zahlen. Der Betrag soll erst dann fällig sein, wenn ich, ganz gleichgültig aus welchem Grunde, aus der Deutsch-Sozialen Partei ausscheide oder von der Führung der Deutsch-Sozialen Partei ordnungsmäßig ausgeschlossen werde und mein Bezirksmandat nicht niederlege. Zur Sicherung dieser Verpflichtung übergebe ich der Führung der Deutsch-Sozialen Partei ein Blankowechsel über 1000 Mark. Der Wechsel kann an dem oben genannten Tage beim Austritt oder Ausschluss aus der Deutsch-Sozialen Partei fällig gemacht und in Umlauf gesetzt werden.
Unterschrift:

Der Parteiführer, der bei Kunzes Mannen an der Tagesordnung ist, wird dadurch zu einem ganz netten Geschäft. Man sieht doch, daß die Dummen wirklich nie alle werden. Nur ist zu befürchten, daß die Dummen alle werden, die einen Burlesken wie Richard Kunze noch wählen.

Der Potsdamer Giftmordprozess. „Das mag schon stimmen.“

Der Potsdamer Giftmordprozess betrifft auch der angeklagte Knecht Gardehl jede Schuld. Er bezeichnet die Anzeige als Rache einer alternden Frau. Auch er verweigerte jede Aussage über das Verhältnis zu Frau Bädte. Beide Angeklagten mußten zugeben, daß sie sich dugten und Ortel und Willi zueinander sagten. Unter der Wucht der Zeugenaussagen gaben beide Angeklagten auch zu, dem toten Förster sämtliche Goldzähne mit einer Kneifzange ausgebrochen zu haben, nachdem er kaum eine Stunde tot gewesen war. (Große Bewegung im Zuschauerraum.)

Der angeklagte Knecht Gardehl äußerte sich dazu folgendermaßen: Meine Herren! Trotz stärksten Widerwillens habe ich die Kneifzange geholt und die Goldzähne der Leiche ausgezogen. Aber in der Instation hatten sie hohen Wert. Wir haben die Zähne nachher in der Walschüssel ausgespült. Die Hausangestellte der Angeklagten bekundet, daß die Förstersfrau kurz vor dem angeblichen Selbstmord des Försters gedürrt habe: Wenn mir bloß einer den Wunsch erfüllen würde, daß der Förster bis Weihnachten tot sein könnte! Die Angeklagten gestanden, daß sie dem Toten den Trauring abgezogen haben und sich 14 Tage später im Forsthaus bei einer Flasche Wein verlobt hätten. Zu einer Zeugin hat Frau Bädte alles eingestanden, aber mit dem Zusatz, daß, wenn das Gericht komme, sie Kokainrausch vorziehen würde. So etwas glauben die Geschworenen. Vors.: Na, Angeklagte, was sagen Sie nun? Angeklagte: Ja, das kann schon stimmen. Dieser Milgefängenen hat die Frau Förster, als man im Gefängnis über den angeblichen Selbstmord des Försters zu sprechen kam, gedürrt: Ich hätte ja dem Mörder meines Mannes die Waffe aus der Hand schlagen können. Aber ich hatte nicht den Mut dazu. Zu einer anderen Zeugin hat Frau B. gesagt, daß sie den Untersuchungsrichter auch schon mit Kokainrausch beschwindelt hätte. Die Berliner Wirtin, bei der die Angeklagte gewohnt hat, hat auch ein Geständnis von ihr bekommen. Die Angeklagte hat dort den zwanzigjährigen Sohn der Witwe verführt. Vors.: Na, Angeklagte? Frau B. (sehr pfeifend): Gewiß, das mag schon stimmen. Aber ich habe ja auch widerrufen. Daraufhin wurde die zwanzigjährige Freundin des Angeklagten, eine waschechte Berlinerin, vernommen. Als der Richter sie fragte, ob die Angeklagte eifersüchtig gewesen sei, läßt die junge Zeugin und meinte: „Falsch war sie in den Gardehl, lassen Sie die Dile doch quatschen.“ Trotz gründlichster Zeugenvernehmung konnten keine Beweise dafür erbracht werden, wie und auf welche Art die Angeklagten das Gift in den Kaffee gemengt haben. Um 7 Uhr wurde die Verhandlung auf heute vormittag vertagt.

Der begabte Diktator.

Mit dem Diktatorismus ist schon reichlich Unlug getrieben worden. Ein gewisser Antonius Kradiehn beklagte sich in einer Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte bitter darüber, daß man seine Begabungen unterschätzen werde und ein von ihm geschriebenes Buch über den Diktatorismus als glatten Blödsinn bezeichnen habe. Aber nicht etwa deswegen hatte der Staatsanwalt gegen ihn Anklage erhoben, sondern wegen ganz gewöhnlicher Betrügereien in Rückfall muß sich K. heute verantworten. Der Angeklagte hat immer und immer wieder die Bekanntheit mit Schöngeistes machen müssen, kaum entlassen ging er sofort mit neuen Betrügereien an. Seine geistigen Fähigkeiten, auf die er so stolz ist, gaben ihm niemals die Möglichkeit, seinen traurigen Lebenslauf in andere Bahnen zu lenken. Auch jetzt befand sich K. wieder kurze Zeit in Freiheit, als er die Bekanntheit eines gutsituierten Kauf-

manns machte. Sofort umgab er sich mit dem Nimbus eines besonders in den Rheinländern sehr bekannten und hochgeachteten Mannes. Seine außerordentlich guten Beziehungen zu einem General Allen, ferner die ständigen „Geschäftsverbindungen“ mit den großindustriellen Kreisen“ verfehlten denn auch nicht ihre Wirkung. Leichtgläubige Leute, die gern billig kaufen wollten, gaben nicht nur größere Bestellungen auf Stoffe, sondern leisteten auch sofort höhere Anzahlungen. Damit hatte der Angeklagte seinen Zweck erreicht und Geld und Stoffe sah man niemals wieder! Als einer der Geschädigten schließlich Anzeige erstattete, war er nicht wenig erstaunt, daß er einem gewissen Gauner ins Garn geraten sei, den man zum Ueberflus auch noch wegen Heiratschwindelien

Wähler-Kundgebungen

heute Dienstag, den 13. Oktober, 7 1/2 Uhr abends:

Nikolassee: Lokal Bebel, am Bahnhof.
Brih-Budow: Bekers Gesellschaftshaus, Brih, Chausseestr. 96.
Blankenburg: Klug, Dorfstr. 2.
Buchholz: Lokal Buchow, Pajewalker Straße 67.
Redner: Amberg, Gutschmidt, Dr. Löwenstein, Schröder, Dr. Silberstein, Dr. Wagner.

Tagesordnung:

Berlin im Spiegel der Parteien. — Die Politik im roten Hause!

Mittwoch, den 14. Oktober, 7 1/2 Uhr abends:

Mitte (1. u. 7. Abt.): Schulaula Auguststraße 68.
(3. Abt.): Gewerkschaftshaus, Engelauer 25 (großer Saal).
(5. Abt.): Reichstafel, Neue Königstraße 26.
(6. Abt.): Böttner, Schwedter Straße 23.
Wedding (16. Abt.): Schulaula Bienenstraße 66.
Prenzlauer Berg (29. Abt.): Schulaula Senefelderstraße 6.
Friedrichshain (33. Abt.): Schulaula, Hohenlohestraße 10.
Kreuzberg (48. Abt.): Gledings Festsäle, Wasserlorenzstraße 68.
Tempelhof: Turnhalle des Gymnasiums Neutempelhof, Deutscher Ring.
Karlshorst: Restaurant Fürstenhaus, Tresdowallee 92.

Tagesordnung:

Warum muß am 25. Oktober Berlin sozialdemokratisch wählen?

Redner: Bublich, Scharf, Hoff, Kreuziger, Künstler, Klotz, Dr. Löwenstein, Lisse, Landa, Dr. Moses, Meiß, Reuter, Reimann, Dr. Wegl.

Frauenkundgebungen

heute Dienstag, den 13. Oktober, 7 1/2 Uhr abends:

Tiergarten (8. Abt.): Nationalhof, Bülowstr. 37. Darbietungen des Gesangsvereins Liedertafel-West. Rednerin: Frau Liesbeth Riedger, Stadtverordnete.
Wilmersdorf: Viktoria-Luise-Schule, Umland. Ede Gasteiner Straße. Musikalische Darbietungen. Rednerin: Schriftstellerin Adele Schreiber.
Genossinnen! Agitiert für diese Kundgebungen, rüttelt die uns fernstehenden Frauen und Mädchen auf und bringt sie mit in eure Versammlungen.

Oeffentliche Beamtenskundgebung

heute Dienstag, den 13. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:

Charlottenburg: Leibniz-Schule, Schillerstr. 125.
Vortrag des Ministerialrats a. D. Albert Falkenberg über „Die Zukunft der Beamtenschaft im Spiegel der politischen Parteien.“ — Parteigenössische Beamte! Heißt mit, daß diese Kundgebung zu einer eindrucksvollen Demonstration gegen die Zollräuberpartei wird.

suchte. In der Verhandlung gab K. alles zu, will aber wegen geistiger Störungen nicht für seine Schwindelien verantwortlich zu machen sein. Das Gutachten des ärztlichen Sachverständigen aber schien ihn doch zu fränten. Darnach soll der Angeklagte wohl ein ausgeprägter Hypochondriker sein, der sich vollkommen in seine eigenen Lügereien hineinlebt, im übrigen aber doch nicht geisteskrank im Sinne des § 51 wäre. Nun verteidigte sich der Angeklagte in einer halbständigen Rede, er sei niemals krank gewesen, sondern stünde nur wie alle Menschen unter besonderen Einbrüchen der Welt. Und wenn seine Schriften über Okkultismus heute auch noch verächtet würden, eines Tages werde man in ihm nicht mehr den Geisteskranken, sondern den Begabten sehen. Das Gericht beschloß, diese Zeit erst einmal abzuwarten, und sah für dieses Mal noch einen gewöhnlichen Strafbefehl in ihm, der eben wegen der Betrügereien an seinen Mitmenschen zu 9 Monaten Gefängnis zu verurteilen sei.

Fliegertag in Staaken.

Trotz der kühlen Witterung waren immer noch Tausende gekommen, um der Veranstaltung der Fliegerschule Bornemann und der Luftschiffbau-Zeppelin-Gesellschaft zuzuschauen. Von den Gebäuden flatterten lange schwarzwehre Fahnen, in denen man erst beim Näherkommen mühsam eine kleine schwarzrotdorngoldene Gasse erkennen konnte. In diesem Zeichen soll wohl bei der Arbeiterschaft für die Zeppelinspende erworben werden. Die Veranstaltung selbst ging pünktlich nach dem Programm vor sich und bot fesselnde Bilder, wie Geschwaderflüge und Ballonverfolgungen. Die Kunstflüge der Piloten Raab und Kapfenstein ließen einem jedes Gefühl der Gefährlichkeit abhandeln kommen, so leicht und sicher überpurzelten sie sich und flogen sie in jeder nur denkbaren Art. Ein Fallschirmabprung, den von Stundnh ausföhrte, erzielte wie immer eine starke Wirkung, ebenso das Wschießen der beiden Fesselballons. Aus dem Himmel kommende Reflame-Schokolade ließ sich das Publikum gern gefallen.

Ein Dachstuhlbrand.

Ein großes Schadensfeuer löschte am Sonntag vormittag gegen 7 Uhr den Dachstuhl des Hauses Stolpische Straße 5 ein. Kurz vor 7 Uhr bemerkten Bewohner des gegenüber liegenden Hauses Rauchschwaden aus dem Dach emporsteigen. Die Feuerwehr wurde alarmiert und rückte alsbald mit drei Jügen an. Das Feuer muß schon längere Zeit auf dem Boden gewüet haben, denn als die verschlossene Bodentür geöffnet wurde, war der Brand bereits über den ganzen Boden ausgebreitet und hatte außerdem die Decke der im 4. Stock gelegenen Wohnung ergriffen. Brennende Deckenteile stürzten in die Wohnung hinab und wurden hier abgebläht. Die Brandkommission der Kriminalpolizei konnte nichts feststellen.

25jähriges Geschäftsjubiläum des Warenhauses Joseph u. Co. Das in Neutölln in allen Teilen der Bevölkerung wohlbekannte Warenhaus Joseph u. Co. feiert heute auf ein 25jähriges Bestehen zurückblickend. Aus diesem Anlaß hatte es die Presse und Behörden, sowie Geschäftsfreunde zu einer kleinen Feier eingeladen. Für den em Erscheinen verhinderten Oberbürgermeister Böß war dessen Stellvertreter, Herr Eisenhardt, erschienen. Auch der 14. Verwaltungsbezirk, die Handelskammer und viele andere Korporationen waren vertreten. Die Firma hatte am Tage

avor für ihre Angestellten eine Feier veranstaltet, denen die Inhaber der Firma Gratifikationen, je nach der Dauer ihrer Dienstjahre, bis zu einem Monatsgehalt ausgemorfen hatten. Für die Armen Neutöllns gab sie eine Spende von 5000 Mk.

Sonntags-Wählerverfassungen.

Die Wählerverfassungen, die am Sonntag vormittag abgehalten wurden, waren wieder außerordentlich gut besucht. — In der Schloßbrauerei Schöneberg kam es bei der Rede des Genossen Adolf Hoffmann zu einigen Zwischenfällen, bei denen schließlich das Ueberfallkommando einschreiten mußte. Adolf Hoffmann hatte in seiner bekannten drastischen Weise von der fatalen Schulpolitik der Bürgerlichen gesprochen und geföhelt darauf mit scharfen Worten die Laubheit der Berliner Arbeiterschaft. An einheitlichem Vorgehen gegen die Reaktion sei ihnen nichts gelegen, sie zerstreuten sich gegenseitig und wenn sie sich radikal nannten, wären sie schlimmer als die Deutschösterreich. Bei diesen Worten fielen erregte Zwischenrufe von Kommunisten, die zahlreich erschienen waren, und kurz darauf war das schönste Handgemenge im Gange zwischen ihnen und dem Reichsbanner. Schließlich gelang es der Schupo, die Ruhe soweit herzustellen, daß Gen. Hoffmann seine Ausführungen beenden konnte. Gen. Czerninski zeigte dann den Kommunisten, besonders an dem Schulbeispiel Paulsen, daß sie nur zur Sabotage wirklich sozialer Arbeit fähig gewesen wären, schon deshalb komme eine Listenverbindung gar nicht in Frage, und das Gefühl darauf sei nur ein Beweis für die Schwäche der SPD. Kraftvolle Vertreter ihrer Interessen sind die Arbeiterschaft nur in der SPD. Das werde der 25. Oktober der Reaktion von rechts und links von neuem beweisen. Wie recht Gen. Czerninski mit seinen Ausführungen hatte, konnte man in der Diskussion erleben. Nach teils sehr persönlichen und unrichtigen Behauptungen ihres Genossen Schmidt verließen die Kommunisten das Lokal. Am Schlusswort verteidigte sich Adolf Hoffmann gegen die Anwürfe der Kommunisten und schloß mit dem Wunsch, daß die SPD am 25. Oktober mit größerer Macht ins rote Haus einziehen werde. Diesen Wunsch bekräftigte die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

In Gladow (Havel) sprach vor einer gut besuchten Versammlung Genosse Stadtrat Hermes (Steglich) über Kommunalwahlen, Follwacher und Aufwertungsschwindel. Daran schloß Genosse Krüger Spandau noch einige kräftige Rahmworte und gab Illustrationen aus dem Bezirksleben.

In Pankow eröffneten die Genossen den Wahlkampf mit einer Versammlung in Lehmanns Festsälen. Genosse Heßhold wies auf die Zeiten des Geldloshandels hin, in denen die fast 85 Prozent der Bevölkerung ausmachenden Wählermassen der arbeitenden Klasse nur ein Drittel der Stadtverordneten bestimmten, während die restlichen 15 Prozent der Besitzenden zwei Drittel wählten. Besonders gefährlich waren die damaligen Wahlen noch dadurch, daß die Hälfte aller Abgeordneten aus Hausbesitzern bestanden mußte. Das Verdienst der Sozialdemokratie allein ist es, wenn jetzt das direkte, geheime und gleiche Wahlrecht gesichert ist. Der Redner schilderte die Zusammenhänge und die Machtverhältnisse der Stadtverordnetenversammlung in der Nachkriegszeit und rechnete mit den Kommunisten ab, die häufig bei den Beratungen den Reaktionsären ein willkommenes Schauspiel gaben. Nachdem die Generalkommission abgelehnt ist, werden die vernünftigen Teile der SPD sich immer mehr von dieser Partei ab und mit dem verbleibenden Rest braucht nicht mehr gerechnet zu werden. Mit ihm wird die Berliner Arbeiterschaft auch noch fertig werden. Unsere Aufgabe ist, die Arbeiterschaft aufzuklären, Feuer in die Herzen und Licht in die Köpfe zu gießen, damit die Wähler sich befinden. Für die bürgerlichen Kommunalpolitiker ist die Stadt ein Geschäft, aus dem sie selbst möglichst großen Nutzen ziehen wollen. Ein typisches Beispiel ist der Bouquetant Kommerzienrat Haberland, der hinter dem Rücken der Stadtgemeinde Berlin intrigierte und ein Teufelsmehel mit der Gemeinde Tempelhof begann, die ihm auch einen Teil des Tempelhofer Feldes zuscherte, den Haberland später bebaute und mit großem Gewinn absahnte. Bei der Ueberführung der Straßenbahn in die Privatwirtschaft war es der SPD zu danken, daß die Stadt dabei nicht unter den Schlitzen kam, sondern hervorragend beteiligt ist.

Genosse Klose, Bezirksverordneter in Steglitz, ergänzte wirksam die Ausführungen Heßholds.

Der Schriftsteller Emil Fehstau, dessen Brandstiftung in seiner Villa in der Dahlemer Straße zu Lichterfelde so großes Aufsehen erregt hat, wie wir erfahren, nach amtärztlicher Untersuchung für geisteskrank erklärt und bereits am vergangenen Freitag von der allgemeinen Sicherheitspolizei in die Irrenanstalt Herzberge gebracht worden. Die Freilassung, über die wir berichteten, war selbstverständlich vom Untersuchungsrichter und nicht von der Kriminalpolizei verfügt worden.

Der Film der Verfassungsfeier in den Lichtspielen im Vorhagen, Vorkogener Str. 59, gelangt noch bis inkl. Donnerstag zur Vorführung.

Schweres Autounglück.

Pajewalk, 12. Oktober. (WZB.) Auf der Fahrt nach dem Bahnhof Pajewalk fuhr das Auto des Autobesizers Wolf aus Blumenhagen kurz vor der Stadt gegen einen Baum. Das Auto wurde zertrümmert und die beiden Insassen, der Autobesitzer Wolf und der Amtsgerichtsrat Bekker aus Berlin-Wilmersdorf, herausgeschleudert und schwer verletzt. Beide mußten dem Krankenhaus zugeführt werden. Der Zustand Bekkers, der einen schweren Schädelbruch erlitt, ist sehr bedenklich.

Der japanische Europaflug.

Paris, 12. Oktober. (WZB.) Die beiden japanischen Fliegeroffiziere haben heute vormittag 11.53 Uhr den Flugplatz Le Bourget in der Richtung London verlassen. Um 1.15 Uhr mußten sie bei Calais eine Notlandung vornehmen, um an ihrem Apparat eine Reparatur auszuführen.

Schwerer Unfall eines amerikanischen Dampfers.

Ein Bergungsdampfer kenterte unweit der Küste der Halbinsel Florida, als er umzubringen versuchte. Von den 25 Personen, die er an Bord hatte, ertranken 14, darunter mehrere Frauen und Kinder. Mehrere werden noch vermisst. Der hohe Seegang erschwerte das Rettungswerk. Einige Schiffbrüchige, die von der Erholung gegen den Felsen geschleudert wurden, sind schwer verletzt worden.



Die Stadtwahlen. Rückblick und Ausblick.

Die letzten Berliner Gemeindevahlen fanden am 16. Oktober 1921 statt. Ihr Ergebnis war das folgende:

	Abgegebene Stimmen	Stimmzahl	Stimmproz.	Stimmverhältnis
Deutschnationale Volkspartei	819 273	18,6	42	
Deutsche Volkspartei	268 771	15,5	35	
Zentrumspartei	63 183	8,7	8	
Deutsche Demokratische Partei	126 696	7,4	17	
Sozialdem. Partei Deutschlands	853 076	20,5	46	
Unabhäng. Sozialdem. Partei Deutschlands	329 378	19,1	43	
Kommunistische Partei Deutschl.	162 575	9,5	21	
Deutschnationale Partei	12 802	0,7	1	
Wirtschaftspartei	68 808	5,0	12	
Gesamt	1 720 041	100,0	225	

Die Kommunisten hatten sich zum ersten Male an den Wahlen beteiligt. Rechnet man deren Mandate denen der sozialistischen Parteien hinzu, so standen nunmehr den 115 bürgerlichen 110 sozialistische bzw. kommunistische Stimmen gegenüber. Es war dies eine weit ungünstigere Situation als die in der vorhergehenden Versammlung. Diese war durch die Wahlen vom 20. Juni 1920 geschaffen worden; und es war dies die erste Wahl nach der Bildung der Einheitsgemeinde Berlin. Bei dieser hatte die SPD. 59 Mandate, die USPD. 86 Mandate. Zusammen hatten also die beiden sozialistischen Parteien 125 Mandate, denen nur 110 bürgerliche gegenüberstanden. Eine sozialistische Mehrheit, die nicht zu durchbrechen war. Die Zusammensetzung des Magistrats wurde dementsprechend eine sozialistische.

Rum begann eine heftige Hehe gegen Magistrat und Stadtverordnetenversammlung, geführt von dem Volksparteiern Herrn v. Cagna. Es war nicht allzu schwer, Schwierigkeiten zu bereiten. Die Nachwirkungen des Krieges, die damals noch voll in der Erscheinung traten, die beginnende Inflation, die finanzielle Kollaps der Stadt; für alle Schwierigkeiten, die daraus erwuchsen, wurde der sozialistische Magistrat und die sozialistische Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung verantwortlich gemacht. Das Ziel der bürgerlichen Parteien, diese Mehrheit schnellstens wieder zu besitzigen, gelang; der Einspruch der Volkspartei gegen die Gültigkeit der Wahlen wegen eines angeblichen an sich belanglosen Formfehlers hatte Erfolg.

In der neuen am 16. Oktober 1921 gewählten Versammlung hatten die bürgerlichen Parteien nur eine Mehrheit von fünf Stimmen. Da sie unter sich durchaus keine geschlossene Einheit bilden, war die Position der Linksparteien immerhin noch eine recht gute. Sie wäre um vieles besser gewesen, wenn die Kommunisten nicht eine so unvernünftige Taktik betrieben hätten. Ihre Aufgabe sehen sie nicht darin, für die werktätige Bevölkerung sozial herauszuholen, als nach den Umständen überhaupt möglich war, sondern ihre „Mandate“ hatten lediglich das Ziel, die Sozialdemokratie zu „entlasten“. In ungezählten Fällen haben wir sie in halber Eintracht mit den Deutschnationalen. In edlem Wettbewerb mit diesen haben sie nur alles mögliche getan, durch Radikalführer das Niveau der Versammlung herabzubringen, geordnetes parlamentarisches Arbeiten zu verhindern. Wenn es trotzdem der Sozialdemokratie gelungen ist, die führende Partei zu bleiben, schaffend, aufbauend im Interesse der Allgemeinheit zu wirken, so spricht das für die unverwundliche Kraft des Sozialismus und für das faktische Scheitern ihrer Vertreter auch da, wo sie als Minderheitspartei zu kämpfen hat. Aber

Die Sozialdemokratie muß zur Mehrheitspartei im Roten Hause werden.

Sind wir berechtigt, diese Erwartung auszusprechen? Nun, die Wahlen dieses und des vergangenen Jahres zeigen, daß die Sozialdemokratie nach dem stürmischen Auf und Ab der Nachkriegszeit sich konsolidiert hat und in hohem Aufstiege begriffen ist. Folgende Zusammenstellung wird dies zeigen:

	Stimmen	Stimmen	Stimmen
Reichstagswahl 4. Mai 1924	2 209 665	449 627	204
7. Deabr. 1924	2 299 768	697 281	303
Präsidentenw. 29. März 1925	2 215 005	761 862	340

Bei der Stichwahl zum Präsidentenwahl am 26. April 1925 war die Beteiligung eine noch größere. Die Zahl der in Berlin abgegebenen gültigen Stimmen stieg von 2 215 005 auf 2 413 344. Davon entfielen auf den

	absolut	von 1000 Stimmen
Reichstagswahl	839 839	870
Volksstimm.	1 268 481	526
Kommunisten	251 213	104

Der „Volksstimm“ bestand bekanntlich aus Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum, diese Zahlen lassen sich in unseren Vergleichen nicht mit heranziehen, da nicht festzustellen ist, zu welcher der drei Parteien die einzelnen Wähler sich rechnen. Die obige Aufstellung zeigt jedoch schon allein zur Genüge, daß für die Sozialdemokratie in Berlin der Zeitpunkt mit dem 4. Mai 1924 erreicht war. Die mancherlei Ursachen für dieses zeitweilige Herabsinken der Wähler sind im „Vorwärts“ wiederholt behandelt, sie brauchen hier nicht mehr erörtert werden.

In der nachstehenden Tabelle haben wir die drei letzten Wahlen zusammengestellt und nebenbei berechnet, wieviel auf die einzelne Partei bei gleichzeitiger Vornahme der Stadtverordnetenwahlen abgeordnetes im Rathaus entfallen wären.

Es erhielten auf je 1000 Stimmen und es hätten gegebenenfalls Stadtverordnetenämter erhalten:

Partei	4. Mai 1924		7. Deabr. 1924		29. März 1925	
	St.	St.	St.	St.	St.	St.
Sozialdemokratie	204	46	303	68	340	77
Kommunisten	179	41	108	87	139	31
Unabh. Soziald. Part.	28	6	6	1	—	—
Demokraten	89	20	100	24	119	27
Zentrum	88	20	89	9	49	11
Deutschnationale	226	51	280	54	348	78
Deutsche Volkspartei	54	12	65	16	—	—
Wirtschaftspartei	40	9	34	8	—	—
Deutschnationale	48	10	20	5	4	1
Deutschnationale	38	8	16	8	—	—
Spaltsparteien	28	6	6	—	1	—
Gesamt	1000	225	1000	225	1000	225

Es sei daran erinnert, daß schon bei der ersten Präsidentenwahl am 29. März sämtliche Parteien der Rechten mit ihren Splintern sich auf die Kandidatur Farres geeinigt hatten, mit Ausnahme der bürgerlichen, die Ludendorff aufgestellt hatten; außerdem hatte sich die Bayerische Volkspartei den Witz gemacht, Herrn Dr.

Held zu präsentieren. Die 78 Stadtverordneten, die wir für die Deutschnationalen errechnet haben, zählen also zugleich für die Volkspartei, die Wirtschaftspartei usw. Aus der Zusammenstellung ist weiter der ständige Rückgang der kommunistischen Bewegung deutlich erkennbar.

Die Sozialdemokratie hat alle Ursache, frischen Mutes in den Kampf zu gehen. Es müssen aber alle Kräfte angespannt werden, um im Roten Hause ein arbeitsfähiges Parlament zu bekommen. Eine sozialistische Mehrheit, die in ihrer Arbeit nicht mehr behindert wird durch die Radikalführer, die von rechts und von links angezettelt werden.

Berlin ist eine Stadt der Arbeit, Lohn- und Gehaltsempfänger bilden die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung. Daß dies auch in der Zusammensetzung des Stadtparlaments zum Ausdruck komme, liegt durchaus im Interesse der Allgemeinheit. Dieses Ziel muß bei den nächsten Wahlen unbedingt erreicht werden.

Moderne Schulpolitik in Neukölln! Volksschule — Hilfsschule — Berufsschule.

Wohl in keinem Bezirk Berlins ist die Schulpolitik solch heftigen Angriffen ausgesetzt gewesen als im Neuköllner. Kaum eine Bezirksversammlung verging ohne Angriffe und Verteufelungen gegen unseren Schuldezernenten, den Stadtrat Gen. Dr. Löwenstein. Mit den unglaublichen Mitteln wurde immer wieder versucht, ihn bei seiner vorgelegten Behörde unmöglich zu machen. Dabei wurde weniger Kritik geübt an seiner Arbeit im Aufbau des Schulwesens, als an seiner Personalpolitik. Die Reaktionen der Schule glaubten, in einem sozialistischen Bezirk genau so arbeiten zu können wie dort, wo sie das heißt in der Hand halten. Gen. Löwenstein hat gezeigt, daß er in der Organisation außerordentliches zu leisten imstande ist. Das hat der demokratische Bezirksverordnete und Rektor Esser mehrmals unumwunden zugegeben. Recht lange Besichter machten meist die Bürgerlichen, als er ihnen sagte: „Ich halte es für selbstverständlich, daß in einem Bezirk wie Neukölln mit seiner sozialistischen Mehrheit nur republikanische Schulpolitik getrieben werden kann.“ Unsere Fraktion hat in engem Zusammenarbeiten mit den Demokraten großes geschafft. Die Erfolge waren allerdings nur vorläufig, weil den Bezirken im Schulwesen durch das Gesetz der Stadtgemeinde eine größere Selbständigkeit gelassen ist. Die Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln für sämtliche Schulen wurde kommunalisiert und dadurch verbilligt und verbessert. In der Inflationszeit wurde den Eltern eine Möglichkeit eröffnet, Vermitteln durch die Gemeinde zu erwerben. Für die meisten Schulen findet diese Besserung auch heute noch statt, und die Eltern ersparen 40 bis 50 Proz. an Ausgaben. Durch Schulgeldstaffelung, die zuerst in Neukölln eingeführt und später über ganz Berlin nach Neuköllner Muster ausgedehnt wurde, wurde es einer ganzen Reihe Unbemittelter ermöglicht, die höhere Schule zu besuchen. Leider wurde diese Staffelführung durch die bürgerliche Mehrheit in der Berliner Stadtverordnetenversammlung wesentlich verschlechtert. Ein neues Volksschulgebäude und drei Turnhallen für Volksschulen werden in diesem Jahre gebaut und eine große Anzahl geeigneter Privaträume für Schulzwecke eingemietet. In vier Versuchsschulen, die gleichzeitig weltliche Schulen sind, wird der Gemeinschafts- und Arbeitsgedanke besonders gepflegt. Ein umfangreicher Gartenarbeitschulbetrieb ist in allen Schulen durchgeführt. In 12 Gartenarbeitschulen erhalten Tausende von Kindern an zwei Tagen in der Woche Unterricht in frischer Luft und nach den modernsten Arbeitsmethoden. Hunderte von Lehrern sind für den Werkstättenunterricht ausgebildet worden, die meisten Schulen haben heute Pappwerkstätten, viele haben Holzwerkstätten und einige Metallwerkstätten. In einer Reihe von Schulen fertigen die Kinder selbst die Hefte an und binden ihre Bücher selbst ein. Fast alle Schulen haben so umfangreiche Bücherereien, daß bei der Mittel- und Oberstufe auf die Benutzung der Lesebücher verzichtet werden konnte. Jede Mädchenschule hat mehrere Nähmaschinen, einige Schulen haben gemeinschaftliche Nähstuben. Durch zahlreiche Freizeiten oder verbilligten Eintritt wird es allen Schülern und Schülerinnen ermöglicht, Brause- und Schwimmbäder zu nehmen.

Das Hilfsschulwesen ist in den letzten Jahren besonders sorgfältig ausgebaut worden. Neukölln hat drei Klassen für schwachsinigende Kinder. Durch Verbindung mit der Charité werden unter fachkundigster ärztlicher Leitung alle Kinder, die stottern, in besonderen Klassen zusammengeführt, um nach einigen Jahren als geachtete in ihre normalen Klassen zurückgebracht zu werden. Alle Kinder, die an leichten Verkrümmungen leiden, werden in besonderen orthopädischen Kursen systematisch gepflegt. Eine vor einigen Jahren gegründete Schwerhörigen-Schule ist heute zu einem sechsstufigen System ausgebaut. Für schwächliche Veranlagte sind Fortklassen eingerichtet, die von Lehrerinnen geleitet werden, die mit Kindergartenmethoden vertraut sind. Begabte Volksschulkinder können von der 7. Volksschulklasse aus in die Aufbauschulen übertreten, durch die sie nach sechs Jahren die Hochschulreife erreichen. Neukölln hat in Deutschland die erste dieser Aufbauschulen eingerichtet in der Erkenntnis der großen Bedeutung, die diese Schulen für das aufsteigende Proletariat haben. Heute gibt es zehn Aufbauschulen für Knaben, sechs für Mädchen und eine für Knaben, kleinen Beamten und kleinen Gewerbetreibenden einen Arbeiter-Schulbildung, die sonst sicher trotz ihrer Begehung mit 14 Jahren ins Erwerbsleben hätten treten müssen. Die Aufbauschulen werden nach den modernsten Grundrissen geleitet. Außerdem ist für junge Arbeiter und Arbeiterinnen durch Mittel, die das Reich zur Verfügung gestellt hat, ein Abiturientenkursus eingerichtet worden; obwohl diese besonders begabten Proletariatskinder nur Volksschulbildung haben, werden die ersten schon Ostern die Universitätsreife erreichen. Ein Realgymnasium ist zur Vollendung ausgebaut worden, und ein Lyzeum in eine Studienanstalt umgewandelt.

Auf dem Gebiete des Berufsschulwesens sind zahlreiche Klassen für ungelernete Arbeiter eingerichtet, eine Handelsschule und eine höhere Handelsschule neu geschaffen worden. Der starke Besuch all dieser Einrichtungen beweist, welches Bedürfnis hierfür vorhanden ist. Die vorhandene Volksschulerei ist inhaltlich und technisch mangelhaft ausgebaut, in Brüg ist eine Zweigstelle eingerichtet, ferner eine Jugendbücherei und eine Kinderlesehalle. Bei der Neubefugung von Lehrern und Leiterstellen ist bewußt dafür Sorge getragen worden, daß nur moderne Pädagogen, die auch republikanisch zuverlässig sind, angestellt worden sind. Alle Neuerungen, besonders die sozialen Einrichtungen und die Personalpolitik, wurden gegen den schärften Widerstand der bürgerlichen Fraktion durchgeführt. Wenn die Neuköllner Schulen heute von Vertretern des ganzen Deutschen Reiches und des Auslandes besucht werden und an vielen Stellen als Muster dienen, auch von Kuristen des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht zu Studienzwecken aufgesucht werden, so war diese Entwicklung nur möglich, weil die sozialistische Mehrheit in Neukölln die Schulpolitik nicht aufkommen ließ.

Deutschnationale Kulturfeindschaft.

Der Kampf um die Potsdamer Volkshochschule.

Potsdam ist der Schauplatz einer neuen Kulturfehde. Rücksichtslos verliert die neue Mehrheit in Magistrat und Stadtverordnetenversammlung die blühende Volkshochschule zu vernichten. Seit 1920 besteht die Volkshochschule als städtische Einrichtung. Unter der sorgfamen Leitung des demokratischen Stadtschulrats Dr. Ohms waren von den wenig mehr als 60 000 Einwohnern der Stadt zeitweise über 1500 eingeschriebene Hörer der Volkshochschule. Nachdem 1924 infolge der wirtschaftlichen Not die Hörerzahl auf 360 gesunken war, stieg sie schon im Frühjahr 1925 wieder auf 860. Da kam der Abbau des Stadtschulrats zum 1. April 1925 und damit das Zeichen zum offenen Kampf gegen die Volkshochschule. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung legten eine Kommission ein, die in ihren Sitzungen am 7. und 19. August die Auflösung der Volkshochschule gegen die einzige sozialdemokratische Stimme beschloß. Als Antwort gründeten Dozenten und Hörer einen Verein, um die Einrichtung nötigenfalls selbständig zu erhalten. Schnell war in alter Weise der Arbeitsplan aufgestellt und in städtischer Zahl kamen die Anmeldungen. Doch so leicht machen Deutschnationale einer gemeinnützigen neutralen Bildungsorganisation das Leben nicht. Für die Vorlesungen und Arbeitsgemeinschaften werden städtische Schulräume in den Abendstunden gebraucht. Der Verein stellte daher am 7. September einen Antrag beim Magistrat. Als Antwort kam eine Ablehnung mit nichtsagender Begründung. Neue schriftliche Anträge wurden am 1. und 7. Oktober eingereicht. Daneben fanden mehrfach mündliche Verhandlungen statt. Das Ergebnis all dieser Bemühungen war, daß bis zum 11. Oktober — dieser Tag war für die Eröffnungsfest und den Beginn der Vorlesungen angelegt — keine schriftliche Zusage des Magistrats zu erlangen war. Der Verein mußte nunmehr den Beginn seiner Arbeit verlegen auf den 18. Oktober und weih noch nicht, wo und ob er ausreichende Räume erhält. Doch damit nicht genug! Während der Magistrat bisher Schulräume kostenlos hergab, verlangt er plötzlich seit dem 1. Oktober Miete. Wenn also die Volkshochschule wirklich Räume bekommt, muß sie z. B. für eine Schulaula außer den Beträgen für Licht, Heizung und Reinigung noch für jeden Abend 15 M. Miete zahlen. Der Verein wird dadurch beinahe zu einer Verdoppelung seiner Vorlesungsgebühren genötigt.

Berliner Rhythmus-Chor Ken-Enwacht gibt am Mittwoch, den 14. d. M. ein gemeinsames Konzert zum Besten der Kranken im Paul-Gerhard-Bldg., Müllerstraße, abends 7 Uhr, und zwar eine Wiederholung des vollständigen Programms, das der Chor am Sonntag, den 11. d. M. in der Bühnenharmonie zur Aufführung gebracht hat.

Wetter für Berlin und Umgegend. Kühl und unbeständig, vereinzelt noch leichte Regenschauer. — Für Deutschland. Noch weitverbreitet leichte Regenschauer, vielfach leichte Nachfröste.



Dr. Anblutigs Weltreise.

Nach Bulgarien, nach Bulgarien, möchte ich dann demnächst fahren, wo die Zigarette reißt. Wo man Öl gewinnt aus Rosen, wo die Kommunisten tosen und die Engel jährlich pfeift — dorthin schenkt mich gerüstet! So ist vorläufig die letzte Station Dr. Anblutigs, denn er wird jetzt dringend in der Heimat gebraucht. Inzwischen ist nämlich

die Wärme erzeugende Kufirol-Einlegesohle

fertig geworden und wird so hart verlangt, daß die Kufirol-Fabrik, die jetzt schon täglich 20 000 Paare herstellt, ihre Produktion in wenigen Tagen auf vorläufig 40 000 Paare täglich, also 1 Million Paare monatlich, steigern muß, um den Kundenbedarf decken zu können und die Käufer nicht warten lassen zu müssen.

Die Kufirol-Einlegesohle ist eine glückliche Ergänzung der Kufirol-Fußpflege. Sie hält die Füße warm und trocken und erzeugt Wärme aus sich selbst. Die Füße warm und trocken zu halten ist der beste Schutz gegen Frost, Rheumatismus, Scharf, Husten, Schnupfen und überhaupt gegen das ganze Heer der Erkältungskrankheiten.

Die Kufirol-Einlegesohlen dürfen nicht verglichen werden mit den veralteten Sohlen aus Wapp, Rohhaar, Stroh usw.; sie sind etwas Besonderes und bisher nicht Dagewesenes. Zahlreiche Drogenisten führen sie bereits, weil es sich um einen Artikel von eminenter gesundheitlicher Bedeutung handelt, und ihre zahlreichen Nachbestellungen beweisen, daß ihre Kunden sehr zufrieden sind und die Empfehlung schon jetzt von Mund zu Mund geht.

Auch die Schuhgeschäfte, die gewiß sachverständig sind, haben ihre Vorgänge richtig erkannt und sie mit Begeisterung aufgenommen.

Wenn Sie eine dauerhafte, bequeme und warme Einlegesohle wünschen, eine, mit der Sie so recht von Herzen zufrieden sind, so nehmen Sie nur die Wärme erzeugende Kufirol-Einlegesohle. Sie drückt nicht, verursacht keine Doppelrölle, und Sie sparen durch den Gebrauch viel Stempel und Schuhwerk. Warten Sie darauf, daß Sie die echte Wärme erzeugende Kufirol-Einlegesohle in der richtigen Größe erhalten, und lassen Sie sich die Sohle beim ersten Kauf in den Schuh einpassen, dann die Kufirol-Einlegesohle darf nicht beschritten werden.

Auch Damen können die Wärme erzeugende Kufirol-Einlegesohle tragen, ohne eine größere Schuhnummer kaufen zu müssen.

Wenn Sie uns Ihre Schuhnummer durch Postkarte mitteilen, so veranlassen wir auch die Lieferung durch die nächste Niederlage. Die Größen 35—39 kosten M. 1.50; die Größen 40—44 M. 1.75 pro Paar.

Wir übernehmen für eine mehrwöchige Haltbarkeit der Kufirol-Einlegesohlen jede Garantie und bitten, unsere Gebrauchsanweisung genauestens zu beachten. Bei mürben und schmerzhaften Füßen leistet das vielmillionenfach bewährte Kufirol-Sudbad (Doppelpackung 50 Pfg.) ganz hervorragende Dienste. Bei einem einmaligen Versuch mit einer Doppelpackung zu 30 Pfg. werden Sie die Vorzüge dieses Präparates sehr bald schätzen lernen. Die Doppelpackung, für 2 Fußböden ausreichend, kostet 50 Pfennig.

Leiden Sie aber an Sehneraugen, Hornhaut oder Schwielen, so kaufen Sie das echte, vielmillionenfach bewährte Kufirol-Süßmeraugen-Pflaster. Dieses kostet nur 75 Pfg. und ist das am meisten gekaufte Süßmeraugen-Pflaster.

Verlangen Sie unsere aufklärenden Druckchriften über die Ziele der Kufirol-Fußpflege durch die größte Fabrik der Welt auf diesem Gebiete, die

Kufirol-Fabrik Kurt Kriep, Groß-Salze bei Magdeburg.

Fabrik: Kufirolstraße • Verwaltungsverbände: Reibbahnstraße.

Verkaufsbüro: Berlin W 62, Kleiststr. 23, I. Telefon: Stephan 5471.

Folgen falscher Wirtschaftspolitik.

Maschinenbauer, Reichsregierung und Preisabbau.

Der Bericht des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten für den Monat September stellt von Anfang bis Ende eine scharfe Kritik an der verfehlten Wirtschaftspolitik der Reichsregierung dar, dessen Folgen die Arbeiterschaft in Betriebs-einsparungen zu spüren bekommt. Der Bericht lautet:

Abnehmender Auftragszugang bei vorläufig noch leidlichem Auftragsbestand ließ im September ein fortschreitendes Liebergehen der Wirtschaftskrise auf das Gebiet der Maschinenindustrie erkennen. Verminderung der Belegschaft und Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit haben sich in verschiedenen Betrieben als notwendig erwiesen. Die durchschnittliche Arbeitszeit der Maschinenbauwerkstätten, die seit Ende 1924 nahezu unverändert geblieben war, dürfte sich im September um etwa zwei Wochenstunden verringert haben.

Nur in vereinzelten Zweigen war eine geringe Besserung zu verzeichnen. So waren Schuhmaschinen von der Inlands- und Auslandswirtschaft stärker begehrt, und die Geschäftsbelegung in einigen Zweigen der deutschen Textilindustrie (Seiden-, Samt- und Wollweberei, Herrenkonfektion) hatte eine gewisse Steigerung der Nachfrage nach Textilmaschinen zur Folge. Zufriedenstellend ist auch die Lage in der Brauerei- und Kellereimaschinenindustrie, wie das Geschäft auf der derzeitigen Berliner Ausstellung erkennen läßt. Dagegen ist die von der guten Ernte und in manchen Kreisen auch von der Einführung der Agrarzölle erhoffte Belegung des Landmaschinengeschäftes nicht in dem erwarteten Umfang eingetreten, vielmehr macht sich bereits jetzt die gewöhnliche, gegen Ende des Jahres einsetzende Abnahme der Nachfrage bemerkbar, die bei einigen Landmaschinenfabriken schon zu Arbeitszeitverkürzungen führte. Firmen, die Kraftmaschinen, Pumpen, Stahl- und Walzwerkseinrichtungen, Maschinen für den Bergbau und Anlagen für Kohlen- und Erzgewinnung, Papierverarbeitungs- und Druckmaschinen bauen, waren im September hauptsächlich mit der Erledigung weiter zurückliegender Bestellungen beschäftigt.

Das Ausbleiben der Aufträge

Ist nicht etwa auf mangelnden Bedarf zurückzuführen. Das zeigt sich auch darin, daß im Eingang von Anfragen aus dem In- und Ausland keine Abnahme zu verzeichnen war. Wohl aber verlangte der Käufer im Inland wie im Ausland ein Zahlungsziel von vielen Monaten. Wird es verweigert, so verbleibt der Auslandskunde seinen Auftrag an den fremdländischen Wettbewerber, der wenig kaufkräftige Inlandskunde dagegen verschleibt seine beabsichtigte Anschaffung auf spätere Zeiten. Die Kapitalarmut der deutschen Wirtschaft macht einen Wettkampf bezüglich der Zahlungsziele mit Wettbewerbern, die über einen derartigen Kapitalüberschuß wie etwa den nordamerikanischen verfügen, auf die Dauer unmöglich.

Ein Ausgleich kann hier nur durch billigere Preise gesucht werden.

Hier aber hat im Inlande die Verbilligungsaktion der Reichsregierung für den Bedarf der Maschinenindustrie bisher im wesentlichen versagt. Die begründete Senkung des Roheisenpreises ist noch verhalten geblieben. Eine offizielle Ermäßigung der Preise für Kupf, den wichtigsten Halbstoff der Maschinenindustrie, ist wider Erwarten nicht erfolgt. Leider sind ferner die deutschen Maschinen noch immer in den für uns sehr wichtigen Ländern mit den höchsten Zollsätzen belastet und dadurch gegenüber den in den Wettbewerbsländern bestehenden Staaten zu Wettbewerbsunfähigkeit verurteilt. Die zum Teil bereits seit Jahresfrist im Gange befindlichen Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich, Italien und Polen sind noch immer nicht zu einem befriedigenden Abschluß gelangt. Der Handelsvertrag mit Spanien, der bereits zu einer erfreulichen Belebung des Ausfuhrgeschäftes geführt hätte, ist trotz eindringlichster Warnungen der Exportindustrien gescheitert.

Diese ungünstige handelspolitische Lage,

welche eine Besserung des Ausfuhrgeschäftes unmöglich macht, erfüllt die Maschinenindustrie, die im größten Umfang auf die Ausfuhr angewiesen ist, mit erster Besorgnis. Ohne eine stärkere Bereitschaft der Reichsregierung, und vor allem des Reichstags, bei den Handelsvertragsverhandlungen die Erreichung von Zollermäßigungen seitens des Auslandes allen anderen Gesichtspunkten voran zu stellen und Erleichterungen unserer Fertigwarenausfuhr durch Herabsetzung derjenigen deutschen Zollsätze zu erlangen, an welchen unsere Vertragsgegner ein wesentliches Interesse haben, werden sich

auch weiterhin keine handelspolitischen Erfolge für uns erzielen lassen. Die hohen Sätze der in- und ausländischen Zölle in Kraft getretenen sogenannten kleinen Zolltarifrevision waren ausdrücklich als Verhandlungszölle gedacht. Wenn es der Reichsregierung nicht bald gelingt, sie als solche auch zur Anwendung zu bringen, d. h. also, sie gegen entsprechende Zugeständnisse uns gegenüber herabzusetzen, so wird, trotz aller Bemühungen der Regierung auf anderen längst nicht so ausschlaggebenden Gebieten, nicht eine Preisentlastung, sondern eine weitere

unerträgliche Steigerung des inländischen Preisniveaus eintreten — eine Gefahr, der sich, nach den kürzlichen Äußerungen des Reichswirtschaftsministers zu urteilen, auch die Reichsregierung anheimelnd nicht verschließt.

Der Bericht des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten gibt also die wahren Gründe dafür, weshalb der Preisabbau bei der gegenwärtigen Zoll- und Handelsvertragspolitik der Reichsregierung unmöglich ist, unumwunden zu. Er vergißt dabei, zu erwähnen, daß der WMA. durchaus die Möglichkeit hatte, die Entscheidung über die Zölle und über die Handelsverträge durch die ihm nahestehenden Vertreter im Parlament maßgebend zu beeinflussen, daß er dabei aber vollkommen versagt hat. Wie man sieht, wird sich das Unternehmertum in steigendem Maße der Konsequenzen seiner Handlungen bewußt, und es wäre nur zu wünschen, wenn sie sich bei den kommenden Entscheidungen über Zollfragen und Handelsverträge von dieser besseren Erkenntnis leiten ließen. Schließlich gibt es neben reaktionärer Parteipolitik auch noch so etwas wie eine Produktion, und wenn diese nicht billig genug erfolgt, um den Bedarf befriedigen zu können, so muß der ganze Sinn der Wirtschaft in sein Gegenteil verkehrt werden.

Löhne und Teuerung.

Allerdings enthält der Bericht auch einen Passus über die Lohnfrage, den wir oben nicht zitiert haben, den wir aber unseren Lesern trotzdem nicht vorenthalten wollen. Hierzu schreibt der Verband:

Ungeachtet der von dem Reichswirtschaftsminister veröffentlichten Erklärung, daß auch die Gewerkschaften den Preisabbau nachdrücklich unterstützen wollen, und trotz aller Hinweise, daß allgemeine Lohn- und Gehaltserhöhungen die Verbilligungsaktion der Regierung von vornherein vereiteln müssen, sind Lohn- und Gehaltserhöhungen in sehr erheblichem Umfang gefordert und teilweise durch Schiedsprüche auch schon bewilligt worden. Wie hieraus hervorgeht, wird immer noch nicht genügend erkannt, daß eine solche ohne Rücksicht auf die schwierige wirtschaftliche Lage durchgeführte, vollkommen verkehrte Lohn- und Gehaltspolitik die Industrie immer weiter zum Erliegen bringen und dadurch auf die Dauer auch der Arbeiter- und Angestelltenchaft nur zum Schaden gereichen muß. Höhere Verdienste, die nicht auf höheren Leistungen beruhen, bedeuten lediglich Steigerung der Arbeitslosigkeit.

Es sind das die alten, längst widerlegten Behauptungen, wonach die Löhne das deutsche Preisniveau irgendwie beeinflussen. Die Unternehmer scheinen sich immer noch nicht dieses lächerlichen Widerspruchsbewußt zu sein, der darin liegt, daß sie die Konkurrenz der mit vier- und sechsmal so hohen Löhnen hergestellten Auslandsware fürchten, während sie für Deutschland jede Lohnerhöhung ablehnen. Sie wollen mit der Wiederholung ihrer bis zum Ueberdruß betonten und trotzdem nicht weniger falschen Auffassung von der Hauptursache der deutschen Wirtschaftskrise ablenken, die in der Fehlorganisation der Produktion, der hohen Ansprüche des Kapitals, der daraus hervorgehenden falschen Zollpolitik liegt. Statt dessen sollte man sich doch wirklich lieber ernsthaft Gedanken darüber machen, warum in Deutschland die Bestandteile und Halbfabrikate eines Autos mehr kosten, als in Amerika die fertig montierte Maschine, während dort nach der Montage sowohl wie bei der Herstellung der Halbfabrikate das Vielfache der deutschen Löhne gezahlt wird. So lange diese Frage nicht einmal ernsthaft aufgeworfen, geschweige denn gelöst ist, soll man nicht von niedrigen Löhnen, sondern von der Organisations- und Denkschwäche der deutschen Unternehmer reden, die mit der Aufrechterhaltung rückständiger Betriebsmethoden die Teuerung durch hohe Gestehungskosten künstlich hervorruft.

Schuhproduktion und Schuhverbrauch in Deutschland.

Es ist sehr bedauerlich, daß die Produktions- und Verbrauchsstatistik in Deutschland so rückständig ist und daß man über die Produktions- und Verbrauchsverhältnisse, wie sie sich heute im Gegensatz zur Vorkriegszeit gestalten, so wenig erfährt. Das gilt besonders für die Industrien, die Verbrauchsgegenstände für den Massenbedarf herstellen, aus dessen Anwachsen oder Rückgang sich wichtige Schlüsse für den Wohlstand der Bevölkerung und für eine angemessene Wirtschafts- und Sozialpolitik gewinnen lassen. Es ist daher erfreulich, daß eine Studie des Hamburger „Wirtschaftsarchivs“ über die „Weltwirtschaftliche Umgestaltung der Schuhindustrie“ für eine Anzahl Länder auch eine Gegenüberstellung der 1913 und 1924 verbrauchten Lederstücke zu geben versucht. Der Verbrauch von Lederschuh ist als Wohlstandsindex zur Vergleichung besonders wertvoll, weil der Schuhbedarf infolge der klimatischen Verhältnisse ziemlich unveränderlich ist, aber doch der Dringlichkeit der Bedürfnisbefriedigung nach z. B. hinter dem Nahrungs-, Kleidungs- und Wohnungsbedarf zurücksteht muß. Aus dem tatsächlichen Verbrauch an neuen Lederschuh, wie er sich heute gegenüber der Vorkriegszeit darstellt, ergibt sich daher ein brauchbarer Anhaltspunkt für die heutige Kaufkraft der breiten Massen und wichtige Schlüsse für eine richtige Lohn- und Produktionspolitik.

	Produktion i. Mill. Paar	Verbrauch i. Mill. Paar	Pro Kopf d. Bevölk.
Ver. Staaten	1913 252,5 ab Ausfuhrüberschuß	242,9	2,38 Paar
	1924 313,2	307,8	2,69
Frankreich	1913 49,0 dazu Einf.-Ueberschuß	50,2	1,26
	1924 65,0 ab Ausfuhrüberschuß	54,2	1,37
Großbritannien (ohne Irland)	1913 108,0	93,0	2,26
	1924 105,0	95,0	2,14
Deutschland	1913 110,0	102,4	1,69
	1924 90,0	86,1	1,38

Wenn man bei diesen Ziffern auch berücksichtigen muß, daß sie nicht auf amtlichem Material beruhen, sondern aus den verschiedensten Quellen zusammengesetzt sind, die nicht alle gleich zuverlässig sein können, so zeigen sie doch einige sehr interessante Tatsachen. Der Schluß, den man aus den höheren Realloöhnen Amerikas auf die größere Beschäftigungsmöglichkeit einer Industrie gezogen hat, erweist sich als richtig. Das Land mit den höchsten Löhnen und der größten Lohnsteigerung hat auch den größten Schuhverbrauch und eine Steigerung des Verbrauchs um 12,6 Proz. gegenüber 1913. Im Gegensatz dazu zeigt Deutschland gegenüber 1913 einen Rückgang des Inlandsverbrauchs von nicht weniger als 13,2 Proz. Während 1913 auf jeden Deutschen jährlich noch ein Verbrauch von 1,59 Paar fiel, kamen 1924 nur mehr 1,38 Paar auf jeden Deutschen. Der absolute Verbrauchsrückgang beträgt jährlich über 16 Millionen Paar. Ganz offenbar hat dieser Rückgang des Inlandsabzuges auch auf die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Schuhfabriken ungünstig eingewirkt. Während die Einfuhr von Schuhen 1924 gegen 1913 nur etwa um 30 Proz. gesunken ist, sank die deutsche Schuhausfuhr um fast 50 Proz. Die von uns immer vertretene Ansicht, daß Steigerung der Löhne und des Inlandskonsums die beste Produktionspolitik und auch am besten geeignet sind, die Auslandskonkurrenz im Inland zu schlagen und die eigene Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zu erhöhen, wird also durch das Beispiel der Schuhindustrie als richtig erwiesen.

Es ist kein Zweifel, daß ähnliche Untersuchungen für den Kleidungs-, Leib- und Bettwäscheverbrauch, den Verbrauch an Wohnungs-, Küchen- und sonstigen Einrichtungsbedarf des Massenhaushalts, der gegenüber dem Nahrungs- und Wohnungsbedarf ähnlich zurückstehen muß wie der Schuhbedarf, zu denselben Ergebnissen für die Frage der heute gebotenen Lohn- und Produktionspolitik führen würde. Aus dem Rückgang des Schuhverbrauchs um 16 Millionen Paar läßt sich ermaßen, wie verheerend die Lohnpolitik der deutschen

Arbeitgeber in der deutschen Industrie sich auswirkt und eine wie mächtige Anregung für die gesamte Industrie eine Produktionspolitik bedeuten würde, die mit der Steigerung der Löhne und des Abzuges, statt ihrer bewußten Drosselung, die Verlegenheiten der Industrie zu beseitigen sucht. Das hätte allerdings die Einfuhr der deutschen Unternehmer zur Voraussetzung, daß der Aufwand an produktiven Kosten gar nicht groß genug sein kann, wenn nur gleichzeitig der Umsatz steigt und die Produktionskosten pro Stück gesenkt werden. Von dieser einfachen Geschäftsregel vernünftiger Kaufleute sind die deutschen Unternehmer leider noch sehr, sehr weit entfernt.

Dividenden in der Bauindustrie. Die Bauindustrie konnte sich gelegentlich des großen Bauarbeiterstreiks nicht genug tun in Klagen über die schlechte Lage ihrer Betriebe. Und wenn auch bekannt ist, wie sehr das Bauen heute teurer ist als in der Vorkriegszeit, was mit am stärksten die Behebung der Kleinwohnungsnot bisher behindert hat, es hat doch mancher diesen Klagen gerne Glauben geschenkt, weil die Bauaufträge der Stabilisierungskrise die Leistungsfähigkeit der Aktiengesellschaften der Bauindustrie gibt nun die „Bauwelt“, die kein Interesse hat, die Lage der Industrie ruhig erscheinen zu lassen, eine Zusammenstellung. Danach haben von 93 Gesellschaften 52 Dividenden verteilt, und zwar 34 zwischen 6 und 15 Proz., während 18 Gesellschaften zwischen 3 und 6 Proz. Dividende ausschütteten. Nur 12 Gesellschaften schlossen mit Verlust ab. Von den 29 Gesellschaften ohne Dividende und den 52 mit 3 bis 15 Proz. sagt nun die „Bauwelt“, daß (wie vielfach in der Industrie) oft mit Absicht keine Dividende ausgeschüttet worden ist und die Dividenden absichtlich niedrig gehalten worden sind, um die Betriebsmittel hoch zu halten. Besonders seit dem Stimmes-Krach sahen sich viele Unternehmungen veranlaßt, keine Dividende auszuschütten, auch wenn Rentabilität vorhanden ist. Die Lage der Bauindustrie ist also keineswegs so ungünstig, wie die Bauunternehmer sie erscheinen lassen möchten. Im Gegenteil, eine Durchschnittsdividende von 7 Proz. ist angesichts der Dividendenausschüttungspraxis der Bauunternehmer und angesichts der Vertriebskosten, die von den ungenügenden Bauaufträgen mitgetragen werden müssen, sehr günstig zu nennen. Die Dividendenaussichten der Bauindustrie für 1925 werden nach der „Bauwelt“ von den Unternehmern ungemein günstig beurteilt, was trotz aller Klagen auf bedeutend höhere Gewinne schließen läßt, als sie das Jahr 1924 brachte.

Zur „Preispanne“ bei Vieh und Fleisch. Am 10. Juli und August d. J. die Fleischpreise in Berlin immer stärker anwuchs, behaupteten die Interessenten der Landwirtschaft einstimmig, daß die hohen Fleischpreise zurückzuführen seien auf die großen Aufschläge im Handel mit Fleisch. Inzwischen hat man sich besonnen. Die „Deutsche Tageszeitung“ spricht jetzt davon, daß die Preissteigerung auf dem Fleischmarkt in den Monaten Juli und August durch das verringerte Viehangebot des Inlandes verursacht worden sei. Sie fügt hinzu, daß die ungelärten Verhältnisse vor der Einführung von Schutzzöllen die Situation nicht günstig beeinflussten. Das, was damals von all denen behauptet wurde, die der Entwiklung des Viehmarktes folgten, wird also jetzt auch von der „Deutschen Tageszeitung“ zugegeben. Freilich schreibt diesmal nicht ein Redaktionsmitglied oder ein Angestellter einer Landwirtschaftsvertretung über diese Dinge, sondern Herr Fells, Direktor der Viehzentrale Berlin. Gleichzeitig fügt er seinem Aufsatz interessante graphische Darstellungen über die Fleischpreise bei, die zeigen, daß im 3. Vierteljahr 1925 die Schweinefleischpreise etwa 30 Proz., die Rindfleischpreise etwa 10 Proz. über den Preisen der entsprechenden Zeit des Vorjahres lagen. Man wird sagen dürfen, daß damit zwei Fragen im Sinne der freihändlerischen (laut „Deutsche Tageszeitung“ „verboten“) Großstadtpresse gelöst worden sind. Erstens ist zugegeben, daß der mangelnde Auftrieb an Vieh die ursprüngliche Ursache der Preissteigerung war, zweitens, daß die Zölle preissteigernd gewirkt haben. Die Frage der Preispanne ist damit zweifellos einer Lösung um ein beträchtliches nähergebracht.

Der Ausweis der Reichsbank vom 7. Oktober 1925 zeigt die in der ersten Monatswoche ablässe Entlastung. Der Wechselbestand hat sich um 81,5 auf 1036 Mill. vermindert. Der Lombardbestand ging um 42,7 auf 13,7 Mill., die gesamte Anlage in Wechseln, Lombards und Effekten um 119,1 auf 1866,8 Mill. R. zurück. An Reichsbanknoten sind 41,8 an Rentenbankfaktoren 89,5 Mill. in die Kassen der Bank zurückgeflohen, so daß der Banknotenumlauf sich auf 2007,8 Mill., der Umlauf an Rentenbankfaktoren — unter Veräuflichung von 15 Mill., die zur Vernichtung aus dem Verkehr gezogen wurden — auf 1609,4 Mill. vermindert hat. Die fremden Gelder zeigen eine Erhöhung um 24,9 auf 645,1 Mill. R. Der Bestand an Gold und bedungsfähigen Devisen verminderte sich um 2,4 auf 1406 Mill. Die Deckung der umlaufenden Noten durch Gold und bedungsfähige Devisen beträgt 57,4 Proz. (gegen 56,4 Proz. in der Vorwoche), die Deckung durch Gold allein 45 Proz. (gegenüber 44,3 Proz. in der Vorwoche).

Die Vieh verarbeitenden Industrien berichten über ihren Geschäftsgang in November folgendermaßen: Die Lage der Vieh verarbeitenden Industrien hat sich gegenüber dem Vormonat nur wenig verändert. Abgesehen von reinen Saisongeschäften wie in Defen, Ofenrohren und -linien konnte sich eine Besserung der Geschäftslage nicht durchsetzen. Wenn auch hier und dort, so in Haus- und Küchengeräten eine leichte Zunahme der Auftragsbestände festzustellen war, so stehen doch der notwendigen



Habe drei mal **Kaffee Hag** ist doch **Qualität**
Versuch gemacht: **Kaffee Hag** ist unerreicht in **Qualität**

Erweiterung des Absatzes die mangelnde Kaufkraft der Konsumenten und der Kapitalmangel der Händler entgegen. Die Verzählung wird immer mehr zugunsten kurz- und langfristiger Wechsel aufgegeben. Demgegenüber ist der Rohstoffbezug oft nur gegen sofortige Kasse möglich, was bei der herrschenden Kreditknappheit Schwierigkeiten mit sich bringt. Das Ausfuhrgeschäft blieb wie im August ruhig. Für eine Belebung der Ausfuhr der Fleischwarenindustrie erscheint der baldige Abschluß der laufenden Handelsvertragsverhandlungen als eine dringende Notwendigkeit.

150 Millionen Dollar-Anleihe für Belgien. Belgien wird voraussichtlich aus New York, London und Amsterdam (in der Hauptsache aus New York) eine Stabilisierungsanleihe in Höhe von 150 Millionen Dollar erhalten. Man glaubt in Wallstreet, daß Belgien hiermit auf die Goldbasis zurückkehren können.

Eine deutsch-türkische Gründung für Elektrotechnik und Nachrichtenwesen. Am 21. September 1925 ist mit dem Sitz in Konstantinopel und unter der Firma „Elektro-Radio-Société Anonyme Turque“ eine türkische Aktiengesellschaft mit einem Aktienkapital von zunächst 300.000 türk. Pfund gegründet worden. Zweck der Gesellschaft ist die Ausnutzung sämtlicher sich in der Türkei ergebenden Möglichkeiten auf elektrotechnischem Gebiete, sowie auf dem Gebiete des Nachrichtenwesens, der drahtlosen Telegraphie und Telephonie und des Rundfunks. Geplant ist zunächst die Errichtung einer diesen Zwecken dienenden Fabrik in Esmirne. Beteiligt an der Gründung sind als technische Firmen Siemens u. Halske A.-G., Berlin, Siemens-Schuckert Werke G. m. b. H., Berlin, Telefunken-Gesellschaft für drahtlose Telegraphie m. b. H., in Berlin, Dr. Erich F. Hutb., Gesellschaft für Funkentelegraphie m. b. H., Berlin, Eildienst für amtliche und private Handelsnachrichten G. m. b. H., Berlin, Ina Nachrichtenendienst G. m. b. H., Berlin. Von Banken sind beteiligt die Türkische Bank, Angora, Banque de Credit National, Konstantinopel, Deutsche Bank, Berlin-Konstantinopel. Dem Verwaltungsrat gehören außer führenden türkischen Persönlichkeiten als Vertreter der deutschen Firmen an die Herren Dr. Bonn, Dr. Thürmel, Direktor Rosenbaum, Direktor Heilbron, Ober-Ingenieur Löste, der gleichzeitig zum Generaldirektor bestellt wurde. Die Gründung der neuen Gesellschaft ist für die Entwicklung des türkischen Wirtschaftslebens sowie für die Belebung des Arbeitsmarktes von nicht zu unterschätzender Bedeutung; sie unterstützt in hohem Maße die Bestrebungen der türkischen Regierung, die Industrie des Landes zu fördern.

Die Rohstoffpreise der russischen Wollindustrie. Im Zusammenhang mit der Produktionsvermehrung der russischen Wollindustrie wird die Gefahr einer Rohstoffkrise immer akuter. Zur Durchführung des Produktionsprogramms fehlt es an 260.000 Pud grober Wolle, 262.000 Pud halbgrober Wolle und 440.000 Pud Merinowolle. Die russische Schafzucht befindet sich in einer Krise, so daß die innerschwarzen Versorgungsmöglichkeiten nicht genügend ausgenutzt werden können. Am schwerigsten ist die Lage in der Feintuchindustrie. Der russische Bedarf an feiner Wolle wird fast ausschließlich durch die Einfuhr aus dem Ausland gedeckt. Die russische Merinowollschafzucht liegt brach. Zur Hebung der russischen Schafzucht wird eine A.-G. „Schafzucht“ („Dzjemod“) mit 5 Millionen Rubel Kapital gegründet.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einführungen für diese Rubrik sind bei den Ortsvereinen zu richten. 2. Teil, 2. Kreis, rechts, zu richten.

Heute, Dienstag, den 13. Oktober:

130. 130. Abt. Bauwesen. 7 1/2 Uhr Verhandlung im türkischen Reichstag.

Mitgliederversammlungen am Mittwoch, den 14. Oktober:

- 1. Abt. 7 1/2 Uhr bei Oboenow, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 2. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 3. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 4. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 5. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 6. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 7. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 8. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 9. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 10. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 11. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 12. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 13. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 14. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 15. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 16. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 17. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 18. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 19. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 20. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 21. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 22. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 23. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.

- 24. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 25. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 26. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 27. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 28. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 29. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 30. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 31. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 32. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 33. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 34. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 35. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 36. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 37. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 38. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 39. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 40. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 41. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 42. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 43. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 44. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 45. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 46. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 47. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 48. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 49. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 50. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 51. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 52. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 53. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 54. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 55. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 56. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 57. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 58. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 59. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 60. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 61. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 62. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 63. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 64. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 65. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 66. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 67. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 68. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 69. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 70. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 71. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 72. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 73. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 74. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 75. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 76. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 77. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 78. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 79. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 80. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 81. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 82. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 83. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 84. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 85. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 86. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 87. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 88. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 89. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 90. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 91. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 92. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 93. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 94. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 95. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 96. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 97. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 98. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 99. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 100. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.

Zeppelin-Edener-Woche

11. - 18. OKTOBER 1925

Zur Erinnerung an die unvergeßliche Ueberfahrt des L. Z. 126 (Z. N. III) nach Amerika Gebt für die Zeppelin-Edener-Spende! Sendet den Betrag der Sammlung zur nächsten Reichsbankstelle oder Sparkasse oder zahlt ihn auf das Postfachkonto Stuttgart Nr. 3445 ein



- 101. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 102. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 103. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 104. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 105. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 106. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 107. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 108. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 109. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 110. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 111. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 112. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 113. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 114. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 115. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 116. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 117. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 118. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 119. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 120. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 121. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 122. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 123. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 124. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 125. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 126. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 127. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 128. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 129. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 130. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 131. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 132. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 133. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 134. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 135. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 136. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 137. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 138. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 139. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 140. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 141. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 142. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 143. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 144. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 145. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 146. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 147. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 148. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 149. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 150. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

- 151. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 152. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 153. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 154. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 155. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 156. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 157. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 158. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 159. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 160. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 161. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 162. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 163. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 164. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 165. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 166. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 167. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 168. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 169. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.
- 170. Abt. 7 1/2 Uhr bei Borchers, Kommandantenstr. 18, Aohabend. Tagesordnung: „Stadterweiterungswahl“. Referent Dr. Zeitzel.



Sei modern

und elegant. Wähle die Frisur, die alle Vorzüge zur Geltung bringt. Je persönlicher das Haar »zugeschnitten« ist auf die Trägerin, um so kritischer wird es betrachtet — um so sorgfältiger muß es gepflegt sein. Elida-Haarpflege macht das Haar wundervoll schmiegsam, seidenweich und glänzend, diskret duftend. Zur nächsten Kopfwäsche nur das sodafreie Shampoo

PARFUMERIE «ELIDA» A. O., III LEIPZIG-WAHREN 103

Senden Sie mir kostenlos ein Originalplättchen ELIDA-HAARPFLEGE, 30 Pfennige Ladenpreis

Name:

Adresse:

Kleben Sie, bitte, den ausgefüllten Kupon auf die Rückseite einer Postkarte.

ELIDA

Der verbotene Kranz.

Die am vergangenen Sonntag im Friedhof der Märzgefallenen abgehaltene Feier weckte die Erinnerung an eine von der Berliner Stadtverordnetenversammlung geplante, von den Aufsichtsbehörden verbotene Ehrung der Toten von 1848. Diese sollte am 18. März 1898, dem Tage der 50. Wiedergeburt der Berliner Märzrevolution, vor sich gehen. Am 29. Dezember 1897 hatte die Stadtverordnetenversammlung mit 77 gegen 18 Stimmen den Beschluß gefaßt, den Friedhof in einem dem Orte angemessenen Zustand zu versetzen, ein Eingangsportal mit schmiedeeisernen Toren herzurichten. Außerdem sollte innerhalb der Umfriedung ein Gedenkstein mit der Inschrift:

Den Gefallenen des 18. März 1848.
Die Stadt Berlin.

errichtet werden.

Diese Anträge hatte der Magistrat abgelehnt. Lediglich der Instandhaltung des Friedhofes hatte der Magistrat zugestimmt. Zur Begründung seines ablehnenden Standpunktes führte der Magistrat aus, daß dieser durch die Rücksicht auf die „Wahrung und Förderung des Friedens in allen beteiligten Kreisen“ geboten sei. Darauf Protest der Stadtverordnetenversammlung, der natürlich weiter keine Folgen zeitigte. Aber am 17. März 1898 faßte die Versammlung den Beschluß, auf der Grabstätte der Märzgefallenen einen Kranz durch eine Abordnung der Stadtverordneten niederlegen zu lassen. Der von Singer und Perls begründete Antrag ging der Rechts schon viel zu weit ins Revolutionäre, ihre alleruntertänigste Dienstbefähigung hatte schon herausgefunden, daß „eine so ostentative Feier“, wie sich Herr Stadtverordneter Bergemann ausdrückte, oben stark verchnupfen werde. Man solle doch „der Herausforderung aus dem Wege gehen“. Der Antrag erhielt nur 58 Stimmen gegen 41. Er war also doch angenommen, aber nun erhob sich der Oberbürgermeister Zelle und verlas eine Verfügung des Oberpräsidenten. Sonst pflegen die Behörden nichts zu wissen von dem, was in der Welt vorgeht, wenn es nicht in ihren Akten steht. Diesmal aber wußte die Regierung in Potsdam, daß „Zeitungsberichte zufolge“, bei der Berliner Stadtverordnetenversammlung ein Antrag betreffend die Niederlegung eines Kranzes vorliege. Komme es zu einem entsprechenden Beschluß, der „nichts anderes als eine politische Demonstration zur Verherrlichung der Revolution“ sein würde, so habe der Magistrat diesen Beschluß sofort in derselben Sitzung zu beanstanden. Denn am nächsten Tag war der 18. März.

Die nachfolgenden Debatten zeigten, daß ein Teil der Stadtverordneten von einer Festimmung der Bedenkenhaftigkeit beherrscht war, die kaum noch überboten werden konnte. Herr Pregel (schon die Schuld dem Genossen Singer zu, der in diesem Saal die Revolution in einer Weise verherrlicht habe, daß die Regierung gar nicht habe anders handeln können. Nicht immer war die Regierung und waren die Reaktionen in der Stadtverordnetenversammlung mit Bezug auf politische Demonstrationen so gastfreundlich gewesen. Hatte doch die Stadtverordnetenversammlung nicht lange vorher bei Gelegenheit der Jentenerfeier am 22. März 1897, also zur Verherrlichung der Monarchie, nicht weniger denn 160 000 Mark aus städtischen Mitteln bewilligt — gegen den Willen der großen Mehrheit der Berliner Bevölkerung.

Die sozialdemokratische Fraktion lies die Sache nicht ruhen, sie beantragte gegen die Beanstandung des Beschlusses die Klage beim Oberverwaltungsgericht zu erheben. Nicht in der Hoffnung, vor diesem Gericht Recht zu erhalten, sondern um zu zeigen, daß man es ernst meine mit der Verteidigung der Selbstverwaltung. Der Antrag fand Annahme. Vor dem Verwaltungsgericht erschien als Vertreter des Ministers des Innern Oberpräsidentialrat Herr von Behrman Hollweg. Rotirisch wurde die Klage der Stadtverordneten abgemittelt; es habe sich um die Ehrung revolutionärer Toten gehandelt.

Bei dieser Gelegenheit sei noch eines Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung aus dem „tolen Jahr“ selbst gedacht. In der Sitzung vom 21. März 1848 war schon beschlossen worden, ein Monument für die Gefallenen im Friedrichshain und ein zweites innerhalb der Stadt zu errichten.

Auch diese Beschlüsse sind bisher nicht ausgeführt worden. Und es bedurfte erst noch einer Revolution, ehe den Märzgefallenen eine würdige Ruhestätte geworden. Und das Reichsbanner errichtete nun endlich das schon mehrfach vorgesehene schmiedeeiserne Tor.

Hugo Boehsch.

In Rußlands hohem Norden.

Von Wladimir Koropow.

Boris Pliinjad ist ein sehr populärer Schriftsteller in Sowjetrußland. Er ist aber auch ein begeisterter Anhänger des Flugports, dem er flammende Hymnen widmet. Seine Bestrebungen werden von der Sowjetregierung mit allen Mitteln unterstützt. Pliinjad wirkt auch durch die Tat für die edle Fliegerei. So hat er erst vor kurzem einen Flug auf einem Wasserflugzeug nach den entlegensten Gegenden des russischen Nordens unternommen. Er kam hierbei bis in das Gebiet, das sich nördlich von der Kama, einem Nebenfluß der Wolga, bis zum hohen Norden hin erstreckt und in vielen Beziehungen noch vollkommen jungfräuliches Land darstellt, das nur zum kleinsten Teil erforscht ist. In einem in der „Pravda“ erschienenen farbenreichen Bericht schildert Pliinjad die Eindrücke und Erlebnisse, die er hier hatte, wie folgt:

„Wir fliegen über eine Landschaft, die einen sonderbar wilden Reiz hat. Unter uns glänzt das Silber des fließenden Bilscherra. Überall hohe Tannen und graue Felsen. Unendlich dehnt sich der Wald unter uns. Er scheint kein Ende zu haben. Endlich erreichen wir ein westverlorenes Städtchen, aber es gibt nicht einmal ein Glaschen Schnaps. „Damit sich unsere Beamten und die Bauern nicht besaufen!“ erklärt uns der Kommissar. Vor kurzem hat er nämlich seinen ganzen Stab wegen fortgesetzter Trunksucht entlassen müssen. Es gibt aber auch kein Kino, es gibt überhaupt nichts, was nett und modern ist.

Ich will aber doch lieber erzählen, was es dort gibt. Nun, es gibt zum Beispiel einen Mann, den man nach seinem Vornamen fragt. „Ich bin Bauer“, antwortet er, „und besitze zwei Flinten, davon ist eine ein Feuersteingewehr von 1785. Außerdem habe ich fünf Hunde. Für die Flinten muß ich hohe Steuern zahlen. Vor kurzem wurden sie noch pro Bogen und Pfeil berechnet.“

Dieser Bauer hat mir ein stattliches Bärenfell für fünf Rubel (10 Mark). Dem Eichhörnchen schießt er ins Auge — alles mit der Feuerflinte! Wenn nämlich eine andere Stelle getroffen wird, hat das Fell in dieser Gegend keinen Wert mehr. Fünf Hunde braucht der Mann, weil er jeden Hund für eine bestimmte Jagdort

Balgenhumor.



„Wer sich heute noch über die hohen Fleischpreise ärgert, kann hier seine Wut auslassen. Drei Schlag zehn Pfennig! Für zehn Pfennig sinkt der Ochse dreimal in die Knie!“ — „wer deutschnational gewählt hat, hat einen Schlag umsonst.“

braucht: den einen für die Wolfsjagd, den anderen für die Bärenjagd usw. Im übrigen führt der Mann den sonderbaren Namen Rostow.

Vier Monate im Jahre ist das Städtchen von der ganzen Welt abgeschnitten. Sogar im Sommer fährt man dort im Schlitten, obwohl es im Sommer keinen Schnee gibt. Aber Fuhrwerke mit Rädern sind vollständig unbekannt! Einen Dampfer, der bei Hochwasser einmal nach dem Städtchen kam, hielten die Leute für eine Kirche! Am Tage des heiligen Frol werden dem christlichen Gott nach altheidnischem Brauch Ochsen geopfert, wobei der Pope die Ochsen eigenhändig schlachtet. Das Ochsenfleisch wird dann auf dem Platz vor der Kirche in Kesseln besonders zubereitet. In denselben Kesseln wird dann Samogon (Schnaps) gebrannt. Und jedes Dorf in dieser Gegend hat seinen eigenen Waldgeist, der aber einen bürgerlichen Namen haben muß, z. B. Peter, Iwanow.

Entfernungen gibt es hier überhaupt nicht. Wenn einer einen Weg von 50 Kilometern vorhat, sagt er einfach, ich laufe hin. Er läuft auch tatsächlich und ist abends zu Hause. In dieser öden Gegend wurden vor zweihundert Jahren auf Befehl des genialen Peters des Großen Kanäle gebaut, um sie mit der Wolga und dem Weißen Meere zu verbinden. Die Bauarbeiten sind aber nicht zu Ende geführt worden, und die Kanäle längst verrottet.

In einem Dorf wurden wir erwartet, da dort Plakate ausgehängt worden waren, die unsere Ankunft ankündigten. Als wir aber landen wollten ergriff die anwesenden Bauern eine derartige Panik, daß sie mit Angstschreien in den Wald und in die Felsen flüchteten. Das Dorf wurde in einem Augenblick menschenleer. Da die Leute nicht zurückkamen, und da es daher zwecklos war, zu warten, flohen wir weiter. In einem anderen Dorf hielten uns die Leute für Teufel. Sie erzählten uns aber trotzdem, daß die Wohnung des Propheten Elias im Himmel genau 3399 Kilometer von der Dorfkirche entfernt sei. Trotz der großen Hitze spazierte der Prophet im Himmel immer im Pelz umher. Sonst ist nichts Bemerkenswertes aus ihnen herauszubringen.

Ein anderes Dorf ist mit Syphilis derartig verheert, daß wir uns nirgends trauen, Quartier zu nehmen. Endlich entschließen wir uns für das Haus des Fleischer. Da gibt es ein Grammophon, illustrierte Zeitungen und Teppiche. Guter Kuchen, mit Fisch gefüllt, wird serviert. Ein junges Mädchen bringt Himbeeren und entschuldigt sich: „Ich konnte nicht mehr pflücken, der Bär kam immer dazwischen und hinderte mich“. Schwärme von Fliegen und Mücken plagen uns unaufhörlich. Ein alter Bauer mit zerfallener Nase kommt herein und bettelt uns mit nasaler Grabesstimme um drei Rubel an, da sein Sohn heute Hochzeit macht. Dann trinkt er Wasser aus derselben Schale wie wir. Gläser gibt es nicht! Wir zogen es vor, auszubrechen, da wir uns an das Essen nicht mehr heranzumagten.

Im nächsten Dorf besuchten wir das Haus des Sowjets. Da wird nur von Steuern und Politik gesprochen. Jemandem erkennt mich und erzählt mir, er sei auch ein proletarischer Dichter und möchte mir etwas aus seinen Gedichten vorlesen. Im übrigen will der proletarische Dichter ein neues Leben anfangen. Er kann nämlich nicht mehr mit seiner Frau zusammen leben. Warum? Seinem kleinen Töchterchen hat er den poetischen Namen Rose gegeben. Während er aber drei Monate auf der Jagd im Wald war, hat es die Frau auf den christlichen Namen Vera taufen lassen. Nun habe er „keinen Kontakt mit der Frau mehr“, weil er — Altheist ist. Er ist aber ein guter Mensch und will kein ganzes Hab und Gut der Frau überlassen, um selbst im Wald mit den wilden Tieren zu leben und zu jagen, doch muß er noch dem Sowjetrecht eine Ehescheidungsklage einreichen, was er sehr lästig findet. Biletschi kommt er später einmal nach Rostow, um Poesie zu studieren.

Wir stiegen weiter nach Norden und erreichten das Land der Syrjaten. Das ist ein sibirischer Volkstamm, der nach dem russischen Norden übergesiedelt ist und jetzt allmählich ausstirbt. In einem Syrjatenort besuchten wir die nationale Badestube. Sie ist so niedrig, daß man nicht aufrecht stehen kann. Sie wird zuerst glühend heiß gemacht, dann des Kohlenrauches wegen gründlich gelüftet, dann wieder angeheizt usw. Sich in der Badestube zu waschen, ist allerdings sehr schwer, da alles schwarz von Kohlenstaub ist. So muß man nach dem „Waschen“ noch einmal im Fluß baden.

Auch hier wütet die Syphilis mit furchtbarer Stärke seit hundert Jahren, so daß die Geburten in einigen Dörfern vollständig aufgehört haben. Daher gilt es als großes Glück, wenn ein Mädchen in geeigneter Umstände kommt, denn erst dann findet die Hochzeit statt. Die Mädchen wählen übrigens stets selbst ihre Freier und leben mit den Burtschen, die ihnen gefallen, zunächst probeweise.

Als wir antamen, war im Hause des Kommissars eine Sitzung anberaumt, doch niemand erschien, denn es hieß, daß pünktlich um neun Uhr der Westuntersgang anfangen würde. Die Leute sahen gottgegeben in ihren Häusern, um den Westuntersgang abzuwarten. Da er jedoch hartnäckig ausblieb, begaben sie sich um elf Uhr doch noch zur Sitzung.

Der Kuhhandel.

Zwei Bauern, der eine von Dhwel, der andere von Aspera, gingen auf den Ludwigsburger Marktmarkt.

Der von Dhwel hatte eine rote Kuh feil, ein starkes Tier, kräftig, mit rauhen Haaren und einem kurzen Schwanz.

Der von Aspera ging eine Zeit um die Kote herum, belach sie, schätzte das Gewicht, spannte sie in Gedanken an den Flug und maß ihr Euter. — Denn sein Weib hatte zu ihm gesagt: „Denk daran, die Kinder brauchen Milch.“

Das Euter war gut, aber die Striche (Zigen) waren klein.

Schließlich dachte er: Ich probier's.

„Besser“, sagte er, „was soll das Kübale kosten?“ — Denn die von Aspera sagten zu einer fremden Kuh immer Kübale.

Der Dhweller nannte einen Preis, der war nicht aus der Welt.

Ein Wort gab das andere:

„Wie ißte (ist sie) im Jun?“ fragte der von Aspera.

„Wie e Gault! Und e Fresser! Do übernehm i jede Gewährschaft!“ sagte der von Dhwel.

„Und wie ißte mit der Milch?“ fragte der von Aspera.

„S'geit wensch so!“ sagte der von Dhwel, „i sag dr bloß: wenn du Milch wilt (wilst), no kaufsche (kaufst du sie)!“

Also redeten sie hin und her, handelten lang und hartnäckig erst um den Kaufpreis, dann ums Trinkgeld und schließlich um den Strich.

Als sie einig waren, zog der von Aspera den Beutel, zahlte bar aus, nahm die Kuh am Seil und zog mit ihr ab, der Heimat zu.

Am anderen Morgen, da noch niemand unterwegs war, als die Schnapsdrinker, die sich in die Bäderwirtschaften schlichen — der von Dhwel schaute eben zum Fenster heraus nach dem Wetter — kam der von Aspera die Straße herab, zog die rote Kuh hinter sich her und band sie dem Dhweller an die Stalltür.

„So“, sagte er, „do wäre dei Kuah wieder!“

„Mei Kuah?“ sagte der von Dhwel, „mei Kuah? descht (das ist) net mei' Kuah. I hao toa rote Kuah. I hao oane ghet, dui haon i verkauf.“

„So, ond hofst glait, je gieg wie e Gault!“

„S'geit allerhand Gault.“

„Ond Milch hofst glait! Koon haibe Schoppel. Ond noch em Kübel schlaht je au!“

„Drom muach nr net mette wölle, wo toa Milch is. I hao drs deutlich gseit: Wenn du Milch wilt, no kaufschel!“

August Bä-mie.

Wie schnell wachsen die Pilze? Das Aufschießen der Pilze ist sprichwörtlich für die Bezeichnung raschen Wachstums geworden, und auch in der Fachliteratur wird angegeben, daß sich die Pilze „nicht selten über Nacht“ entwickeln. Aber wie so manche allgemein verbreitete Annahme hält auch diese einer wissenschaftlichen Prüfung nicht stand. In der in Frankfurt a. M. erscheinenden „Anschauung“ führt Prof. Dr. Chobounsky aus, daß nach seinen Untersuchungen der Glaube an das überaus schnelle Pilzwachstum auf Täuschung beruht. Nach seinen Erfahrungen kann ein im Wachstum schon vorgeschrittener Pilz wohl keine Moosbede in einer Nacht durchbrechen, so daß er nun plötzlich in voller Größe in die Erscheinung tritt, aber zu seiner Entwicklung sind, je nach der Art und den Wachstumsbedingungen, doch etwa 14 Tage erforderlich. Bei günstigen Wetter und Boden fand der Gelehrte bei vier verschiedenen Arten von Hymenomyces nach je 24 Stunden einen Zuwachs des Huidurchmessers, der im Maximum 12—13 Millimeter betrug, die Höhenzunahme steigerte sich bis 28 Millimeter. Bei der genauesten Beobachtung des Wachstums einer Korkkappe ließ sich folgendes feststellen: der Huidurchmesser verbreiterte sich in 7 Tagen um 9/4 Zentimeter, bei einer anderen um 10 Zentimeter in 6 Tagen. Das Wachstum betrug also durchschnittlich 13—17 Millimeter in 24 Stunden. Der Höhenzuwachs des Boletus rufus stieg alle 24 Stunden von den ursprünglichen 1,5 Zentimetern auf 3,5 Zentimeter, 6,2 Zentimeter, 9,2 Zentimeter, 9,3 Zentimeter. Die Hutzpilze wachsen während der Nacht etwas rascher als bei Tage, und ihr Höhenwachstum hört etwas früher auf als das Wachstum in die Breite. Im ganzen wachsen die Hymenomyces nicht schneller als Phanerogame, so daß also die Behauptung von dem besonders schnellen Aufschießen der Pilze nicht aufrechterhalten werden kann. „Bei unseren Messungsversuchen“, erzählt Prof. Chobounsky, „haben wir fatigam erfahren, wie schwierig es ist, selbst in einer wohlbestimmten Waldparzelle immer und mit voller Bestimmtheit zu demselben Ziel zu kommen. Es wurde notwendig, einen Situationsplan von jedem gemessenen Pilz im Tagebuch genau einzuzichnen. Alle Pilze werden bekanntlich vom Publikum hart bedrängt; und so wurde es uns schwer, einen und denselben Pilz durch mehrere Tage messen zu können. Als unsere Korkkappe so gewachsen war, daß sie schon von weitem kenntlich wurde, bedeckten wir ihr Haupt vorsichtshalber mit Moos und Fichtennadeln. Durch eigene Kraft entledigte sie sich über Nacht ihrer von uns aufgetürmten Kopfbedeckung.“

Theater, Lichtspiele usw.

Volksbühne
8 Uhr:
Der Kaufmann von Venedig
Morgen 8 Uhr:
Der Kaufmann von Venedig

Staats-Theater
Opernhaus
7 1/2 Uhr: **Troubadour**
Opernhaus
am Königsplatz
7 1/2 Uhr: **Mignon**
Schauspielhaus
8 Uhr: Gastsp. Pirandello: **Enrico IV.**
Schiller-Theater
8 Uhr: **Jungfrau von Orleans**

Städtische Oper
Charlottenburg
6 Uhr:
Götterdämmerung
Abonnem.-Turnus

Deutsches Theater
7 1/2 Uhr:
Die heilige Johanna
von Shaw - Regie: Max Reinhardt
Preis v. 1,50-12 M.

Kammerspiele
8 Uhr:
Sechs Personen suchen einen Autor
von Pirandello
Regie: Max Reinhardt

Die Komödie
Karl-Liebknecht 207
8 Uhr
Gesellschaft
v. John Galsworthy
Regie: M. Reinhardt

Berliner Theater
8 Uhr: **Vorstellung**
Gastsp. Kammerberg
Rich. Tauber
Eine Nacht in Venedig
Operette in 3 Akten
von Joh. Strauß
Ab Freitag, 16. Okt.
Gastspiele des
Musiker-Bündler-Th.
Musikal. Bühne
16, 17, 18, 20. Okt.
8 Uhr: **Lysistrata**
19. Okt. 7 1/2 U.: **Carmen**
u. d. Soldat

Dir. A. Hellmer
U. Lessing-Th.
Uraufführung
Gier unter Uimen
von O'Neill
Regie: B. Viertel
Gerde Müller
Wegener, Mithel

U. Kleines Th.
Hochzeitstage
Schmidt von Geroldy

U. Trianon-Th.
Im Damencompé
Schauk von Neumann
u. E. Mithel

Täglich 8 1/2 Uhr:
9. Woche
HALLER REVUE
1925/26
„ACHTUNG! VELLE 505!“

THEATRALE PALAST
Friedenspreis!
II. Rang von 2 Mk.
Parkett von 4 Mk.
Logen von 8 Mk.

Central-Theater
8 Uhr:
Trieschübel

Metropol-Theater
8 Uhr:
Claire Dux als Mamsell Angot
Kirchhoff, Leux
Hansen, Arno
Karsavina

Die Kobianks
Täglich 8 Uhr
im Theater in d.
Lützowstr. 112
Ecke Plötzewstr.
Mitw. u. Stg. nachm.
4 U.: **Reisepöcher**
Vorzeit dies. zahlbar
nur halbe Preise
von 30 Pfg. an.

INTERNAT. VARIÉTÉ
8 Uhr

Residenz-Th.
Ter mit 3 Vorstellungen!
6: Jugendfreunde
Freitag, 10. Okt.
8 Uhr: **Ostent.**
Generalprobe
Sonntag, 17. 7 1/2 U.
Premiere
Circus Heirat
Trude Hesterberg
Adolphe Engers
André Mattoni
Oskar Sabo

Thalia-Th.
8 Uhr:
Annemarie
Lotte Neumann,
Paul Heidemann,
Josefine Dora,
Baselt, Seemann,
Metelka, Wilfan

Theater in der Rommandant-Str.
8 Uhr:
Zum 333. Male
Anneliese v. Bessan
Marie Escher a. G.

Theat. d. Westens
Das große Operettenhaus
Tägl. 7 1/2 Uhr:
Gastsp. Hubert
Marischka
Der Oriow

Theater
in der Klosterstr. 43
8 Uhr: **Eichiro**

Barnowsky-Bühnen.
Theater in der
Königsplatz-Str.
Freitag, 10. Okt.
8 Uhr:
Don Juan v. Faust

Die Tribüne
Tägl. 8 Uhr:
Zurück in Neusalz

Komödienhaus
Tägl. 8 Uhr:
Margarine

Deutsches Künstler-Theater
Tägl. 7 1/2 Uhr:
Gastspiel
Fritzi Massary: Die Teresina

Lustspielhaus
8 Uhr:
Bitter Blaubarts achte Frau

Th. am Karlsruhdamm
Täglich 8 Uhr:
Der gläs. Pantoffel
Walther-Theater
8 U.: Meiseken

Neues Theater
Täglich 8 10 Uhr:
Olly-Polly
Operette von Kollo
Emmy Sturm
Curt Bois
Parkettpl. v. 2-12 M.

Th. a. Hollendorpl.
8 Uhr:
Die heilblauen Schwestern
Die neue Künnecke-Operette

Rose-Theater
8 1/2 Uhr:
Rösig Krause
Th. am Schiffbauerdamm
(Neue Operntheater)
S: **Lady Fanny** und
die Waisentochter

Casino-Theater
Lothring. Str. 37.
8 1/2 Uhr: **Die Frau im gefährl. Alter**
Vorher das beste Programm
Marie Löwe Arthur Weigl

Kerrnfeld-Theater
Bismarckstr. 6
Täglich 8 Uhr
Was tut sich im Séparé?
mit Dr. John Reinhold

Circus Busch
Tägl. 7 1/2 Stg. a 3 U.
„Sell des Todes“ um
9 Uhr: **Wunderstück**
1000 Jahre
deutscher Rhein

Inlerieren
bringt ERFOLO!

Großes Schauspielhaus
Norden 261/26

Sonntags: 2 Vorstellungen
nachm. 3 Uhr
an ermäßigten Preisen.

Für Dich!
Die große Charoll-Rovus (300 Mitwirkende) tägl. 8 1/2 Uhr
Preis der Plätze: Parkett M. 4 - Balkon M. 4 -
1. Rang M. 2 - 2. Rang M. 1,50, Logen und Klub-
boxen M. 7-12 1. a. Rang M. 6,75
Vorverkauf ab 10 Uhr vormittags ununterbrochen.

Unwiderruflich
Ziehung 23. u. 24. Oktober

Wohlfahrts-Lotterie
275 000 Lose, 12007 Gew. und 1 Preis im Werte von Mark

125 000
50 000
30 000
20 000
10 000

Haupt-Preis
gewinn gewinn
Haupt-Preis
gewinn gewinn

Lose zu 1,20 M. (Postgebühr u. Liste 30 Pf.)
5 Lose einschl. Porto u. Liste 6 M.

Zu haben bei den Stadt-Lotterie-Einsammlern, in allen Lotteriegeschäften oder gegen Einzahlung d. Betrages durch
A. Molling, Berlin W9
Postcheckkonto Berlin 26328

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Achtung! **Emallierer** Achtung!

Mittwoch, den 14. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Clienstr. 83/85:

Branchenversammlung der Emallierer.
Zusammenkunft: 1. Bericht von den Vorberathungen, 2. Branchenanfragen, 3. Bericht des Vorstandes.

Am Donnerstag, den 15. Oktober, finden die **Branchen-Vertretermännerversammlungen** in den betreffenden Betrieben statt.

Die **Vertretermännerversammlung** der Einrichter und Reifleren fällt aus.

Die **Vertretermännerversammlung** der Metall- und Revolvermacher findet am Donnerstag, den 22. Oktober, nachm. 5 1/2 Uhr, bei Reitze, Grünauer Straße 17, statt.
Die Ortsverwaltung.

Philharmonie
8 Uhr:
Sinfonie-Konz.
des Philharm. Orch.
Dirigent:
Prof. Jul. Prüwer
4. Sinf. - Tschaiowski
Sof. Velt (Viol.)

Apollo-Theater
Dir. Jan. Klein
8 Uhr:
Der Mann, der sich verkaufte
Bruno Kastner
Vorverf. am 22. Okt.

Dezimalwagen
Tafelwag., Gewichte,
Küchengeräte, etc.
Georg Wagner
Köpenicker Str. 71
Keine Schaufenster-
Reklame, dafür wesentl. billigere Preise

Stauerspenden
über Art.
Heiert preiswert
Paul Golletz,
normalis. über New.
Mariannenstr. 2
Kmt. Reichpl. 103/100

Komische Oper
Dir.: James Klein
Größte Revue der Welt
Von **A bis Z**

Das Gewaltigste an Ausstattungspracht, was je auf einer Bühne gezeigt worden ist

46 Bilder! 300 Mitwirkende!
Das Tagesgespräch Berlins

Sonntag 3 Uhr
Jeder Erwachsene 1 Kind frei
Halbe Preise

Vorverkauf ununterbr. geöffnet.

WINTERGARTEN

Little Tich der beste englische Exzentrik-Komiker
Amarantina spanisch. Tanzstar
sowie die

10 Oktober - Attraktionen.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr halbe Preise!
Rauchen gestattet

Elite-Sänger
Kottbuser Str. 8 - Tel. 194 77.
Tägl. 8 Uhr, nach Sonntag nachm. 3 Uhr (zu halben Preisen)
u. **Wandelndes Glück**
großer Solospiel u. Wunder-est am Rhein

Reichshallen-Theater
Mittwoch 1 Uhr u. Sonntag nachm. 1 Uhr
Stettiner Sänger
Nachm. halbe Preise!

Dönhoff-Brett
Familien-Variété.
Anfang 8 Uhr Sonntag 5 1/2 Uhr.

Rennen zu Grunewald
Dienstag, 13. Oktober
nachmittags 1 1/2 Uhr
(Unionsklub)

Ziehungs- und Gewinnverzeichnisse

Der gute Kapitän-Kaufabak
in den meisten Brennereien erhältlich
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Kgst. 3861

Erfolg haben Inserate Vorwärts

Ziehung 1. Klasse 16. u. 17. Okt.

Preuß. Staatslotterie
Gesamtgewinn in 5 Klassen über
45 Millionen M.
Größter Gewinn auf 1 ganzes Los

1000 000
500 000
300 000
200 000
100 000

Hauptgewinne:

1000 000
500 000
300 000
200 000
100 000

Doppellose zu 48.- Mark
Ganze Habs Viertel Achtel-Lose
24.- 12.- 6.- 3.- M.
Porto und Liste 25 Pf. extra.

Schwarz Berlin
Neue Königstr. 86 u. Neanderstr. 38
Postcheckk.: Berlin 31150
Telegr.-Adresse: Glücksgott Ber.in

Der Massen-Einkauf
gestattet mir folgendes billiges Angebot

50000 Liter Fruchtweine
in bekannt. Güte, Zucker gesüßt, ca. 14%
Heidelbeer- u. Apfelm. - Ltr. M. 0,87
Fruchtwein, Portweintyp 0,96
Gespelst, Rein Kaufmann, Weibcher
Weg löhrend. - Ltr. 0,90
Stachelbeer- u. Kirschwein. 1,08

25000 Liter Südweine
garantirt rein, unverschnitten
Tarragon 20% Ltr. M. 1,50
Malaga 1,74
Douro Portw. 20% 2,70

20000 Fl. Rot- u. Weißweine
à M. 0,90, 1,92, 1,60, 2,36

Meine erstkl. Spirituosen
la Aquavit. 35% Ltr. M. 2,95
la Weinbrand Verschnitt. 38% 3,22
la Reiner Weinbrand. 38% 4,26
la Jam.-Rum-Verschnitt. 45% 4,45
Die bek. Südkind-Liköre 38% 4,45

la Jam.-Rum-Verschnitt (Teerum) 55%
Ltr. M. 5,20

Alle Preise sind mit Steuer

Kostproben gratis
Ausschank direkt vom Fab
Likör-Fabrik u. Weingroßhandlung
Eduard Süsskind
Hauptgeschäft: Brunnenstr. 42-43
Moabit: Wilsnacker Str. 25, Ecke Birkenstr
Berlin SO: Koppenstr. 87
Charlottenburg: Friedrich-Karl-Pl. 5
Neukölln: Berliner Str. 13 (am Volkspark)

Neu eröffnet:
Steglitz, Schloßstr. 121

Verkäufe
Täglich-Verkäufe verkauft inoffizielle
Kopie, Reichen, Privatlogen, Dismantel
Kopie, etc. Teilzahlung gestattet.
Reichstr. 111, Friedrich-Str. 87.

**Kaumann-Gewerbetriebe für Haus-
gebrauch und Gewerbe, Teilzahlung, Re-
paratur-Verfahren für alle Systeme**
Emil Schürth & Co. m. b. H. Friedrich-
straße 56a, Berlin 4266.

**Reichmann (Richter-Verfahren), Eisen-
betriebe-Goldschlägerbetriebe, Eisen-
betriebe, Reichen, Reichstr. 111, Reichen-
straße 56a, Berlin 4266.**

**Teppiche, Divanbetten, Tischdecken,
Vorhänge, etc. etc. etc. etc. etc. etc. etc.**
Auswahl, extra billige Gelegenheits-
käufe, etc. etc. etc. etc. etc. etc. etc.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.
Verkauf von Gesellschafts-Kleidern,
Reichenstraße 4.

Steynbeden u. Daunnen-Decken
Gegründet 1891

kauf man am besten und preiswertesten, nur besten Qualität,
direkt ab Fabrik, wo auch alle Beden aufzubereitet werden.
Bernhard Steynbeden u. Daunnen-Decken, Spinnerei, etc. etc.
Berlin S. 14, 78, etc. etc.

Stellenangebote
Händler (110)
in d. r. Hindenburg-
Straße, etc. etc.

UFA-PALAST AM ZOO

FREITAG, 8 UHR:
URAUFFÜHRUNG

Der Mann, der die Dreifeigen bekam

Regie: **VIKTOR SJÖSTRÖM**

In der Hauptrolle:
LON CHANEY
Metro-Goldwyn-Film der Ufa

AB SONNABEND TÄGLICH:
Wochentags: 3 Vorstellungen um 5, 7, 9 Uhr
Sonntags: 4 Vorstellungen um 3, 5, 7, 9 Uhr
Preise: 1,50 bis 5.- Mark

Der Vorverkauf für die Premiere hat begonnen!
Die Kassen sind ununterbrochen ab 11 Uhr vorm. geöffnet
Telephonische Bestellungen: Nollendorf 62, 1397, 5280, 5281

Nur noch bis Donnerstag „Charleys Tante“, 7 und 9 Uhr

Der gute Kapitän-Kaufabak
in den meisten Brennereien erhältlich
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Kgst. 3861

Stellenangebote
Händler (110)
in d. r. Hindenburg-
Straße, etc. etc.

Wohlfahrts-Lotterie
275 000 Lose, 12007 Gew. und 1 Preis im Werte von Mark

125 000
50 000
30 000
20 000
10 000

Haupt-Preis
gewinn gewinn
Haupt-Preis
gewinn gewinn

Lose zu 1,20 M. (Postgebühr u. Liste 30 Pf.)
5 Lose einschl. Porto u. Liste 6 M.

Zu haben bei den Stadt-Lotterie-Einsammlern, in allen Lotteriegeschäften oder gegen Einzahlung d. Betrages durch
A. Molling, Berlin W9
Postcheckkonto Berlin 26328

Stellenangebote
Händler (110)
in d. r. Hindenburg-
Straße, etc. etc.

Musikinstrumente
Pianos, Qualitätsinstrumente aus eigener
Fabrik, Flügel, Harmoniums, große
Auswahl in jeder Preislage, Auktions-
erwerbungen. Max Adam, Jubilee
Dito Wollersdorf, Rühlstraße 16, nahe
Alexanderplatz.

Fahrräder
Tafelwag., Gewichte,
Küchengeräte, etc.
Georg Wagner
Köpenicker Str. 71
Keine Schaufenster-
Reklame, dafür wesentl. billigere Preise

Stellenangebote
Händler (110)
in d. r. Hindenburg-
Straße, etc. etc.